

DER EINHEITSWERT DES BETRIEBSVERMÖGENS

Eine werththeoretische Untersuchung
und kritische Betrachtung

DISSERTATION

vorgelegt der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz

zur Erlangung des Grades

eines Doktors der Staatswissenschaften (Dr. rer. pol.)

durch

Diplom-Volkswirt

PERCY MOHN

aus Oldenburg (Oldb)

1962

DER EINHEITSWERT DES BETRIEBSVERMÖGENS

Eine werttheoretische Untersuchung
und kritische Betrachtung

DISSERTATION

vorgelegt der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz

zur Erlangung des Grades

eines Doktors der Staatswissenschaften (Dr. rer. pol.)

durch

Diplom-Volkswirt

PERCY MOHN

aus Oldenburg (Oldb)





1. Referent: Professor Dr. Karl Schwantag
 2. Referent: Professor Dr. Antonio Montaner
- Die mündliche Prüfung fand am 1. Juni 1962 statt.

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungen	5
EINLEITUNG	7
A. DIE WERTTHEORETISCHEN GRUNDLAGEN	9
I. Allgemeines	9
II. Die Produktionskostentheorie	11
III. Die Grenznutzenlehre und die Zurechnungstheorie	12
IV. Der wirtschaftliche Wert und die Ertragsbewertung als Wertungsprinzip	16
V. Die Bewertung des Betriebes als Ganzes	18
1. Allgemeines	18
2. Die Berechnung und Problematik des Ertragswertes	20
B. DIE BEWERTUNG DES BETRIEBSVERMÖGENS NACH DEM BEWERTUNGSGESETZ	27
I. Das Bewertungsgesetz und die Einheitsbewertung	27
1. Wesen und Zweck des Bewertungsgesetzes	27
2. Wesen und Zweck der Einheitswerte	28
3. Die Werte des Bewertungsgesetzes	31
a) Der gemeine Wert	31
b) Der Ertragswert	32
c) Der Teilwert	33
II. Die einzelnen Bewertungsvorschriften	35
1. Der Grundsatz der Gesamtbewertung	35
2. Allgemeine Bewertungsvorschriften	38
3. Die Bewertung der Betriebsgrundstücke	41
4. Die Bewertung der Gewerbeberechtigungen	49
5. Die Bewertung der Wertpapiere, Anteile und Genußscheine an Kapitalgesellschaften	51
6. Bewertung von Kapitalforderungen, Schulden, Nutzungen und Leistungen	55
a) Kapitalforderungen und Schulden	55
b) Nutzungen und Leistungen	55
7. Der Einheitswert des Betriebsvermögens	56
C. KRITIK UND ERGEBNIS	58
I. Kritik der steuerrechtlichen Bewertungsmethode	58
II. Möglichkeiten für eine Reform des Bewertungsrechts	67
LITERATURVERZEICHNIS	71
ANLAGE 1 — AUFBAU DES BEWERTUNGSGESETZES	
ANLAGE 2 — HAUPTFESTSTELLUNGSZEITPUNKTE	
ANLAGE 3 — WERTGRENZEN BEI DER FORTSCHREIBUNG	
ANLAGE 4 — BEWERTUNG DES LAND- UND FORSTWIRT- SCHAFTLICHEN VERMÖGENS	
ANLAGE 5 — GLIEDERUNG UND BEWERTUNG DES GRUNDVERMÖGENS	

ABKÜRZUNGEN

a.a.O.	=	am angeführten Orte
Abs.	=	Absatz
Abschn.	=	Abschnitt
Abt.	=	Abteilung
ALR.	=	Preußisches Allgemeines Landrecht
Anm.	=	Anmerkung
AO.	=	Reichsabgabenordnung
Art.	=	Artikel
Aufl.	=	Auflage
BewDV.	=	Durchführungsverordnung zum Bewertungsgesetz
BewG.	=	Bewertungsgesetz
BGBI.	=	Bundesgesetzblatt
BStBl.	=	Bundessteuerblatt
bzw.	=	beziehungsweise
d.	=	der
d. h.	=	das heißt
d. i.	=	das ist
Diss.	=	Dissertation
DMBG.	=	D-Mark-Bilanzgesetz
ErgStG.	=	Ergänzungssteuergesetz
Erl.	=	Erlaß
EStG.	=	Einkommensteuergesetz
f.	=	folgende Seite
ff.	=	folgende Seiten
FLSt.	=	Finanzleitstelle Hamburg
HGB.	=	Handelsgesetzbuch
i. S.	=	im Sinne
Jg.	=	Jahrgang
KRG.	=	Kontrollratsgesetz
LAG.	=	Lastenausgleichsgesetz
Nr.	=	Nummer
OFH.	=	Oberster Finanzgerichtshof
o. J.	=	ohne Jahresangabe
Preuß.	=	Preußisch
RBewDV.	=	Durchführungsverordnung zum Reichsbewertungsgesetz
RBewG.	=	Reichsbewertungsgesetz
Rderl.	=	Runderlaß
RdF.	=	Reichsminister der Finanzen
RFH.	=	Reichsfinanzhof (Entscheidungen des Reichsfinanzhofs)
RG.	=	Reichsgericht (Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen)
RGBI.	=	Reichsgesetzblatt
RStBl.	=	Reichssteuerblatt
S.	=	Seite
Sp.	=	Spalte
StuZBl.	=	Steuer- und Zollblatt
StVVO.	=	Steuervereinfachungsverordnung

u. a.	=	und andere
u. ä.	=	und ähnliche
u. E.	=	unseres Erachtens
u. U.	=	unter Umständen
u. zw.	=	und zwar
v.	=	vom
VermBewG.	=	Vermögensbewertungsgesetz
Vgl.	=	Vergleiche
v.H.	=	vom Hundert
VO.	=	Verordnung
VStDB.	=	Vermögenssteuerdurchführungsbestimmungen
VStER.	=	Vermögenssteuerergänzungsrichtlinien
VStR.	=	Vermögenssteuerrichtlinien
WiGBI.	=	Gesetzblatt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
z. B.	=	zum Beispiel
Ziff.	=	Ziffer

EINLEITUNG

Eines der problematischsten Gebiete der Wirtschaftswissenschaften und des Steuerrechts ist die Bewertung des Vermögens. Allgemein treten Fragen bewertungstheoretischer Natur immer dort auf, wo die Rechnungsgröße eines Vermögensobjektes nicht ohne weiteres festgestellt werden kann. Besonders im Vermögensteuerrecht war es nicht immer leicht, eine gerechte und der individuellen Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen entsprechende Besteuerungsgrundlage zu finden. Die Bewertungsschwierigkeiten zur Findung einer objektiven Besteuerungsgrundlage nehmen dort zu, wo es sich nicht mehr um die Bewertung von einzelnen Wirtschaftsgütern, sondern um die Bewertung von Sachgesamtheiten handelt. Eine Sachgesamtheit stellen auch im Wirtschaftsleben Betriebe oder Unternehmungen dar, deren Bewertung als funktionsfähige Wirtschaftskörper deshalb so schwierig ist, weil es für sie nur selten Markt- oder Verkehrswerte gibt, die als Richtgrößen für die Bewertung herangezogen werden können. Es ist daher bei der Bewertung von ganzen Betrieben oder Unternehmungen, im Gegensatz zur Bewertung von selbständig nutzbaren Wirtschaftsgütern, erforderlich, andere Bewertungsmethoden anzuwenden, um zu einem weitgehend objektiven Wert zu gelangen, der auch als Besteuerungsgrundlage dem Prinzip der Steuergleichmäßigkeit und Steuergerechtigkeit entspricht.

In der vorliegenden Arbeit sollen vornehmlich die steuerlichen Einheitswerte des Betriebsvermögens behandelt und vom Standpunkt der Werttheorie aus kritisch betrachtet werden. Nach einer einleitenden Darstellung über das Wesen des Wertes und der Bewertung von Vermögensgegenständen im allgemeinen, sollen die wirtschaftswissenschaftlichen Theorien, die sich mit der Ermittlung des Wertes von Produktivgütern oder mit den zu einer produktiven Einheit zusammengefaßten wirtschaftlichen Gütern befassen, die wir als Betrieb oder im weiteren Sinne als Unternehmung bezeichnen, entwickelt werden¹⁾. Die folgende Erläuterung der Methode der steuerlichen Bewertung des Betriebsvermögens gibt uns dann die Möglichkeit, zu untersuchen, inwieweit die zur Zeit bestehenden Bewertungsmethoden mit den Erkenntnissen und Ergebnissen der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie übereinstimmen oder von ihnen abweichen. Darüber hinaus soll sich die Kritik mit der Frage befassen, ob die der Besteuerung zugrunde gelegten Werte zu einer gerechten und gleichmäßigen Besteuerung führen.

¹⁾ *Stackelberg* — *von Stackelberg, Heinrich*, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern 1948, S. 31 — versteht unter einem Betrieb „eine organisierte Gesamtheit von Mitteln zur Produktion eines Gutes oder mehrerer Gutsarten, die zu dauernder Werkverrichtung bestimmt ist und von einem einheitlichen Willen planvoll geleitet wird. Die Unternehmung ist ein Betrieb oder eine Kombination von Betrieben im Hinblick auf den bestimmten wirtschaftlichen Zweck, dem sie unterstellt sind und auf das bestimmte wirtschaftliche Interesse, dem sie dienen.“

A. DIE WERTTHEORETISCHEN GRUNDLAGEN

1. Allgemeines.

„In den Wissenschaften der Wirklichkeit, der Natur, der Wirtschaft, kommt es nicht auf unbenannte abstrakte Verhältnisse und Zahlen an, sondern auf *benannte*.“²⁾ Da der Wert allgemein als „Beziehung“ oder „Verhältnis“³⁾ bezeichnet wird, ist es erforderlich ihm einen ziffernmäßigen Ausdruck zu geben, d. h. ihn zu benennen. Voraussetzung richtiger wirtschaftlicher Entscheidungen ist es, daß diese Bezifferung oder Benennung, soweit dies menschenmöglich ist, sachgemäß, unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Werttheorie, durchgeführt wird.

Die Schwierigkeiten, die sich jeder Bewertung entgegenstellen sind erstens, wie es *Nicklisch* einmal sagt, daß es „keinen Wert geben kann, der nicht subjektiv ist“⁴⁾, denn „die Grundlage alles Wertes ist die Schätzung eines Gutes seitens der einzelnen wirtschaftenden Person“⁵⁾.

Zweitens fehlt es an einem absoluten Maßstab, an dem die Wirtschaftsgüter gemessen werden können. „Einen solchen Maßstab können wir uns unmöglich verschaffen, weil kein einziges Gut vorhanden ist, das nicht den nämlichen Veränderungen unterliegt wie die Dinge, deren Wert wir bestimmen wollen.“⁶⁾ Aus diesen Feststellungen geht hervor, daß es sich beim *Wert* um einen relativen Begriff handelt, der nie mit absoluter Genauigkeit ermittelt werden kann⁷⁾.

²⁾ *Waffenschmidt, Walter, G.*, Anschauliche Einführung in die allgemeine und theoretische Nationalökonomie, Meisenheim am Glan 1950, S. 25.

³⁾ *Waffenschmidt, Walter, G.*, a.a.O., S. 25.

⁴⁾ *Nicklisch, H.*, Wert, wirtschaftlicher Wert, Bilanzwert, in „Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis“, 21. Jg. (1928), Heft 8, S. 180; sowie im Art. Wert, in „Handwörterbuch der Betriebswirtschaft“, V. Band, 1. Aufl., Stuttgart 1928, Sp. 1013.

⁵⁾ *Schmidt, Fritz*, Die organische Tageswertbilanz, 3. Aufl., Leipzig 1929, S. 60. Ähnlich äußert sich auch *Boesler (Boesler, Felix)*, Ertragswert und gemeiner Wert in der deutschen Vermögensbesteuerung, Probleme des Geld- und Finanzwesens, Band 3, Leipzig 1925, S. 15): „Jeder Wert ist begrifflich gebunden an ein wertendes Subjekt, enthält mithin subjektive Bestandteile; ein schlechthin objektiver Wert ist, selbst wenn man seine theoretische Möglichkeit anerkennen wollte, praktisch nicht auffindbar.“ Noch deutlicher bringt dies *Mauthner (Mauthner, Fritz)*, Wörterbuch der Philosophie, 2. Band, München und Leipzig 1910, S. 582) zum Ausdruck: „Nichts ist von Natur wertvoll oder wertlos; die Menschen machen es dazu.“

⁶⁾ *Ricardo, David*, Wert, Rente, Lohn und Profit, Sozialökonomische Texte, Frankfurt a. M. 1946, S. 44.

⁷⁾ So meint auch *Rieger (Rieger, W.)*, Einführung in die Privatwirtschaftslehre, Nürnberg 1928, S. 234), daß „ein genaues Bewerten über menschliche Möglichkeiten hinausgeht.“

In unserer rechenhaften Wirtschaft ist es üblich, das Geld als Wertausdrucksmittel zu gebrauchen, denn „entscheidend ist es zunächst, daß es sich bei der Bewertung in erster Linie um ein Inbeziehungsetzen eines Gegenstandes zum allgemeinen Wertmesser Geld handelt“⁸⁾. „Das Geld ist absoluter Wertausdruck und der Gipfelpunkt der Objektivierung und Verabsolutierung der Relationen wirtschaftlicher Objekte.“⁹⁾ Da aber auch das Geld, als allgemein gültiger Wertmaßstab, Schwankungen unterworfen ist, ist es zweckmäßig, bei jeder theoretischen Erörterung von Bewertungsfragen zunächst relativ stabile Geldwertverhältnisse vorauszusetzen¹⁰⁾, und erst anschließend zu untersuchen, welche Auswirkungen ein schwankender Geldwert auf die Bewertung hat.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist es besonders für die steuerliche Vermögensbewertung erforderlich, „Bewertungsformen zu finden, welche die im Vermögen begründete steuerliche Leistungsfähigkeit in verhältnismäßiger Gleichheit für alle Vermögensbesitzer zu treffen ermöglichen“¹¹⁾.

Die wirtschaftswissenschaftliche Theorie hat sich schon früh mit der Frage des Wertes beschäftigt und verschiedene Theorien entwickelt, die jedoch nicht unbestritten geblieben sind. Während die Klassiker einen objektiven Wert zu begründen suchten, vertraten die Grenznutzentheoretiker den entgegengesetzten Standpunkt und versuchten den Wert aus subjektiven Schätzungen abzuleiten. Aus dieser Wertkontroverse entwickelten sich andere Meinungen, die beide Lehren, die objektivistische und subjektivistische, in einem einzigen System zu vereinigen suchten, und nicht zuletzt solche, die die Wertlehre überhaupt als überflüssig innerhalb der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie betrachteten¹²⁾. „Für die Wissenschaft bleibt die Wertfrage das Problem der Probleme. Nur eines steht fest, nämlich, daß die Bewertung etwas Relatives, etwas Zweckgebundenes, niemals etwas Voraussetzungsloses ist. Sie wird darum verschieden ausfallen je nach dem Ziel, das mit ihr verfolgt wird.“¹³⁾

Es soll nun nicht unsere Aufgabe sein, die große Anzahl der verschiedenen Wertlehren im einzelnen darzustellen und zu ihnen kritisch Stellung zu nehmen, sondern wir wollen sie nur unter dem Gesichtspunkt des gestellten Themas betrachten. Wir greifen daher nur diejenigen Bereiche der einzelnen Werttheorien heraus, die sich mit der Ermittlung des Wertes der sogenannten

⁸⁾ *Huffmann, Carl-Heinz*, Die Vermögensbesteuerung des Unternehmens, Berlin 1925, S. 17.

⁹⁾ *Mellerowicz, Konrad*, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Wertungslehre, Berlin 1926, S. 48.

¹⁰⁾ Ist die Währung eines Landes zerrüttet, wie es in Deutschland in den zwanziger Jahren und nach dem zweiten Weltkrieg der Fall war, so ist man gezwungen, vom allgemeinen Wertmesser abzugehen und andere Wertmaßstäbe, wie Durchschnitte von ausländischen Wechselkursen, Goldpreise oder Durchschnitte von Warenpreisen, zu suchen, wodurch gewisse Schwierigkeiten für eine genaue Bewertung entstehen.

¹¹⁾ *Boesler, Felix*, a.a.O., S. 10.

¹²⁾ So vor allem *Cassel, von Gottl-Ottlilienfeld* und *Liefmann*.

¹³⁾ *Großmann, Hermann*, Beziehungen zwischen gemeinem Wert, Ertragswert, Einheitswert, Kostenwert und Buchwert, in „Finanz-Archiv“, 46. Jg. (1929), S. 48.

„Güter höherer Ordnung“ (*Menger*) oder der Produktivgüter befassen, ohne jedoch den Zusammenhang der jeweils gegebenen Wertlehre ganz aus dem Auge zu verlieren.

Abschließend sei noch besonders darauf hingewiesen, daß wir bei der Behandlung der wirtschaftswissenschaftlichen Wertlehren, wegen der Fülle der Meinungen und der darüber veröffentlichten Literatur, keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können, aber u. E. dürften die nachfolgenden Ausführungen genügen, um zu einem Ergebnis zu kommen, das uns erlaubt, die in der Einleitung gezeigten Aufgaben zu lösen.

II. Die Produktionskostentheorie.

Adam Smith und *David Ricardo*, die Klassiker unserer Wissenschaft, stellten die menschliche Arbeit in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen über den Wert der Güter. „Arbeit ist . . . der einzige allgemeingültige als auch der einzige genaue Wertmaßstab oder das einzige Standardgut, an dem der Wert der übrigen Güter immer und überall gemessen werden kann.“¹⁴⁾ Aber „nicht bloß die unmittelbar auf die Güter verwendete Arbeit, . . . sondern auch die in den Geräten, Werkzeugen und Gebäuden, welche dieser Arbeit dienen“¹⁵⁾ enthaltene Arbeit soll den Wert der Güter beeinflussen. Allerdings wird zugegeben, daß die Arbeitsmenge nur „in jenem frühen und rohen Gesellschaftszustande, der weder eine Kapitalansammlung noch einen Landerwerb kannte“¹⁶⁾, die alleinige Grundlage des Wertes abgeben kann, während in einer entwickelteren Volkswirtschaft zur Arbeitsmenge noch die Grundrente und der Kapitalzins wertbestimmend hinzutreten würden.

„Es ist also die Tätigkeit des Arbeiters soviel wert, als sie kostet, das Kapital vertauscht sich im Verhältnis zu seinen Produktionskosten; und auch der Boden, das natürliche, nicht produzierte Gut leitet seinen Wert von jenen Produktionskosten ab, die im Verhältnis zu weniger fruchtbarem Boden zu ersparen möglich war (Differentialrente).“¹⁷⁾

Diese Produktionskostentheorie¹⁸⁾ der Klassiker, die nicht nur den Wert der konsumreifen Güter, sondern auch den Wert der Produktionsmittel, die ja ihrerseits das Ergebnis einer Produktion sind, von den Produktionskosten ableitete, hatte den Mangel, nicht für den Wert aller Güter einen ausreichenden Erklärungsgrund abgeben zu können. Der Wert der sogenannten

¹⁴⁾ *Smith, Adam*, Natur und Ursachen des Volkswohlstandes, deutsch von Friedrich Bülow, Leipzig 1933, S. 41.

¹⁵⁾ *Ricardo, David*, Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung, deutsch von Heinrich Waentig, 2. Aufl., Jena 1921, S. 22.

¹⁶⁾ *Smith, Adam*, Natur und Ursachen des Volkswohlstandes, deutsch von Wilh. Loewenthal, I. Band, Berlin 1879, S. 50.

¹⁷⁾ *Masci, Guglielmo*, Die wesentlichen Bestimmungsgründe des Tauschwertes, in „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart“, 2. Band, Wien 1932, S. 73.

¹⁸⁾ Verwandt mit der Produktionskostentheorie ist die Reproduktionskostentheorie (*Carey*), die an Stelle der Herstellungskosten die Wiederbeschaffungskosten als maßgebend betrachtet, und die Arbeitswerttheorie (*Marx*), die ausschließlich den Arbeitsaufwand als wertbestimmend für die Güter ansieht.

Seltenheitsgüter, die durch keine Arbeit vermehrt werden können und deren Wert „von der ursprünglich zu ihrer Erzeugung erforderlichen Arbeitsmenge völlig unabhängig“ ist und „mit der Veränderlichkeit des Wohlstandes und der Neigung derjenigen, welche sie zu besitzen begehren“¹⁹⁾ wechselt, konnte nicht mit den zu ihrer Herstellung aufgewandten Kosten erklärt werden.

Die Anschauung, daß der Wert eines Gutes durch die zu seiner Erzeugung notwendigen Kosten bestimmt wird, ist theoretisch unzulänglich, denn erstens haben auch Güter einen Wert, die keine Kosten verursacht haben, und zweitens hat nicht jedes Gut, das Kosten verursacht, einen Wert. So sagt auch *Diehl*²⁰⁾: „Es ist charakteristisch für alle objektiven Werttheorien, daß sie, weil sie Wert und Preis auf die Kosten zurückführen, vollständig versagen gegenüber allen den Gütern, die überhaupt keinen Kostenaufwand erfordern. Diese Güter haben oft sehr hohen Wert und Preis, aber die objektivistischen Werttheoretiker sind gezwungen, sie aus ihren Betrachtungen auszuschalten.“ Wir stimmen daher *von Kleinwächter*²¹⁾ zu, daß alle Produktionskosten der Welt einem absolut unbrauchbaren Gegenstande keinen Wert verleihen können.

Die Vernachlässigung der subjektiv wertenden Einstellung des Menschen zu den wirtschaftlichen Gütern und des *Nutzens*, den die einzelnen oder auch komplementären Güter für die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse stiften, waren die Hauptursachen für die Entstehung einer neuen Wertlehre, die diese Gesichtspunkte in den Vordergrund ihrer Forschungen stellte und die uns unter dem Namen „*Grenznutzenlehre*“²²⁾ bekannt ist. Diese soll nun im folgenden Abschnitt behandelt werden.

III. Die Grenznutzenlehre und die Zurechnungstheorie.

Die subjektive Nutzenschätzung des Menschen gegenüber den Gütern steht im Mittelpunkt der neuen Theorie. Für *Menger*²³⁾ ist der Wert „die Bedeutung, welche konkrete Güter oder Güterquantitäten für uns dadurch erlangen, daß wir in der Befriedigung unserer Bedürfnisse von der Verfügung über dieselben abhängig zu sein uns bewußt sind“. „Aller Güterwert knüpft also in letzter Linie an den Menschen und seine Zwecke an“²⁴⁾, d. h., je

¹⁹⁾ *Ricardo, David*, Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung, a.a.O., S. 10.

²⁰⁾ *Diehl, Karl*, Theoretische Nationalökonomie, 3. Band, Jena 1927, S. 34.

²¹⁾ Vgl. *von Kleinwächter, Friedrich*, Die Lehre vom Grenznutzen und das sogenannte Zurechnungsproblem der Wiener nationalökonomischen Schulen, in „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“, 114. Band, III. Folge 59. Band, Jena 1920, S. 109 f.

²²⁾ Die subjektivistische Wertlehre oder die Lehre vom Grenznutzen wurde fast gleichzeitig und unabhängig voneinander von dem Österreicher *Menger* (Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, 1871), dem Engländer *Jevons* (Theory of Political Economy, 1871) und dem Schweizer *Walras* (Éléments d'économie politique pure, 1874) entwickelt und vertreten.

²³⁾ *Menger, Carl*, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Wien 1871, S. 78.

²⁴⁾ *von Böhm-Bawerk, Eugen*, Kapital und Kapitalzins, 2. Abt., Positive Theorie des Kapitals, I. Band, 4. Aufl., Jena 1921, S. 159.

höher die Befriedigung eines Bedürfnisses durch Erlangung eines Wirtschaftsgutes durch den wertenden Menschen eingeschätzt wird, desto höher wird auch der Wert des in Frage kommenden Gutes sein.

Der Wert eines Gutes wird durch seinen *Grenznutzen* bestimmt, d. h. durch die „Wichtigkeit desjenigen konkreten Bedürfnisses oder Teilbedürfnisses, welches unter den durch den verfügbaren Gesamtvorrat an Gütern solcher Art bedeckten Bedürfnissen das mindest wichtige ist“²⁵⁾. Es wird also ein bestimmter Vorrat an gleichartigen Gütern vorausgesetzt, und die Höhe des Wertes eines Gutes aus diesem Vorrat wird durch den geringsten Nutzen, den dieses Gut für die Bedürfnisbefriedigung stiftet, bestimmt. Vor allen Dingen richtet sich diese Nutzenschätzung des Menschen auf die unmittelbar für die Bedürfnisbefriedigung notwendigen Konsumgüter, bei denen dann auch, der jeweils subjektiven Schätzung entsprechend, ein Grenznutzen festgestellt werden kann²⁶⁾ 27).

Für die Ermittlung des Wertes der nur mittelbar zur Bedürfnisbefriedigung notwendigen Produktionsmittel, bei denen nicht ohne weiteres ein Grenznutzen im oben entwickelten Sinne gefunden werden konnte, mußte ein anderer Weg gesucht werden. Der Wert der Güter höherer Ordnung, die ja die Produktionsmittel darstellen, sei „stets und ausnahmslos durch den voraussichtlichen Wert jener Güter niedriger Ordnung bedingt, zu deren Hervorbringung sie dienen“²⁸⁾, oder „vom Werte ihrer Produkte her erhalten die Produktionsmittel ihren Wert“²⁹⁾. Die Lösung dieser Frage, „*wie ergeben sich aus den Werten (Preisen) der Güter erster Ordnung, d. i. der Konsumgüter, bestimmte Werte (Preise) der zur Erzeugung jener dienenden Güter höherer Ordnung, d. i. der Produktionsmittel*“³⁰⁾, wurde mit Hilfe der Zu-

²⁵⁾ von Böhm-Bawerk, Eugen, a.a.O., S. 184.

²⁶⁾ „Die Komputation nach dem Grenznutzen findet nur bei teilbaren Vorräten statt, d. h. bei solchen, die aus gleichartigen Einheiten (Stücken, Teilmengen) bestehen, über welche man einzeln verfügen kann, sie findet dagegen nicht bei Gesamtsachen oder sonstigen Gesamtheiten statt, die entweder nach ihrer natürlichen Beschaffenheit oder nach dem Willen dessen, der über sie zu verfügen hat, ein unteilbares Ganzes bilden.“ — von Wieser, Friedrich, *Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft*, Grundriß der Sozialökonomik, I. Abt., II. Teil, 2. Aufl., Tübingen 1925, S. 69.

²⁷⁾ Die Frage, ob die Ergebnisse der nationalökonomischen Werttheorie mit den Werten der deutschen Steuergesetzgebung übereinstimmen oder ob letztere doch weitgehend von den theoretischen Werten abgeleitet sind, hat Gramespacher, Fritz, *Der nationalökonomische Wert*, insbesondere die subjektive Werttheorie und der steuerliche Wert der deutschen Steuergesetze, Freiburg i. B., Rechts-u. staatswiss. Diss. vom 6. Dezember 1923 (Maschinenschrift), untersucht. Er kommt (S. 83) zu dem Ergebnis, daß die Steuer an etwas derartig variables, wie es der Grenznutzen darstellt, nicht anschließen könne. Sie müsse sich vielmehr an etwas Objektives, an Realitäten, halten, um nicht der Willkür Tür und Tor zu öffnen, oder die Möglichkeit einer Besteuerung überhaupt illusorisch werden zu lassen.

²⁸⁾ Menger, Carl, a.a.O., S. 124.

²⁹⁾ Mayer, Hans, *Zurechnung*, in „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, 4. Aufl., 8. Band, Jena 1928, S. 1206.

³⁰⁾ Ebenda S. 1206.

rechnung gesucht. Vom Werte der Genußgüter sollen Wertanteile den zu ihrer Herstellung benötigten Produktivgütern zugerechnet werden.

Die Theorie unterscheidet zwischen einer moralischen, physischen und einer ökonomischen oder Ertragszurechnung. Erstere können wir in das Gebiet der Ethik verweisen, die zweite, die physische Zurechnung wird von den meisten Wirtschaftstheoretikern als unlösbar angesehen³¹⁾, und so verbleibt uns nur noch die ökonomische oder Ertragszurechnung, die wir, weil für unsere Untersuchung zur Feststellung des Wertes der Produktivgüter von Wichtigkeit, betrachten wollen³²⁾.

*Schumpeter*³³⁾ meint, daß die prinzipielle Möglichkeit der Lösung des Zurechnungsproblems „schon durch die Tatsache bewiesen wird, daß wir Produktionsgütern mit der gleichen Sicherheit bestimmte Werte zusprechen wie Genußgütern.“ Aber genügt diese Begründung tatsächlich für die Behauptung, daß das Zurechnungsproblem zu lösen sei? Kann die Zurechnungstheorie uns genaue Werte der einzelnen Produktionsmittel zeigen, die wir als Besteuerungsgrundlage anerkennen können? Ist es möglich, den Ertrag bzw. den Wert der Erzeugnisse auf die einzelnen bei der Produktion mitwirkenden Faktoren genau aufzuteilen? Uns erscheint diese Möglichkeit nicht gegeben, und auch *Schumpeter* gibt zu, daß man nur „Wertfunktionen und nicht Gesamtwerte“³⁴⁾ mit Hilfe der Zurechnungstheorie ableiten könne.

Die meisten Produktionsmittel sind nur in gegenseitiger Verbundenheit und mit Hilfe einer wohlgedachten Organisation in der Lage, genußreife Güter hervorzubringen. Sie sind nur mit einem Organismus zu vergleichen, der nur im innigsten Zusammenwirken der einzelnen Teile, als Gesamtheit, einen Ertrag zu liefern imstande ist³⁵⁾. Weder den Nutzen, als abstrakte Größe, noch den Ertrag einer Gruppe von Produktionsmitteln können wir auf die einzelnen Produktionsmittel aufteilen, denn „es ist unmöglich, jedem

³¹⁾ „Die weitaus überwiegende Anzahl der Wirtschaftstheoretiker nimmt es als allgemein, oder doch in den meisten Fällen, ganz unmöglich an, bestimmte abschreibbare Teile des Produktionsertrages physikalisch auf bestimmte Produktionsmittel zurückzuführen; man könne nur im allgemeinen die physikalische Bedingtheit des Produktes von der Gesamtheit seiner Produktionsfaktoren feststellen.“ — *Mayer, Hans*, Zurechnung, a.a.O., S. 1209.

³²⁾ Die österreichische Schule der Nationalökonomie und hier besonders von *Böhm-Bawerk*, von *Wieser* und in neuerer Zeit *Hans Meyer* haben sich eingehend mit dem Zurechnungsproblem befaßt. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch noch die Grenzproduktivitätstheorie von *J. B. Clark* und *Marshall*. Es würde über das Thema der vorliegenden Arbeit hinausgehen, wollten wir die einzelnen Lösungsversuche obengenannter Wissenschaftler darstellen und einer eingehenden Kritik unterziehen. Wir verweisen daher auf *Mayers* zusammengefaßte Darstellung und Kritik in seinem Artikel: Zurechnung, a.a.O., S. 1211 ff.

³³⁾ *Schumpeter, Joseph*, Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, Leipzig 1908, S. 258.

³⁴⁾ Ebenda S. 259.

³⁵⁾ „Die Produktionsmittel sind komplementär, keines von ihnen, nicht das Kapital, nicht das Land und auch nicht die Arbeit bringt einen Ertrag hervor, wenn es ganz allein auf seine eigene Kraft angewiesen bleibt.“ — *von Wieser, Friedrich*, Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, a.a.O., S. 82.

einzelnen Gliede einen besonderen Anteil des Ertrages zuzuschreiben³⁶⁾. Wir können bestenfalls vielleicht feststellen, daß der eine oder andere Produktionsfaktor oder das eine oder andere Produktionsmittel mehr oder weniger beim Zustandekommen eines Produktes beteiligt gewesen ist, aber diese Feststellung liefert uns keine exakten Zahlengrößen, die nun einmal das Hauptziel der Vermögensbewertung sind. Wäre dies möglich, so würden wohl sämtliche vorhandenen Bewertungsprobleme entfallen, und auch alle anderen mit der Zurechnungsfrage zusammenhängenden Probleme könnten allgemein gültig gelöst werden.

Wenn wir uns jetzt noch kurz der neueren Theorie zuwenden, so unterscheidet auch *Engländer*³⁷⁾ die Güter in solche erster oder entfernterer Ordnung, d. h. in Genuß- oder Erzeugungsgüter und ist der Meinung, daß „der wirtschaftliche Wert eines Gutes entfernterer Ordnung identisch ist mit dem wirtschaftlichen Werte des Gutes näherer Ordnung und schließlich des Genußgutes, zu dessen Erzeugung es dient“. Er bemerkt jedoch, daß dies nur unter einer bestimmten Voraussetzung zutreffen würde, u. zw., „daß der Wirtschaftler beabsichtigt, aus dem Gute höherer Ordnung das Gut niedriger Ordnung im Rahmen der eigenen Wirtschaft zu erzeugen und dieses im Rahmen der eigenen Wirtschaft zu verwenden“. Da diese Voraussetzung in unserer arbeitsteiligen Volkswirtschaft nicht gegeben ist, denn die Erzeugnisse der einzelnen Betriebe und Unternehmungen sind generell zur Veräußerung bestimmt und nur ein ganz kleiner Bruchteil der Erzeugnisse dürfte zur eigenen Bedarfsdeckung verbraucht werden, so ist auch *Engländer*³⁸⁾ der Ansicht, daß die „Bedeutung des Satzes von der Identität des wirtschaftlichen Wertes von Genußgut und Erzeugungsgut für die auf Teilung der Beschäftigungen aufgebaute, also verkehrswirtschaftliche Gliederung der Volkswirtschaft auf das äußerste eingeschränkt“ wird.

Von *Stackelberg*³⁹⁾ bezeichnet als Grenznutzen den Grenzertrag, d. h. den Nutzenzuwachs, „der einer Erhöhung der Menge eines Konsumgutes um eine Grenzeinheit zu verdanken ist“. Nach seiner Ansicht entspricht das von *Gossen*⁴⁰⁾ entwickelte „Gesetz des abnehmenden Grenznutzens“ dem Gesetz des abnehmenden Ertrages. Er ist allerdings der Meinung, daß „dieses scheinbar so einleuchtende Gesetz“ ebenso fiktiv sei „wie der ganze Nutzen-

³⁶⁾ Voigt, *Andreas*, Produktion und Erwerb, in „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, 49. Jg. (1893), S. 14.

Die gleiche Auffassung vertritt auch *Osbahr, Wilhelm*, Die Bilanz vom Standpunkt der Unternehmung, 3. Aufl., Berlin und Leipzig 1923, S. 23: „Meist wird nur durch Zusammenwirken aller Gebrauchsgegenstände einer Unternehmung, einschließlich der Beteiligungen der geschäftliche Erfolg erzielt, ohne daß der Anteil jedes einzelnen Gegenstandes genau feststellbar wäre.“

³⁷⁾ *Engländer, Oskar*, Wertlehre in „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart“, 2. Band, Wien 1932, S. 6.

³⁸⁾ Ebenda S. 7.

³⁹⁾ von *Stackelberg, Heinrich*, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Bern 1948, S. 115.

⁴⁰⁾ *Gossen, Hermann Heinrich*, Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, Braunschweig 1854.

begriff selbst“, denn Nutzen und Grenznutzen wären Hilfsbegriffe, „die für die Beschreibung der wirtschaftlichen Vorgänge in einem Haushalt bequem zu verwenden sind, jedoch eines objektiven Charakters entbehren“⁴¹⁾.

Um jetzt wieder auf die Problematik des Wertes der Güter höherer Ordnung zurückzukommen, so vertritt *Peter*⁴²⁾ die Auffassung, daß die Preise der Produktionsmittel oder der Güter höherer Ordnung für die moderne Theorie ein besonderes Problem darstellen, „weil sie keinen selbständigen subjektiven Wert, keinen selbständigen Grenznutzen haben“. Er folgert dann weiter: „Nur mittelbar lassen sich diese Begriffe auf sie anwenden, da sie ja notwendige Bedingungen der Bedürfnisbefriedigung sind. Sie sind Faktoren der Produktion unmittelbarer Befriedigungsmittel. Ihre mengenmäßige Zuordnung zu den unmittelbaren Befriedigungsmitteln ist nicht eindeutig; sie hängt stets bis zu einem gewissen Grade selbst von den Entschlüssen des wirtschaftenden Subjektes ab.“

Wenn wir daraus folgern, daß die Grenznutzenlehre und die Zurechnungstheorie keine ausreichende Erklärung über den Wert der Produktionsmittel, oder über die in einem geschlossenen Güterverband befindlichen Produktionsmittelkombinationen verschiedenster Art abgeben kann, so ist die Grenznutzenlehre doch insofern für unsere Untersuchung von Bedeutung, als sie auf den mitentscheidenden Faktor bei der Wertbildung, den Nutzen, ausdrücklich hingewiesen hat.

IV. Der wirtschaftliche Wert und die Ertragsbewertung als Wertungsprinzip.

Weder die *Kostentheorie* der Klassiker, noch die *Zurechnungstheorie* der Grenznutzenschule können für unsere Untersuchung brauchbare Wertgrößen liefern. Wenn auch zugegeben wird, daß einen Wert nur solche Güter haben können, die der sozialen Gemeinschaft oder einem einzelnen Individuum einen Nutzen stiften⁴³⁾, so sahen wir doch, daß dieser individuelle subjektive Nutzen nicht zahlenmäßig genau erfaßbar ist. „Die Erklärung des Wertes und vor allem . . . seine Messung, geht in dieser subjektiven Grundlage nicht auf, beruht nur mittelbar auf ihr, beruht dagegen unmittelbar auf dem Tausch und dem Markt.“⁴⁴⁾ Wir können daher der Auffassung *Jevons*'⁴⁵⁾ nicht folgen, daß „der Wert gänzlich vom Nutzen abhängt“, sondern „erst im Zusammenwirken beider konstitutiver Wertelemente, Nutzen und Kosten, in der objektiven Sphäre des Marktes, entsteht der volle wirtschaftliche

⁴¹⁾ von Stackelberg, Heinrich, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, a.a.O., S. 115.

⁴²⁾ Peter, Hans, Wert und Preis, Bad Oeynhausen 1948, S. 22.

⁴³⁾ „Was nicht irgendwie nützlich ist, hat keinen Wert.“ — Schmalenbach, Eugen, Die Beteiligungsfinanzierung, 7. Aufl., Köln und Opladen 1949, S. 59.

⁴⁴⁾ Mellerowicz, Konrad, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Wertungslehre, a.a.O., S. 28.

⁴⁵⁾ Jevons, Stanley, W., Die Theorie der Politischen Ökonomie, 4. Aufl., London 1911, deutsch von Otto Weinberger, Jena 1924, S. 1.

Wert⁴⁶⁾. Dieser Wert, den *Mellerowicz* den *Marktzeitwert*⁴⁷⁾ nennt und der gleich dem erzielbaren Preis ist, können wir zahlenmäßig genau erfassen und messen⁴⁸⁾.

Nun liegen aber unserer Untersuchung nicht einzelne Güter zugrunde, die Tag für Tag einen Marktpreis erzielen, sondern Gütergesamtheiten bzw. Produktionsmittelkombinationen oder, anders ausgedrückt, ganze Betriebe, bei denen nur selten ein Marktwert festgestellt werden kann, da sie kein alltägliches Handelsobjekt darstellen. Man wird nicht allzuoft und nur unter gewissen Vorbehalten Vergleichsbetriebe finden können, die in der in Frage stehenden Zeit Marktpreise erzielt haben und von denen man auf den Wert des zu bewertenden Betriebes oder der zu bewertenden Unternehmung schließen könnte, denn es wird wohl kaum zwei Unternehmen geben, die vollkommen gleich geartet, aufgebaut und organisiert sind. Stehen uns keine Marktpreise zur Verfügung, so „muß die Bewertung diesen Marktpreis schätzen, und das kann niemals sicherer geschehen, als auf der Grundlage des Ertrages, der ja auch der grundlegende Faktor der Marktpreisbildung ist“⁴⁹⁾.

Jede gewerbliche Betätigung ist auf die Erzielung eines Nutzens gerichtet. Der Nutzen beruht aber hier nicht auf subjektiven Schätzungen, sondern ist

⁴⁶⁾ *Mellerowicz, Konrad*, a.a.O., S. 39.

Hierzu führt auch *Grossmann (Grossmann, Hermann, Steuerliche Wertkategorien, Sonderdruck aus: „Vierteljahresschrift für Steuer- und Finanzrecht“, Heft IV, 1929, Berlin 1929, S. 629)* folgendes aus: „Beide Kräfte, Nutzen und Kosten, wirken als Wertbestimmungsgründe zusammen, nicht etwa einer ausschließlich. Die Lehrmeinungen, nach der nur die Kosten (Kostentheoretiker, Klassiker) oder lediglich der Nutzen (Nutzentheoretiker) wertbildend wirken, sind bei der Verkehrsgebundenheit der Einzelwirtschaften in der Volks- und Weltwirtschaft nicht mehr haltbar. Nicht in der *Isolierung*, sondern in ihrer *Verschmelzung* bilden Nutz- und Kostenwert den Marktwert.“

⁴⁷⁾ Vgl. *Mellerowicz, Konrad*, a.a.O., S. 33 und 41 f.

⁴⁸⁾ Diese Auffassung vertritt auch *Ritschl (Ritschl, Hans, Theoretische Volkswirtschaftslehre, 2. Band, Tübingen 1948, S. 6)*, wenn er sagt: „Der gesellschaftliche Wert der Güter . . . gelangt in der auf Geldrechnung ruhenden Marktwirtschaft in den Preisen zu einem zahlenmäßigen und damit zu exakt meßbarem Ausdruck.“

Ähnlich auch:

Boesler, Felix, Ertragswert und gemeiner Wert in der deutschen Vermögensbesteuerung, a.a.O., S. 20: „Nur der Verkehr ist wertbildend im wirtschaftlichen Sinne; ein Wert, der nicht zugleich ein Preis (ob tatsächlich erzielter oder nur zu erzielender ist von sekundärer Bedeutung) ist, ist wirtschaftlich (!) nicht existent.“

Lehmann, M. R., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Leipzig 1918, S. 78: „Bei allen seinen Wertungsmaßnahmen knüpft der Betriebswirt . . . nicht an irgendwelche subjektive Wertschätzungen, sondern stets an den objektiven Preisbildungsprozeß des Marktes an.“

Schmalenbach, Eugen, Die Beteiligungsfinanzierung, a.a.O., S. 61: „Die betrieblichen Wertungsvorgänge knüpfen an gegebene oder an zu erwartende volkswirtschaftliche Preise an.“

Schmidt, Fritz, Die organische Tageswertbilanz, a.a.O., S. 79: „Ausgangspunkt aller Werte ist der Marktpreis.“

⁴⁹⁾ *Schmidt, Fritz*, a.a.O., S. 346.

zahlenmäßig erfaßbar, „denn der Nutzen hat in der Betriebswirtschaft den Sinn von Ertrag“⁵⁰⁾. Oder: „Für die Unternehmung ist unter Nutzen Ertrag, ausgedrückt in Geldeinheiten, zu verstehen.“⁵¹⁾ ⁵²⁾

„Sieht man in der Unternehmung einen Kraftmittelpunkt gewerblicher Betätigung, so kann sich sein Wert nur aus dem Nutzen herleiten, den es für die gewerbliche Betätigung bietet, d. h. aus seiner Rentabilität, aus seinem Ertrage.“⁵³⁾

Wir erkennen somit im Ertrag einen maßgebenden Faktor für die Wertermittlung von Gütergesamtheiten. „Der Ertrag ist Motiv der Handlung. Der Ertrag ist Existenzmöglichkeit des Betriebes, er ist Organisationsprinzip im Einzelbetrieb und in der Gesamtwirtschaft. Darum spielt bei der Wertung das Ertragsprinzip die führende Rolle. Es erklärt die Einstellung und Handlungsweise des Betriebswirts, der die stärksten Impulse aus seinem Ertragsstreben erhält. Darum wertet er die Güter nach ihrer Ertragsbildungskraft, sogar seine Gesamtunternehmung.“⁵⁴⁾

Die wirtschaftswissenschaftliche Theorie hat diese Erkenntnisse in ihren betriebswirtschaftlichen Forschungen weiter ausgebaut, indem sie eine besondere Theorie der Bewertung des Betriebes als Ganzes entwickelt hat. Diese Theorie soll nun Gegenstand des folgenden Abschnittes sein.

V. Die Bewertung des Betriebes als Ganzes.

1. Allgemeines.

Die Bewertung des Betriebes als Ganzes wird in der Regel immer dann erforderlich sein, wenn eine Unternehmung den Eigentümer wechselt. Ferner wird diese Bewertungsart angewandt bei der Sozialisierung von Unternehmungen, bei der Gründung von Kapitalgesellschaften, wenn außer Bareinlagen bereits bestehende Unternehmungen eingebracht werden, bei Vermögensauseinandersetzungen usw.

Die betriebswirtschaftliche Methode der Gesamtbewertung von Unternehmungen geht davon aus, daß die in einer Unternehmung zusammengefaßten wirtschaftlichen Güter eine wirtschaftliche Einheit darstellen und diese nur in ihrer Gesamtheit bewertet werden können. So sagt auch einmal *Schmalenbach*: „Der Wert einer Unternehmung schreibt sich her von der Geeignetheit dieser Anstalt, nützliche Dinge herzustellen oder nützliche Dinge zu verrich-

⁵⁰⁾ *Mellerowicz, Konrad*, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Wertungslehre, a.a.O., S. 35.

⁵¹⁾ *Schwantag, Karl*, Zinsen als Kostenfaktor, in „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 23. Jg. (1953), Nr. 8/9, S. 493.

⁵²⁾ Wir fassen in diesen und den folgenden Ausführungen den „Ertrag“ im Sinne des betriebswirtschaftlichen Reinertrages auf, als Unterschiedsbetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben bzw. Rohertrag und Kosten.

⁵³⁾ *Huffmann, Carl-Heinz*, Die Vermögensbesteuerung des Unternehmens, a.a.O., S. 25. — So auch *Schmalenbach, Eugen*, Dynamische Bilanz, 8. Aufl., Bremen-Horn, Hamburg, Hannover-Döhren 1947, S. 12: „Der Wert des Unternehmens ist nach den voraussichtlichen Erträgen abzuschätzen.“

⁵⁴⁾ *Mellerowicz, Konrad*, a.a.O., S. 43.

ten. Gehört zu dieser Verrichtung eine Verbindung von Gebäuden, Maschinen und Vorräten, so ist ihre Geeignetheit und damit ihr Wert ein verbundener. Sie besitzen, solange ihre Verbundenheit dauert, für sich allein keinen Wert. Die Maschinen hatten einmal einen eigenen Wert, als sie noch nicht eingebaut, sondern noch in der Hand eines Maschinenhändlers waren. Sie können auch einen eigenen Wert wieder erhalten, wenn man sie ausbaut und als gebrauchte Maschinen auf den Markt bringt. Aber so lange sie in der Fabrik gebunden sind, kann von einem eigenen Wert nicht die Rede sein.“⁵⁵⁾

Man kann hier die in der Theorie fast einhellige Meinung zum Ausdruck bringen, daß der Wert einer Unternehmung als Ganzes nicht durch die Summation der Werte ihrer einzelnen Teile ermittelt werden kann⁵⁶⁾, denn „der Wert einer Unternehmung ist nicht in der Summe der Anlagewerte, Vorräte und Begleichungsmittel erschöpft. Außer diesen Werten wird jede Unternehmung noch einen Mehrwert oder Minderwert enthalten, welche durch die organische Verknüpfung ihrer Einzelteile bedingt sind“⁵⁷⁾. Diese immateriellen Werte, die *Schmidt* als „nicht konkret faßbare, körperlose Werte“⁵⁸⁾ bezeichnet und die vor allen Dingen durch eine organische Verbindung und sinnvolle Anordnung der einzelnen Teile der Unternehmung, sowie durch rationelle Innen- und Außenorganisation und nicht zuletzt durch die persönlichen Eigenschaften des Unternehmers bedingt sind, können nur, der allgemeinen Auffassung zufolge, durch einen Vergleich zwischen dem Ertragswert der Unternehmung und dem Reproduktionswert⁵⁹⁾ der konkret faßbaren Güter ermittelt werden. Nach *Mellerowicz* könne es allerdings einen Reproduktionswert oder einen Reproduktionskostenwert

⁵⁵⁾ *Schmalenbach, Eugen*, Dynamische Bilanz, a.a.O., S. 10.

Ähnlich auch:

Auler, Wilhelm, Der Unternehmungsmehr- und -minderwert in der Bilanz, in „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 4. Jg. (1927), S. 654.

Hax, Karl, Die Gesamtbewertung von Unternehmungen, in „Betriebswirtschaftliche Beiträge“, Bremen-Horn, Hamburg, Hannover-Döhren 1948, S. 37.

Moral, Felix, Die Abschätzung des Wertes industrieller Unternehmungen, 2. Aufl., Berlin 1923, S. 5.

Polak, N. J., Bewertungs- und Bilanzprobleme, in „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 3. Jg. (1926), S. 11.

Der Grundsatz der Gesamtbewertung kommt auch beim Gesetzgeber zum Ausdruck, wenn es im § 2 Abs. 1 BewG. vom 16. 10. 1934 (RGBl. I S. 1035) heißt: „Jede wirtschaftliche Einheit ist für sich zu bewerten. Ihr Wert ist im ganzen festzustellen.“

⁵⁶⁾ „Als unrichtig müssen wir eine Bewertungslehre bezeichnen, die die Summe der realen Aktiven in ihrem Marktzeitwert als Wert der Unternehmung als Ganzes bezeichnen möchte.“ — *Mellerowicz, Konrad*, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Wertungslehre, a.a.O., S. 152.

⁶⁷⁾ *Auler, Wilhelm*, a.a.O., S. 654.

⁵⁸⁾ *Schmidt, Fritz*, Die organische Tageswertbilanz, a.a.O., S. 106.

⁵⁹⁾ Unter dem Reproduktionswert der Unternehmung verstehen wir den Wert, der gleich ist der Summe der Einzelwerte unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Marktpreise, die es ermöglichen, die betreffende Unternehmung in ihrem augenblicklichen Bestand, ihrer Kapazität, Leistungs- und Ertragsfähigkeit zu errichten. Man bezeichnet diesen Wert oft auch als Reproduktionskostenwert.

einer Unternehmung im Ganzen gar nicht geben, da der Wert der Organisation „ein sehr unsicherer Faktor“ sei, „zu dessen Bestimmung objektive Grundlagen fehlen“ würden⁶⁰). Einen Reproduktionskostenwert gäbe es nur für Einzelgüter und Anlagen und somit kämen nur die Summen der einzelnen Vermögensteile in Betracht; diese würden aber nur einen Teilreproduktionswert der Unternehmung darstellen⁶¹). Besonders betont *Schmalenbach*, „daß man durch Addition von Aktiven, die in einem Unternehmen gebunden sind, den Wert des Unternehmens nicht finden kann, gleichviel ob man Kostenwerte oder Zeitwerte oder etwas anderes nimmt“⁶²). Für ihn steht fest, „daß dort, wo für Unternehmungen nicht Gesamtverkaufspreise feststehen und infolgedessen eine Schätzung eintreten muß, für diese Schätzung nur der Ertragswert . . . angewandt werden darf“⁶³), „denn der Wert der Unternehmung ist nun einmal der kapitalisierte Zukunftserfolg, und der kommt anders heraus als die Summe der Kosten für den Aufbau“⁶⁴).

Auch *Schmidt*⁶⁵) ist der Ansicht, daß, solange Einzelwerte zur Unternehmung vereinigt sind, der Wert dieser Vermögensmasse abhängig sei von ihrer Ertragsfähigkeit. Man müsse aber daneben eine Vermögensrechnung mit Tageswerten, im Sinne der organischen Bilanz⁶⁶), aufstellen, „weil es *unmöglich ist, den Ertragswert festzustellen, ohne daß man den richtigen Ertrag der Unternehmung kennt*“⁶⁷).

2. Die Berechnung und Problematik des Ertragswertes.

Der Ertragswert oder richtiger gesagt der Reinertragswert einer Unternehmung entsteht durch die Kapitalisierung des Reinertrages (Erfolges) der betreffenden Unternehmung. Er wird genau so berechnet wie der Barwert von Renten, die eine gewisse Zeit hindurch fließen. Je nach der Dauer der zu erwartenden Reinerträge (Erfolge) ist der Zeitfaktor einzusetzen. Unterstellt man, daß ein Unternehmen einen dauernden Ertrag abzuwerfen imstande ist, so wird der Zeitfaktor ∞ eingesetzt. Die Formel lautet dann:

$$W = \frac{E}{q - 1} \quad 68)$$

Diese Formel gilt unter der Voraussetzung, „daß entweder der Ertrag als ewiger Ertrag angenommen wird oder daß beim Aufhören des Betriebes das

⁶⁰) *Mellerowicz, Konrad*, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Wertungslehre, a.a.O., S. 116.

⁶¹) Vgl. auch *Schmalenbach, Eugen*, Die Beteiligungsfinanzierung, a.a.O., S. 66.

⁶²) *Schmalenbach, Eugen*, Dynamische Bilanz, a.a.O., S. 13.

⁶³) *Schmalenbach, Eugen*, Die Werte von Anlagen und Unternehmungen in der Schätzungstechnik, in „Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung“, 12. Jg. (1917/18), S. 8.

⁶⁴) *Schmalenbach, Eugen*, Dynamische Bilanz, a.a.O., S. 13.

⁶⁵) *Schmidt, Fritz*, Bilanzwert, Bilanzgewinn und Bilanzumwertung, Berlin 1924, S. 54.

⁶⁶) *Schmidt, Fritz*, Die organische Tageswertbilanz, a.a.O.

⁶⁷) *Schmidt, Fritz*, Bilanzwert, Bilanzgewinn und Bilanzumwertung, a.a.O., S. 54.

eingeschlossene Kapital unverseht zur Rückzahlung kommt⁶⁹⁾. Die Grundlagen des so errechneten Ertragswertes sind: der Reinertrag, der Zinsfuß, das Risiko und die Zeit.

Da es bei dem Werte einer Unternehmung nicht darauf ankommt, was die Errichtung derselben gekostet hat oder was in der Vergangenheit von ihr bekannt ist, sondern nur zukünftige Umstände maßgebend sein können⁷⁰⁾, kommen für unsere Berechnung nur zukünftige Erträge in Betracht, die wir aus der Differenz der zukünftig zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben gewinnen können. Da die Zukunftsaussichten nur schwer zu schätzen sind, ist es üblich, auf die Erträge der Vergangenheit zurückzugreifen, wobei man die durchschnittlichen Reinerträge von 3, 5 oder 7 Jahren nimmt⁷¹⁾. Natürlich sind solche Durchschnittsrechnungen nur bei einer gleichbleibenden Wirtschaftslage und relativ gleichmäßig und dauernd fließenden Erträgen erlaubt, wobei man eventuelle Konjunkturschwankungen ausgleichen kann. Dagegen darf man solche Durchschnittsrechnungen nicht anwenden, wenn es sich um einen Aufstieg oder einen Niedergang der Unternehmung handelt⁷²⁾.

*Schwantag*⁷³⁾ ist der Ansicht, daß diese Methoden in der heutigen Zeit nicht angewandt werden dürfen, da sich die Verhältnisse der Vergangenheit grundlegend geändert haben. Man müsse von der gegenwärtigen Ertragslage ausgehen und den Zukunftsjahreserfolg zu ermitteln suchen⁷⁴⁾. Es handelt

- ⁶⁹⁾ W = Ertragswert der Unternehmung;
E = Durchschnittlicher Jahresreinertrag;

$q = 1 + \frac{p}{100}$, wobei p den Zinsfuß darstellt, mit dem kapitalisiert wird.

Ist die Ertragsdauer auf eine bestimmte Anzahl von Jahren (n) beschränkt, so lautet die Formel:

$$W = \frac{E}{q^n} \cdot \frac{q^n - 1}{q - 1}$$

Eine ausführliche Ableitung dieser Formel gibt *Hax, Karl*, Die Gesamtbewertung von Unternehmungen, a.a.O., S. 37 f.

- ⁶⁹⁾ *Schmalenbach, Eugen*, Pretiale Wirtschaftslenkung, Band 1, Die optimale Gelungszahl, Bremen-Horn 1947, S. 92.

- ⁷⁰⁾ Vgl. *Schmalenbach, Eugen*, Die Beteiligungsfinanzierung, a.a.O., S. 39.

- ⁷¹⁾ So vor allen Dingen *Schmalenbach, Mellerowicz, Hax* u. a.

- ⁷²⁾ Vgl. *Schmalenbach, Eugen*, Kapitalisierung des Geschäftsertrages, in „Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung“, 7. Jg. (1912/13), S. 373.

- ⁷³⁾ Die folgenden Gedankengänge entwickelte *Schwantag* in seiner Vorlesung über „Finanzierungen“ im Sommersemester 1950 an der Universität Mainz.

- ⁷⁴⁾ Ferner weist *Schwantag* (siehe Anm. 73) auf das Problem der Körperschaftsteuer hin. Wird sie bei der Ermittlung des Ertragswertes bei Kapitalgesellschaften berücksichtigt, so kommt man bei diesen Gesellschaftsformen zu einem niedrigeren Ertragswert als bei Gesellschaftsformen, die keine Körperschaftsteuer zahlen müssen. Zur Illustration sei folgendes Beispiel angeführt, wobei wir annehmen, daß die Gewerbeertragsteuer 10 %, die Körperschaftsteuer 50 % beträgt:

	Personengesellschaft	Kapitalgesellschaft
Zukunftsertrag	DM 100 000,—	DM 100 000,—*)
× 10 % Gewerbeertragsteuer	DM 10 000,—	DM 10 000,—
	DM 90 000,—	DM 90 000,—
× weitere Gewinnsteuern	DM —,—	DM 45 000,—**)
	DM 90 000,—	DM 45 000,—

*) ohne Gewinnsteuer; **) Körperschaftsteuer.

Fortsetzung von Fußnote 74) auf Seite 22

sich dabei um eine Schätzung der zukünftigen Preise, Umsätze und Aufwendungen und somit um eine langfristige Aufwands- und Ertragsermittlung. Auf diesem Wege kann man natürlich nur zu Schätzungsergebnissen gelangen, die aber sinnvoll sind⁷⁵⁾.

Ein weiterer problematischer Faktor bei der Errechnung des Ertragswertes ist der Zinsfuß. Die Festlegung seiner Höhe ist besonders wichtig, da er neben der Aufgabe als Barometer und Maßstab der gesamten volkswirtschaftlichen Kapitalanlagen zu gelten, noch eine zweite, besondere Aufgabe hat, u. zw. muß er „alle Faktoren, die im Ertrage gesondert nicht berücksichtigt werden können, allgemein, gewissermaßen als Pauschalsatz, in sich aufnehmen“⁷⁶⁾.

Als Grundlage kann ein Zinsfuß für risikofreie Anlagen genommen werden, wobei sich der Zinsfuß für sichere Anlagen, z. B. für erststellige Hypotheken, am besten eignet⁷⁷⁾. Es ist ferner zu erwägen, ob der gegenwärtige oder zukünftige Zins bei der Kapitalisierung berücksichtigt werden soll. Hierzu führt *Hax*⁷⁸⁾ folgendes aus: „Für den zukünftigen Zins spricht die Erwägung, daß der Verkäufer des Unternehmens bei einer entsprechenden Anlage seines Kapitals auch in Zukunft denselben Ertrag erzielen solle, den er auch aus dem Unternehmen gezogen hätte. Dagegen spricht aber die

Wird der Zukunftserfolg mit beispielsweise 5 % kapitalisiert, so ergibt sich für die Personengesellschaft ein Ertragswert von DM 1 800 000,—, für die Kapitalgesellschaft ein Ertragswert von DM 900 000,—. Dieses Ergebnis ist aber wirtschaftlich nicht ganz berechtigt. Der Gewinn einer Kapitalgesellschaft unterliegt, im Gegensatz zur Personengesellschaft, der Körperschaftsteuer, gleichgültig, ob der Gewinn ausgeschüttet wird oder nicht. Da in der Regel der ausgeschüttete Gewinn natürlichen Personen zufließt, wird dieser Teil des Gewinnes nochmals zur Einkommensteuer herangezogen. Die Körperschaftsteuer, die auf den nicht zur Ausschüttung gelangenden Gewinn zur Anrechnung kommt, stellt somit keine zusätzliche Steuer — im Vergleich zur Besteuerung der Personengesellschaft — dar, da sie im Grunde die Einkommensteuer ersetzt. Somit darf man bei der Berechnung des Zukunftsertrages nicht den gesamten Betrag der Körperschaftsteuer abziehen, sondern nur den Teil, der auf den ausgeschütteten bzw. auszuschüttenden Teil des Gewinnes entfällt, d. h. soweit es sich um eine zusätzliche Belastung des Einkommens handelt. Berücksichtigt man bei dem oben angegebenen Beispiel nur die Körperschaftsteuer auf den ausgeschütteten Gewinnanteil, z. B. DM 15 000,—, so würde der Zukunftsertrag der Kapitalgesellschaft die Größe von DM 75 000,— annehmen. Der sich nun im Vergleich der beiden Ertragswerte ergebende Unterschied zwischen DM 1 800 000,— und DM 1 500 000,— ist dann nicht mehr so groß und ergibt sich aus dem Unterschied der juristischen Formen.

⁷⁵⁾ Auch *Münstermann* (*Münstermann, Hans*, Der Gesamtwert des Betriebes, in „Schweizerische Zeitschrift für kaufmännisches Bildungswesen“, 46. Jg. (1952), Nr. 10, S. 214) vertritt die gleiche Ansicht, wenn er sagt: „Der Zukunftserfolgswert ist die Summe aller auf den Zeitpunkt, für den der Gesamtwert des Betriebes ermittelt werden soll, diskontierten künftigen Betriebserfolge, oder kurz ausgedrückt, der Barwert aller künftigen Erfolge. In den künftigen Erfolgen des Betriebes zeigt sich seine Ergiebigkeit, sein Nutzen. Der Zukunftserfolgswert ist somit der Nutzwert und exakte Gesamtwert des Betriebes.“

⁷⁶⁾ *Mellerowicz, Konrad*, Der Wert der Unternehmung als Ganzes, a.a.O., S. 73.

⁷⁷⁾ Vgl. *Schmidt, Fritz*, Die organische Tageswertbilanz, a.a.O., S. 109.

⁷⁸⁾ *Hax, Karl*, Die Gesamtbewertung von Unternehmungen, a.a.O., S. 38.

Tatsache, daß man die zukünftige Entwicklung des Zinses kaum voraussehen kann und daß in dem augenblicklich gültigen Zinsfuß, wenn er sich frei gebildet hat, die erwartete zukünftige Entwicklung bereits berücksichtigt ist.“ Es ergibt sich dabei noch eine weitere Frage, ob man den allgemein dominierenden manipulierten Zins oder den natürlichen Zins, der sich bei dem Angebot und der Nachfrage von Kapitalnutzungen ausgleicht, zugrunde legen soll. Die manipulierten Zinssätze gelten allerdings nur, solange manipuliert wird. *Hax*⁷⁹⁾ ist der Meinung, daß man sich an die tatsächlich vorkommenden Zinssätze halten solle, da der natürliche Zins sich nicht mit dem notwendigen Grad von Sicherheit abschätzen ließe.

Um den für die Kapitalisierung anzuwendenden Zinssatz zu finden, muß man nun noch das Risiko der geschätzten Reinerträge berücksichtigen. Dieses Risiko muß in einem Prozentsatz dem zugrundezulegenden Zinsfuß zugeschlagen werden. Eine allgemeine Regel für die Höhe des Risikozuschlages läßt sich nicht geben, und so muß auch *Mellerowicz*⁸⁰⁾ gestehen, „daß es eine Norm für die Bemessung des Risikos und des Kapitalisierungszinsfußes nicht gibt“. Die Höhe des Risikozuschlages hängt ab von der Unternehmungsform, der Unternehmungsgröße und vom Geschäftszweig, denn jede Branche trägt ein anderes Risiko, und auch die Zukunftsaussichten sind entsprechend verschieden. Einige Autoren schlagen vor bei der Festlegung des Kapitalisierungszinsfußes auch den branchenüblichen Zinsfuß mit heranzuziehen, da dieser den Vorteil besitzt, „daß in ihm die zweigwirtschaftlichen Risiken ihre gebührende Beachtung finden“⁸¹⁾. Sie liegen meistens über den Zinsfüßen der landesüblichen Verzinsung⁸²⁾, und so schlägt *Mellerowicz* vor, als Grundlage des Kapitalisierungszinsfußes das Mittel aus Branchenzins und Landeszins zu nehmen, was den Vorteil hätte, „daß nur die Hälfte des branchentypischen Risikos im Kapitalisierungssatz Berücksichtigung“ finden würde⁸³⁾.

*Schwantag*⁸⁴⁾ ist in diesem Zusammenhang der Ansicht, daß man auch das Risiko unvorhersehbarer Geldwertänderungen mit einem gewissen Prozentsatz berücksichtigen müsse, da innerhalb einer Generation bereits zweimal Währungsverluste eingetreten seien und man diesen ungewissen Faktor nicht außer acht lassen dürfe. Wir kämen dann, um den der Kapitalisierung zugrunde zu legenden Zinsfuß zu ermitteln, beispielsweise zu folgender Rechnung:

⁷⁹⁾ Ebenda S. 39.

⁸⁰⁾ *Mellerowicz, Konrad*, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Wertungslehre, a.a.O., S. 133.

⁸¹⁾ *Münstermann, Hans*, Der Veräußerungspreis des Betriebes, in „Schweizerische Zeitschrift für kaufmännisches Bildungswesen“, 47. Jg. (1953), Nr. 4, S. 75.

⁸²⁾ Vgl. *Mellerowicz, Konrad*, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Wertungslehre, a.a.O., S. 138 f.

⁸³⁾ Vgl. *Mellerowicz, Konrad*, Der Wert der Unternehmung als Ganzes, a.a.O., S. 79.

⁸⁴⁾ Siehe Anm. 73, Seite 21, sowie *Schwantag, Karl*, Zinsen als Kostenfaktor, a.a.O., S. 499.

Angenommene landesübliche Verzinsung	7 %
+ Unternehmungsrisiko	2 %
	9 %
× Geldwertrisiko	4 %
Kapitalisierungszinsfuß	5 %

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß die einzelnen Faktoren, die bei der Ertragswertermittlung einer Unternehmung zugrunde gelegt werden müssen, auf Schätzungen beruhen und außerdem problematisch sind⁸⁵). Daher zieht man für die Berechnung des Wertes einer Unternehmung als Ganzes auch noch den Reproduktionswert der Unternehmung hinzu. Die übliche Bewertungsmethode der Unternehmung als Ganzes läuft nun dahin hinaus — so vor allen Dingen *Schmalenbach*, *Mellerowicz*, *Hax* u. a. —, daß man den Ertragswert mit dem Reproduktionswert (Teilreproduktionskostenwert), wie er weiter oben entwickelt wurde, vergleicht. Da der Ertragswert in der Regel meist höher sein wird als der Reproduktionswert, wird die Summe beider Werte durch 2 geteilt, um die Konkurrenzgefahr zu berücksichtigen⁸⁶). Der so gewonnene Wert wird von *Schmalenbach* als „Zukunftsertragswert unter Berücksichtigung der Konkurrenzgefahr“ bezeichnet⁸⁷). Die Differenz zwischen dem so ermittelten Zukunftsertragswert und dem Reproduktionswert stellt den zahlenmäßig erfaßbaren Mehrertragswert (auch Kapitalisierungsmehrwert, Firmenwert oder Goodwill genannt) einer Unternehmung dar⁸⁸). Ist dagegen der ursprünglich ermittelte Ertragswert niedriger als der Reproduktionswert, so ist der Ertragswert als maßgebender Unternehmungswert anzusehen⁸⁹).

Dieses Verfahren stellt natürlich nur eine grobe Faustregel dar, die nicht immer unumschränkt angewandt werden kann. Berücksichtigt man, wie es

⁸⁵) *Walb, Ernst*, Betrachtungen über Wertarten und stille Reserven im Zusammenhang mit der Frage der Bewertung von Unternehmungen und Unternehmungsanteilen sowie der Gesellschafterabfindung, in „Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung“, 34. Jg. (1940), S. 7 f., weist besonders auf die Gefahrenquellen hin, die sich bei der Ermittlung des nachhaltigen Ertragswerts ergeben. Da das Ergebnis ein Produkt aus dem Ertrag und dem Zinsfuß darstellt, müsse sich jeder Irrtum in der Bestimmung dieser beiden Faktoren außerordentlich stark auswirken.

⁸⁶) Bei Unternehmungen mit einem hohen Ertragswert besteht die Gefahr der Entstehung von Konkurrenzbetrieben. Dieser Gefahr will man durch eine Niedrigerbewertung der Unternehmung entgehen.

⁸⁷) Vgl. *Schmalenbach, Eugen*, Die Beteiligungsfinanzierung, a.a.O., S. 68.

⁸⁸) Man wird bei jedem Mehrertragswert einer Unternehmung untersuchen müssen, ob dieser Mehrertragswert vorwiegend durch eine subjektiv bedingte besondere Unternehmerleistung entstanden ist. Bei einem eventuellen Fortfall dieser persönlichen Leistung (z. B. bei einer Veräußerung) würde wahrscheinlich auch der auf dieser Grundlage beruhende Mehrertragswert verschwinden. Da jede Bewertung so objektiv wie möglich gestaltet werden soll, wird man diesen subjektiv bedingten Mehrertragswert — sofern er einigermaßen exakt zu fassen ist — bei der Bewertung nicht berücksichtigen dürfen.

⁸⁹) Vgl. *Schmalenbach, Eugen*, Die Beteiligungsfinanzierung, a.a.O., S. 66.

*Schwantag*⁹⁰⁾ vorschlägt, bei der Ermittlung des Reproduktionswertes auch die kostenbedingten immateriellen Güter, vor allen Dingen die Einarbeitungskosten in technischer und kaufmännischer Hinsicht, deren Ermittlung wohl schwierig aber doch möglich erscheint, so wird bei vollständiger Konkurrenz auf die Dauer dieser Reproduktionswert mit dem Ertragswert übereinstimmen. Eine Abweichung beider Werte voneinander wird sich bei vollständiger Konkurrenz nur kurz- oder mittelfristig ergeben, wobei diese Abweichungen auf subjektiven oder objektiven Differentialrenten oder auf allgemeine konjunkturelle Erscheinungen beruhen können. Bei unvollständiger Konkurrenz — Monopol, Oligopol, Polypol usw. — ist die Abweichung dagegen langfristig möglich.

Bei jeder Bewertung einer Unternehmung wird man die jeweils besonderen individuellen Verhältnisse berücksichtigen müssen. Ist der Ertragswert einer Unternehmung unter der Voraussetzung unbegrenzter Fortführung gleich 0, so kann dieser Wert nicht maßgebend sein, sondern nur ein Wert, der die Besonderheiten des Einzelfalles berücksichtigt⁹¹⁾. Nehmen wir an, daß der Reinertrag einer Unternehmung bei unbegrenzter Fortführung gerade 0 sei, wobei in den erwarteten Ausgaben die Reinvestitionsquote für die Anlagen (Abschreibung) eingerechnet ist, so ergibt sich für dieses Unternehmen ein Ertragswert, der gleich 0 ist. Unter dieser Annahme hat die Unternehmung keinen Wert. Sie erbringt keine Rendite. Erweitern wir unsere Annahme dahingehend, daß wir eine allmähliche Liquidation der Unternehmung in Erwägung ziehen, so daß nur eine zeitlich begrenzte Fortführung der Unternehmung in Frage kommt, so sind bei der Festlegung der zukünftigen Einnahmen und zukünftigen Ausgaben die vollen Ersatzinvestitionen (Anlageabschreibungen) nicht mehr zu veranschlagen. Die zukünftigen Ausgaben sind nun um die fortfallenden Ersatzinvestitionen niedriger, der Barwert der Einnahmen ist somit größer als der Barwert der Ausgaben, und für die Unternehmung ergibt sich ein positiver Ertragswert. Wir sehen also, daß die Unternehmung, trotz eines „ewigen“ Ertragswertes von 0, insgesamt gesehen, doch einen Ertragswert hat. *Aus diesem Grunde hat die Unternehmung überhaupt einen Wert.*

Gehen wir in unserer Annahme noch weiter und unterstellen, daß die Unternehmung kurzfristig liquidiert werden soll, d. h., daß man bei der Rechnung fast gar keine zukünftigen Ausgaben berücksichtigt oder nur solche kurzfristiger Art, so ergibt sich auch in diesem Falle ein positiver Ertragswert. Hat eine Unternehmung in den drei skizzierten Fällen keinen Ertragswert, so hat sie überhaupt keinen Wert, es sei denn, es fände sich trotz negativem Reinertrag ein Käufer, der für die Unternehmung etwas zahlen will. Bei dieser letzten Annahme käme nur spekulatives Interesse, mangelnde Orientierung oder ähnliche Gründe in Frage, wobei sich dann wieder für die Unternehmung ein Ertragswert ergäbe. Findet sich für eine Unternehmung

⁹⁰⁾ Siehe Anm. 73, Seite 21.

⁹¹⁾ Solange sich noch bei der Ertragswertberechnung ein positiver Ertragswert ergibt (Untergrenze = 0), wird das Anlagevermögen voll erhalten, da seine Erneuerung durch die als Kosten verrechnete Abschreibung gesichert ist.

bei negativem Reinertrag überhaupt kein Käufer, so kommt nur noch ein Zerschlagungswert in Frage, d. h. der Wert, der sich bei Addition der Veräußerungszeitwerte der einzelnen Unternehmungsteile ergibt. Meistens dürfte dieser Wert aber nicht über den Schrottwert hinausgehen.

Im allgemeinen sind der Ertragswert bei unbegrenzter Fortführung der Unternehmung und der Reproduktionswert der Unternehmung die beiden Hauptwerte, die bei der Bewertung von Unternehmungen berücksichtigt werden müssen⁹²⁾. Führt man auch hier die einzelnen Berechnungen oder Wertungen noch so exakt aus, so müssen wir uns doch immer vor Augen halten, daß jeder Wertabmessung „stets etwas von der *Eigenart einer Schätzung*“⁹³⁾ anhaften wird.

⁹²⁾ Bei der Bewertung von Aktiengesellschaften stellen die Summen der Börsenkurswerte sämtlicher Anteile einen gewissen Hilfswert für die Bewertung der Unternehmung als Ganzes dar. Allerdings können sie nicht den genauen Wert einer Unternehmung widerspiegeln, denn der Börsenkurs bezieht sich im wesentlichen nur auf einzelne Anteile, und meistens richtet er sich weniger nach dem erzielten Gewinn als nach den zu erwartenden Gewinnausschüttungen. Außerdem spielen oftmals politische Entwicklungen bei der Börsenkursbildung eine große Rolle.

⁹³⁾ Zimmermann, F. W. R., Wert und Wertabmessung im allgemeinen sowie Wertfeststellung des staatlichen Finanzvermögens nach dem Ertrage im besonderen, im „Finanz-Archiv“, 36. Jg. (1919), 1. Band, S. 4.

B. DIE BEWERTUNG DES BETRIEBSVERMÖGENS NACH DEM BEWERTUNGSGESETZ

1. Das Bewertungsgesetz und die Einheitsbewertung.

1. Wesen und Zweck des Bewertungsgesetzes.

Das Bewertungsgesetz ist das Grundgesetz für die Bewertung des Vermögens. Es hat die Aufgabe, für alle Steuern, die auf der Grundlage des Vermögens erhoben werden, eine gleichmäßige Besteuerungsgrundlage zu schaffen. Bis zum Inkrafttreten des Vermögensbewertungsgesetzes vom 16. Januar 1952⁹⁴⁾ galt für die Bewertung des Vermögens, unter Berücksichtigung einiger Abänderungen, das Reichsbewertungsgesetz in seiner letzten Fassung vom 16. Oktober 1934⁹⁵⁾, das auch heute noch die Grundlage für das Bewertungsgesetz bildet.

Nicht immer war es so, daß die Bewertung des Vermögens einer einheitlichen Regelung unterworfen war. Meistens enthielten die einzelnen Steuergesetze für ihre besonderen Zwecke zugeschnittene Bewertungsnormen, die mehr oder weniger voneinander abwichen. Diese Unterschiede traten aber kaum in Erscheinung in einer Zeit, die das Vermögen nur ganz geringfügig belastete, wie es am Ende des vergangenen und zu Beginn dieses Jahrhunderts der Fall war⁹⁶⁾. Zu Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten über die Be-

⁹⁴⁾ Gesetz zur Bewertung des Vermögens für die Kalenderjahre 1949 bis 1951 (Hauptveranlagung 1949) vom 16. Januar 1952 (VermBewG.), (BGBl. I S. 22, BStBl. I S. 35).

⁹⁵⁾ RGBl. I S. 1035. Diesem Gesetz waren vorausgegangen das RBewG. vom 10. August 1925 (RGBl. I S. 214) und das RBewG. vom 22. Mai 1931 (RGBl. I S. 222).

⁹⁶⁾ In dieser Zeit erhoben die meisten Länder neben der Einkommensteuer eine geringe Vermögensteuer, die eine Ergänzung zur Einkommensteuer darstellen sollte und daher meistens Ergänzungssteuer genannt wurde. Diese Ergänzungssteuern belasteten das Vermögen nur mit einem gewissen Promillesatz. Grundlegend für diese Steuern und auch für die späteren Steuern vom Vermögen wurde das Preußische Ergänzungssteuergesetz vom 14. Juli 1893 (Preußische Gesetzesammlung S. 134).

messungsgrundlage der Steuern, die vom Vermögen erhoben wurden, kam es erst nach dem ersten Weltkriege. Die Ursachen dafür lagen hauptsächlich in den nun stark erhöhten Steuersätzen und in der Tatsache, daß die Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer) einer landesrechtlichen, die Vermögensteuer ⁹⁷⁾ dagegen einer reichsrechtlichen Regelung vorbehalten waren. So konnte es geschehen, daß ein und derselben Gegenstand verschiedene Werte zugelegt wurden, je nachdem für welche Steuer er herangezogen wurde. Es ist offensichtlich, daß die Steuerpflichtigen immer nur den niedrigeren der beiden Werte anerkennen wollten und beim höheren Wert eine falsche Anwendung der Gesetzesvorschriften vermuteten. Diese Schwierigkeiten und die Möglichkeit, Doppelveranlagungen ein und desselben Gegenstandes von zwei verschiedenen Behörden zu vermeiden, brachten die damalige Reichsregierung zu dem Entschluß, für sämtliche Substanzsteuern einheitliche Bewertungsrichtlinien zu schaffen. Das Ergebnis dieser Überlegungen war das Reichsbewertungsgesetz vom 10. August 1925⁹⁸⁾, „daß *den für alle Substanzsteuern einheitlichen Steuerwert — den Einheitswert — schuf*“⁹⁹⁾ ¹⁰⁰⁾. Diese Entwicklung wurde allgemein begrüßt und Schmidt spricht von einem großen Fortschritt, „daß die Wertbestimmung auf Einheitswerte ausgeht, die für das ganze Reich gleichmäßig bestimmt werden und in allen Fällen der Wertbesteuerung zu verwenden sind“¹⁰¹⁾.

2. Wesen und Zweck der Einheitswerte.

Durch die Bezeichnung „Einheitswert“ könnte man verleitet werden anzunehmen, daß es sich hierbei um eine einheitliche Wertermittlungsart für das gesamte steuerpflichtige Vermögen handelt. Dies trifft jedoch nicht zu, denn von einer Einheitlichkeit der Bewertung kann, wie wir später sehen werden, keine Rede sein. Nach dem Gesetz soll die Einheitsbewertung gleichzeitig mehreren Steuern dienen¹⁰²⁾, wobei jedoch nicht alle Wirtschaftsgüter zu jeder dieser Steuern herangezogen werden. Außerdem werden auch nicht für alle Vermögensarten Einheitswerte ermittelt.

Die Einheitswerte kann man demnach am besten bezeichnen als Werte

- a) für bestimmte Vermögensarten (§§ 28—66 BewG.),
- b) die nach bestimmten Grundsätzen (§§ 24—66 BewG.),
- c) auf einen bestimmten Zeitpunkt (Hauptfeststellungszeitpunkt oder Fortschreibungszeitpunkt; §§ 21, 22 BewG.) festgestellt werden und

⁹⁷⁾ Durch die Steuerreform vom 8. April 1922 wurde die erste laufende Vermögensteuer des Reichs eingeführt. Vermögensteuergesetz vom 8. April 1922 (RGBl. I S. 335).

⁹⁸⁾ Siehe Anm. 95, S. 27.

⁹⁹⁾ Böhler, Ottmar, Bilanz und Steuer, 4. Aufl., Berlin und Frankfurt a. M. 1950, S. 306.

¹⁰⁰⁾ Die Bindung der Länder an diese Werte konnte allerdings nicht sofort erreicht werden, da diese zunächst aus verschiedenen Gründen ihre Werte hartnäckig verteidigten. Eine vollständige Vereinheitlichung konnte erst im Jahre 1936 erreicht werden, als auch die Realsteuern einer reichsrechtlichen Regelung unterworfen wurden.

¹⁰¹⁾ Schmidt, Fritz, Die organische Tageswertbilanz, a.a.O., S. 338.

¹⁰²⁾ Vgl. § 1 und § 18 BewG.

d) für eine gewisse Dauer Gültigkeit haben (§ 21 BewG.)

sowie

e) für bestimmte Steuern (§ 18 BewG.) maßgebend sind¹⁰³⁾ 104).

Das Bewertungsgesetz unterscheidet drei Vermögensarten (das land- und forstwirtschaftliche Vermögen, das Grundvermögen und das Betriebsvermögen) mit Untereinheiten, für die eine gesonderte Einheitswertfeststellung erforderlich ist (vgl. auch Anlage 1). Für das sonstige Vermögen und das Gesamtvermögen wird kein Einheitswert festgestellt.

Das Betriebsvermögen erfordert drei gesonderte Einheitswertfeststellungen, u. zw. für das gesamte Betriebsvermögen, die Betriebsgrundstücke und die Gewerbeberechtigungen, wobei beide letzteren mit ihrem Einheitswert in den Einheitswert des Betriebsvermögens als Untereinheiten übernommen werden¹⁰⁵⁾.

Einheitsbewertungen (Hauptfeststellungen) sollten ursprünglich alle drei Jahre (Hauptfeststellungszeitraum) für die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens, alle sechs Jahre für die wirtschaftlichen Einheiten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, des Grundvermögens, der Betriebsgrundstücke und der Gewerbeberechtigungen durchgeführt werden. Der erste Hauptfeststellungszeitpunkt war nach dem Reichsbewertungsgesetz vom 16. Oktober 1934 für alle Vermögensarten der 1. Januar 1935¹⁰⁶⁾. Der erste Hauptfeststellungszeitraum hätte daher für die zuletzt genannten Vermögensarten bis zum 31. Dezember 1940, für das Betriebsvermögen bis zum 31. Dezember 1937 laufen müssen. Tatsächlich sind aber die fälligen Hauptfeststellungen aus verschiedenen Gründen immer weiter verschoben worden, wie aus der Anlage 2, Hauptfeststellungszeitpunkte, zu entnehmen ist.

Größere Wertveränderungen der Feststellungseinheiten (z. B. Veräußerung einer Anlage, Neuerwerbung, Umbau) können nur durch eine im Gesetz vorgesehene Fortschreibung Berücksichtigung finden (§ 22 BewG.). Voraussetzung für die Vornahme einer Fortschreibung bzw. Neufeststellung der Einheitswerte ist, daß eine Wertabweichung gegenüber den zuletzt festgestellten Einheitswerten vorliegt, die die im Gesetz vorgesehenen Wertgrenzen übersteigt. Die Einführung der Wertgrenzen beruhte darauf, daß man nicht jede geringfügige Wertabweichung zu einer Fortschreibung ausreichen lassen wollte, sondern nur solche von einigem Gewicht. Die Höhe der Wertgrenzen, die zu einer Fortschreibung der Einheitswerte führen können und die im Laufe der Zeit, je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen und fiskalischen Erfordernissen, geändert haben, geht aus der Anlage 3, Wertgrenzen bei der Fortschreibung, hervor.

¹⁰³⁾ *Frank, Erich*, Vermögensteuer 1946 und Einheitsbewertung, Schriftenreihe Haus und Wohnung, Schrift 1, Berlin o. J., S. 10.

¹⁰⁴⁾ Vgl. hierzu auch Anlage 1 dieser Arbeit über den Aufbau des Bewertungsgesetzes. Die verfahrensrechtlichen Grundlagen über die Einheitswertfeststellung finden sich in den §§ 214 ff. AO.

¹⁰⁵⁾ Auf diese Fragen wird noch näher im Abschnitt über die Bewertung der einzelnen Teile des Betriebsvermögens einzugehen sein.

¹⁰⁶⁾ Vgl. § 79 BewG.

Aus der Tatsache, daß Einheitsbewertungen nur in Abständen von mehreren Jahren durchgeführt werden, können wir schließen, daß diese Vermögensbewertungen einen anderen Charakter haben als die üblichen jährlich durchzuführenden Bewertungen für die Handels- und Steuerbilanz. In der Steuerbilanz geht es um die Errechnung des Erfolges für ein abgelaufenes Wirtschaftsjahr, in der Vermögensaufstellung¹⁰⁷⁾ um die Darstellung des Vermögens an einem bestimmten Stichtage. Die Vermögensaufstellung verfolgt im Gegensatz zur Steuerbilanz rein statische Ziele. „Für den Bewertungsstichtag soll jeweils ganz unabhängig von einem Erfolgsausweis und von früheren Bewertungen — daher ohne daß irgend etwas wie eine Bewertungskontinuität eine Rolle spielte — eine möglichst getrennte Aufnahme vom Stand des Vermögens gemacht werden, die die Grundlage für die künftige Vermögensteuer abgibt, dagegen in keiner Beziehung zu der letztvorangegangenen Einheitsbewertung steht.“¹⁰⁸⁾

Eine rechtliche Verbindung zwischen Steuerbilanz und der Vermögensaufstellung besteht nicht. Hieraus ergibt sich auch, daß die Wertansätze in der Vermögensaufstellung von denjenigen in der Steuerbilanz abweichen, nur in den seltensten Fällen dürfte eine Übereinstimmung der Werte bestehen. Bekanntlich lehnt sich die Steuerbilanz stark an die Handelsbilanz an, denn die Werte der Steuerbilanz werden weitgehend von der Handelsbilanz abgeleitet. Solch eine Ableitung kennt die Vermögensaufstellung nicht, wenn man auch in der Praxis gewisse Anhaltspunkte für die Bewertung der Wirtschaftsgüter in der Vermögensaufstellung aus der Steuerbilanz gewinnen kann.

Vergleicht man die Einheitswerte der verschiedenen Vermögensarten miteinander, so ergibt sich, daß sie nur die gesetzliche Grundlage (Bewertungsgesetz) und die Zweckbestimmung (Steuerbemessungsgrundlage) gemeinsam haben. Materiell weichen die Einheitswerte der verschiedenen Vermögensarten voneinander ab, bedingt durch die jeweils verschiedene Bewertungstechnik und den anzuwendenden Wertmaßstab. Die Einheitswerte sind Stichtagswerte für bestimmte Feststellungseinheiten. Verändern sich im Laufe der Zeit diese Einheiten, so können die Einheitswerte, gemäß den erörterten gesetzlichen Vorschriften, nur nach Vornahme einer Neufeststellung abgeändert werden. Sonst bleiben sie solange bestehen, bis die gesetzliche Geltungsdauer abgelaufen ist. Die Einheitswerte passen sich nur schwer und nach einer gewissen Zeitdauer den sich oft schnell verändernden wirtschaftlichen Verhältnissen an. Daher können wir sie als unelastische, schwerveränderliche Werte ansprechen.

¹⁰⁷⁾ Sidlo, Josef, Das Verhältnis von Steuerbilanz und Vermögensaufstellung hinsichtlich der Bewertung, Der Rechts- und Steuerdienst, Heft 16, Köln 1949, S. 8 f., vertritt die Ansicht, daß es zweckmäßiger ist, „Vermögensaufstellung“ als „Vermögensbilanz“ zu sagen, denn die Vermögensaufstellung beinhalte die aus jeglichem Zusammenhang herausgerissene und auf einen bestimmten Zeitpunkt, ohne Anlehnung an einen anderen Zeitpunkt, festgestellte Zusammensetzung eines Betriebes, die in zahlenmäßigen Werten (Besitz minus Schulden) ausgedrückt sei.

¹⁰⁸⁾ Bühler, Ottmar, Bilanz und Steuer, a.a.O., S. 307.

3. Die Werte des Bewertungsgesetzes.

a) Der gemeine Wert.

Das Bewertungsgesetz kennt drei verschiedene Werte: Den *gemeinen Wert*, den *Ertragswert* und den *Teilwert*.

Als oberste Wertnorm stellt das Bewertungsgesetz den gemeinen Wert auf, der, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, den Bewertungen zugrunde gelegt werden soll¹⁰⁹⁾. Dieser gemeine Wert wird nach dem Gesetz „durch den Preis bestimmt, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit des Wirtschaftsgutes bei einer Veräußerung zu erzielen wäre. Dabei sind alle Umstände, die den Preis beeinflussen, zu berücksichtigen“¹¹⁰⁾. Die Begriffsbestimmung besagt, daß es sich beim gemeinen Wert um einen Veräußerungspreis handelt. Es ist jedoch nicht erforderlich, daß eine Veräußerung unbedingt stattgefunden zu haben braucht, denn es ist nur der Preis zu ermitteln, der im *gewöhnlichen Geschäftsverkehr* bei einer Veräußerung zu erzielen wäre, wobei alle ungewöhnlichen oder persönlichen Verhältnisse unberücksichtigt bleiben. Der gemeine Wert soll somit einen möglichst objektiven Wert darstellen, der für jedermann Gültigkeit besitzt. Nach *Krekeler*¹¹¹⁾ ist der gemeine Wert der Preis, der sich für Wirtschaftsgüter beim gemeingewöhnlichen Verkauf allgemein erzielen läßt.

Verfolgt man die Entstehungsgeschichte des gemeinen Werts, so taucht dieser Begriff zum ersten Male im preußischen Allgemeinen Landrecht von 1794 auf. Der gemeine Wert ist dort definiert als „der Nutzen, welche die Sache einem jeden Besitzer gewähren kann“¹¹²⁾, wobei unter dem „Nutzen“ aller Gebrauch verstanden wird, den jemand von der Sache zu machen berechtigt ist¹¹³⁾ 114).

Den Ausgangspunkt für die Entwicklung des gemeinen Werts im Steuerrecht bildete das preußische Ergänzungssteuergesetz von 1893¹¹⁵⁾, obwohl der gemeine Wert schon etwas früher durch das preußische Erbschaftsteuergesetz in der Fassung vom 24. Mai 1891¹¹⁶⁾ Eingang in die Steuergesetzgebung gefunden hat. Eine Definition des gemeinen Werts enthielt das preußische Ergänzungssteuergesetz nicht. Unter dem gemeinen Wert wurde aber „der *rein objektive* Wert, den eine Sache an sich, nach dem Grade ihrer Brauchbarkeit, für *jeden* Besitzer hat“¹¹⁷⁾, verstanden.

¹⁰⁹⁾ § 10 Abs. 1 BewG.

¹¹⁰⁾ § 10 Abs. 2 BewG.

¹¹¹⁾ Vgl. *Krekeler, Otto*, Reichsbewertungsgesetz, 4. Aufl., Berlin 1939, S. 80.

¹¹²⁾ § 112, I, 2 ALR.

¹¹³⁾ Vgl. § 109, I, 2 ALR.

¹¹⁴⁾ Eine genaue Untersuchung des gemeinen Werts im preußischen Allgemeinen Landrecht hat *Funk, Hartmut*, Zur Entwicklung des steuerrechtlichen Begriffs des gemeinen Werts in Preußen, Diss. Gießen 1924 (Maschinenschrift), durchgeführt, auf dessen Darstellung wir hier verweisen.

¹¹⁵⁾ Preuß. ErgStG. vom 14. Juli 1893 (Preußische Gesetzessammlung S. 134).

¹¹⁶⁾ Preußische Gesetzessammlung S. 78.

¹¹⁷⁾ *Fuisting*, Begriff und Bemessungsgrundlage des gemeinen Wertes im Sinne des Preuß. Ergänzungssteuergesetzes, in „Deutsche Juristen-Zeitung“, 4. Jg. (1899), Nr. 2, S. 27.

Die später nachfolgenden Reichssteuergesetze (Besitzsteuergesetz, Wehrbeitragsgesetz)¹¹⁸⁾ in der Zeit vor dem ersten Weltkriege identifizierten den gemeinen Wert mit dem Verkaufswert, was durch einen entsprechenden Zusatz im Gesetzestext zum Ausdruck kam.

Über die Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919¹¹⁹⁾ fand dann auch der Begriff des gemeinen Werts Eingang in das Reichsbewertungs- bzw. Bewertungsgesetz in einer Fassung, wie sie weiter oben ausgeführt wurde¹²⁰⁾.

Das Bürgerliche Gesetzbuch kennt den Begriff des gemeinen Werts nicht. Im Privatrecht findet sich dieser Begriff lediglich im Handelsgesetzbuch¹²¹⁾, wo als Maß des Schadenersatzes der gemeine Handelswert oder, falls dieser nicht feststellbar ist, der gemeine Wert zugrunde zu legen ist. Dieser gemeine Wert entspricht ganz dem steuerlichen gemeinen Wert¹²²⁾.

b) Der Ertragswert.

Nach der Gesetzesterminologie gewinnt man den Ertragswert durch Kapitalisierung des Reinertrages einer wirtschaftlichen Einheit mit einem gewissen Prozentsatz, der im allgemeinen der landesüblichen Verzinsung entspricht.

Im Rahmen des Bewertungsgesetzes werden die wirtschaftlichen Einheiten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens mit dem Ertragswert bewertet. Nach § 31 BewG. ist der Ertragswert „das Fünfundzwanzigfache¹²³⁾ des Reinertrags, den der Betrieb seiner wirtschaftlichen Bestimmung gemäß im Durchschnitt der Jahre nachhaltig erbringen kann. Dabei ist davon auszugehen, daß der Betrieb unter gewöhnlichen Verhältnissen, ordnungsmäßig, gemeinüblich und mit entlohnenden fremden Arbeitskräften bewirtschaftet wird. Außerdem ist zu unterstellen, daß der Betrieb schuldenfrei ist“. Der Ertragswert wird nicht für jeden landwirtschaftlichen Betrieb gesondert ermittelt, sondern im Wege des Vergleichens mit anderen Betrieben gefunden¹²⁴⁾.

Obleich der gemeine Wert der dominierende steuerrechtliche Wert war, setzte sich der Ertragswert — im Sinne des Bewertungsgesetzes — doch schon zu Beginn dieses Jahrhunderts bei der Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens durch. In Preußen wurde der gemeine Wert als Bewertungsmaßstab für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen im

¹¹⁸⁾ Besitzsteuergesetz vom 3. Juli 1913 (RGBl. S. 524).

Gesetz über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag vom 3. Juli 1913 (RGBl. S. 505).

¹¹⁹⁾ RGBl. I S. 1993.

¹²⁰⁾ Die geschichtliche Entwicklung des gemeinen Werts und seine Ermittlung ist ausführlich von *Thaler, Karl*, Der gemeine Wert im Steuerrecht, Leipzig, Jur. Diss. vom 30. April 1931, Berlin 1931, dargestellt worden.

¹²¹⁾ §§ 430, 457, 613, 799 HGB.

¹²²⁾ Vgl. RG. 96. Band, S. 125; RG. 98. Band, S. 151.

¹²³⁾ Nach § 3a Abs. 2 BewDV. das Achtzehnfache des Reinertrages. § 3a BewDV. wurde eingeführt durch VO. vom 22. November 1939 (RGBl. I S. 2271). Neufassung des § 3a BewDV. durch VO. vom 8. Dezember 1944 (RGBl. I S. 338).

¹²⁴⁾ Einen kurzen zusammenfassenden Überblick über das Bewertungsverfahren des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens gibt uns Anlage 4 dieser Arbeit.

Jahre 1909 durch den Ertragswert ersetzt¹²⁵). Im Reich war es Interessenten-
gruppen bereits 1906 gelungen, die Bewertung des land- und forstwirtschaft-
lichen Grundbesitzes mit dem Ertragswert durchzusetzen¹²⁶). Auch durch
die folgenden Steuergesetze hat der Ertragswert seine Stellung bei der Be-
wertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens bis auf den heutigen
Tag behalten.

c) Der Teilwert¹²⁷).

Von allen drei im Bewertungsgesetz vorkommenden Wertarten ist der „Teil-
wert“ der jüngste Wert. Der Name wurde vom späteren Präsidenten des
Reichsfinanzhofs *Mirre* im Jahre 1925 geprägt. Seine Fortbildung erfuhr
dieser Wert durch die Literatur und die Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs,
wobei die Urteile von 14. Dezember 1926¹²⁸) und vom 14. Dezember 1927¹²⁹)
als grundlegend anzusehen sind. Gesetzlich verankert wurde der Teilwert
im Jahre 1934, als er in das Einkommensteuergesetz, wo er den gemeinen
Wert verdrängte, und in das Bewertungsgesetz aufgenommen wurde. Hier
spielt er eine besondere Rolle bei der Bewertung des Betriebsvermögens, wie
wir in der Folge noch sehen werden.

§ 12 BewG. gibt folgende Definition des Teilwertes: „Teilwert ist der Betrag,
den ein Erwerber des ganzen Unternehmens im Rahmen des Gesamtkauf-
preises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde. Dabei ist davon aus-
zugehen, daß der Erwerber das Unternehmen fortführt.“ Diese Definition
unterscheidet sich von der Definition im § 6 Einkommensteuergesetz nur da-
durch, daß an Stelle des Wortes „Unternehmen“, das Wort „Betrieb“ gesetzt
ist. Trotzdem sind die Begriffe des Teilwerts im Einkommensteuergesetz und
im Bewertungsgesetz als identisch anzusehen.

*Bühler*¹³⁰) sagt einmal, daß „die Ermittlung des Teilwerts sozusagen immer
ein kleines Theater verlangt: die Vorstellung eines Rundganges im Betrieb
mit einem Kaufliebhaber und Unterhaltung mit ihm darüber, was er wohl
für diese Maschine und jenen Schuppen usw. ansetzen würde — sofern er
sein Kaufpreisangebot auf Bewertung der einzelnen Anlagen aufbauen
würde und nicht auf Gesamtbewertung nach dem Ertrag, was schon unsicher
ist“. Nach einem RFH.-Urteil bestimmt sich der Teilwert nach dem Betrage,
„den ein Käufer des ganzen Unternehmens weniger für das Unternehmen

¹²⁵) Gesetz betr. die Abänderung des Einkommensteuergesetzes und des Vermögen-
steuergesetzes vom 26. Mai 1909 (Preußische Gesetzessammlung S. 349).

¹²⁶) Erbschaftsteuergesetz vom 3. Juni 1906 (RGBl. I S. 654).

¹²⁷) Wir können uns in diesem Zusammenhang nicht in eine ausführliche Diskussion
über den Teilwert einlassen, da dieser spezifisch steuerliche Wert eine umfang-
reiche Literatur hervorgerufen hat und das Für und Wider dieses problema-
tischen Wertes nicht in dem begrenzten Rahmen unserer Arbeit erschöpfend
behandelt werden kann. Wir müssen uns daher auf das Grundlegende be-
schränken.

¹²⁸) RFH. 20. Band, S. 87.

¹²⁹) RFH. 22. Band, S. 309.

¹³⁰) *Bühler, Ottmar*, Soll der Teilwert verschwinden? Eine Betrachtung zur Lage
nach der Steuerreform, in „Der Betriebs-Berater“, 3. Jg. (1948), Heft 15,
S. 285.

geben würde, wenn der betreffende Gegenstand nicht zum Unternehmen gehörte¹³¹⁾. *Zitzlaff*¹³²⁾ findet diesen Satz nicht nur fehl am Platze, sondern auch überflüssig. Das Urteil hätte wohl gemeint, mit diesem Satz den Begriff recht anschaulich gestalten zu können. Damit sei aber nichts anzufangen, „da es natürlich noch schwerer ist, den Wert des Unternehmens nach gedachtem Fortfall eines Wirtschaftsguts zu bestimmen, als den Wert dieses Wirtschaftsguts“.

Um diese unsichere Ermittlungsart zu vermeiden, geht die Praxis und die Rechtsprechung beim Anlagevermögen, wo der Teilwert die größte Rolle spielt, von zwei Vermutungen aus:

1. der Teilwert ist im Anschaffungszeitpunkt gleich dem Anschaffungspreis und
2. bei einem bereits im Unternehmen befindlichen Gegenstande ist der Teilwert gleich dem Wiederbeschaffungspreis vermindert um die Abschreibungen für verbrauchsbedingte Abnutzung.

Der Teilwert kann sich nur innerhalb zweier Grenzen bewegen. Die Obergrenze bildet der Wiederbeschaffungspreis, über den der Teilwert nicht hinausgehen kann, da man den betreffenden Gegenstand jederzeit zu den Wiederbeschaffungskosten erwerben könnte. Die Untergrenze bildet der Schrottwert, der bei jeder Einzelveräußerung mindestens erzielt werden kann und unter den der Teilwert auch nicht absinken kann. Zwischen diesen beiden Grenzen gibt es aber keine Norm, um den Teilwert genau zu bestimmen.

Der gemeine Wert unterscheidet sich vom Teilwert in folgendem: der gemeine Wert eines zu einer wirtschaftlichen Einheit (Betrieb) gehörigen Wirtschaftsgutes ist sein Marktpreis im Falle der tatsächlichen oder gedachten Einzelveräußerung; der Teilwert will dagegen auf die Verhältnisse der betreffenden Unternehmung abstellen. So können gleiche Gegenstände in verschiedenen Unternehmungen, nach den jeweiligen Verhältnissen, auch verschiedene Teilwerte aufweisen, während der gemeine Wert in jedem Falle eine gleiche Größe annehmen muß. Es kann sich beim Teilwert also nicht um einen Wert handeln, „der aus dem Güterverbände herausgerissen ist, wie der betriebsisolierte Einzelwert, sondern um eine Größe, die in kausaler Beziehung zum Ganzen, zum Betriebe steht“¹³³⁾.

Der Teilwert hat im Laufe seines Bestehens mehr Ablehnung als Zustimmung gefunden. *Aufermann*¹³⁴⁾ steht mit *Veiel* und *Kosiol* auf dem Standpunkt, „daß der Teilwert als ein ‚steuerliches Kuriosum‘ aus dem deutschen Steuerrecht baldigst wieder verschwinden sollte, denn als ein Verbundenheitswert ist er ‚unberechenbar‘, als isolierter Marktwert ist er durchweg mit dem Reproduktionswert identisch“. Auf der anderen Seite ist *Bühler* als Anhänger des Teilwertes zu nennen. Wenn er auch zugibt, daß die Bezeichnung „Teilwert“

¹³¹⁾ RFH. 20. Band, S. 87 (88).

¹³²⁾ *Zitzlaff, Franz*, Zur Teilwertfrage besonders bei Anlagegütern, in „Steuer und Wirtschaft“, 26. Jg. (1949), Nr. 1/2, Sp. 35 f.

¹³³⁾ *Grossmann, Hermann*, Steuerliche Wertkategorien, a.a.O., S. 654.

¹³⁴⁾ *Aufermann, E.*, Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, in „Die Handelshochschule“, Wiesbaden 1950, S. 86.

äußerst unpopulär geworden ist und als besseren Namen „*anteiligen Betriebswert*“¹³⁵⁾ vorschlägt¹³⁶⁾, weil diese Bezeichnung den Hauptunterschied zum Einzelveräußerungspreis deutlich kennzeichne, so meint er doch, daß man den Teilwert als solchen nicht abschaffen dürfe. *Bühler* führt hierzu aus: „*Wenn wir ihn bis jetzt nicht gehabt hätten, müßten wir ihn heute einführen*, und wenn wir ihn jetzt wirklich abschaffen würden, so würden wir uns in den nächsten Jahren wahrscheinlich immer wieder dabei ertappen, daß wir zu dieser unentbehrlichen Wertgröße doch unsere Zuflucht nehmen, um richtige Bewertungen durchzuführen“¹³⁷⁾ 138).

II. Die einzelnen Bewertungsvorschriften.

1. Der Grundsatz der Gesamtbewertung.

Das Bewertungsgesetz stellt in seinem § 2 den Grundsatz der Gesamtbewertung für wirtschaftliche Einheiten heraus. Es heißt dort: „Jede wirtschaftliche Einheit ist für sich zu bewerten. Ihr Wert ist im ganzen festzustellen. Was als wirtschaftliche Einheit zu gelten hat, ist nach den Anschauungen des Verkehrs zu entscheiden.“

Unter einer wirtschaftlichen Einheit versteht man eine Mehrzahl wirtschaftlich zusammengefaßter Wirtschaftsgüter, die ihre rechtliche Selbständigkeit eingebüßt haben, jedoch einem gemeinsamen Zweck unterstellt sind¹³⁹⁾. Auch ein einzelnes Wirtschaftsgut, das im Wirtschaftsleben ein von anderen Wirtschaftsgütern unabhängiges Eigendasein führt, kann eine wirtschaftliche Einheit darstellen.

Im Bewertungsrecht bildet grundsätzlich jede wirtschaftliche Einheit auch eine Bewertungseinheit, für die ein Einheitswert gesondert festgestellt werden muß. Die wirtschaftliche Einheit des Betriebsvermögens ist der „gewerbliche Betrieb“¹⁴⁰⁾. Was zum Betriebsvermögen gehört, ergibt sich aus § 54 Abs. 1 BewG.: „Zum Betriebsvermögen gehören alle Teile einer wirtschaftlichen

¹³⁵⁾ *Bühler, Ottmar*, Soll der Teilwert verschwinden? a.a.O., S. 287.

¹³⁶⁾ *Reinhardt*, Buchführung, Bilanz und Steuer, Berlin 1936, 1. Band, S. 147, wollte bereits den Ausdruck „Teilwert“ durch den wohl vertretbaren eines „Betriebswertes“ ersetzen.

¹³⁷⁾ *Bühler, Ottmar*, Soll der Teilwert verschwinden? a.a.O., S. 287.

¹³⁸⁾ Auf Fragen, die mit dem Teilwert zusammenhängen, wird noch im dritten Hauptabschnitt, in der Kritik, einzugehen sein.

¹³⁹⁾ Vgl. *Krekeler, Otto*, Reichsbewertungsgesetz, a.a.O., S. 58.

¹⁴⁰⁾ Was unter einem Gewerbebetrieb zu verstehen ist, ergibt sich, gemäß Abschn. 25 der VStER. vom 20. 8. 1940 (RStBl. S. 777), aus § 7 Abs. 2 der sogenannten Gemeinnützigkeitsverordnung vom 16. Dezember 1941 (RStBl. S. 937), wo es heißt: „Eine selbständige nachhaltige Betätigung, die mit Gewinnabsicht unternommen wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt, ist Gewerbebetrieb, wenn die Betätigung weder als Ausübung von Land- und Forstwirtschaft noch als Ausübung eines freien Berufes noch als eine andere selbständige Tätigkeit im Sinne des Einkommensteuerrechts anzusehen ist. Die Gewinnabsicht (das Streben nach Gewinn) braucht nicht der Hauptzweck der Betätigung zu sein. Ein Gewerbebetrieb liegt, wenn seine Voraussetzungen im übrigen gegeben sind, auch dann vor, wenn das Streben nach Gewinn (die Gewinnabsicht) nur ein Nebenzweck ist.“

Einheit, die dem Betrieb eines Gewerbes als Hauptzweck dient, soweit die Wirtschaftsgüter dem Betriebsinhaber gehören (gewerblicher Betrieb).“¹⁴¹⁾

Es wird wohl kaum jemand bestreiten, daß ein gewerblicher Betrieb oder eine Unternehmung eine wirtschaftliche Einheit darstellt, die nur in ihrer Gesamtheit, d. h. in organischer Verknüpfung ihrer einzelnen Teile in der Lage ist, genußreife Güter hervorzubringen. Daher ist, wie wir bereits gesehen haben, auch die wirtschaftswissenschaftliche Theorie der Ansicht, daß den Wert einer Unternehmung, die fortlaufend einen Reinertrag erzielt, nur ein Gesamtwert widerspiegeln kann. „Wo ein Gesamtwert gesucht wird, muß das Ganze in seiner gütermäßigen Geschlossenheit und Einheit wertmäßig gesehen werden.“¹⁴²⁾ In diesem Zusammenhang sagt auch *Schulz*¹⁴³⁾: „Die Gesamtbewertung erscheint der Wirtschaft gerade darum so richtig — und das ist für ihre Verwendung zu Steuerzwecken wesentlich —, weil es nur auf diesem Wege gelingt, auch das zu bewerten, was nicht zu dem toten Inventar gehört, *den organisatorischen Aufbau und die Kundschaft*.“

Dieser Gesamtbewertungsgrundsatz, der schon im preußischen Ergänzungsteuergesetz von 1893¹⁴⁴⁾ beachtet werden sollte, ist aber beim Betriebsvermögen kaum jemals zur Anwendung gelangt. Am stärksten hat die Reichsabgabenordnung von 1919¹⁴⁵⁾ dem Gesichtspunkt der Gesamtbewertung Rechnung getragen, indem sie für alle wirtschaftlichen Einheiten die Gesamtbewertung angeordnet hatte¹⁴⁶⁾. Die Reichsbewertungsgesetze von 1925, 1931 und 1934¹⁴⁷⁾ wichen aber immer mehr, in Bezug auf das Betriebsvermögen, vom Grundsatz der Gesamtbewertung ab und schrieben eine Einzelbewertung der zu einem gewerblichen Betriebe gehörenden Wirtschaftsgüter vor. Obwohl der Grundsatz der Gesamtbewertung, wie eingangs erwähnt, immer in den Vordergrund gestellt war, bestehen doch heute keine Zweifel mehr, daß das Bewertungsgesetz den Grundsatz der Gesamtbewertung beim Betriebsvermögen aufgegeben hat. Dieser Grundsatz gelangt im Rahmen des Bewertungsgesetzes nur für die wirtschaftlichen Einheiten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und des Grundvermögens zur Anwendung. Einer Gesamtbewertung des Betriebsvermögens würden sich, nach Auffassung des Gesetzgebers und der Rechtsprechung, mannigfache

¹⁴¹⁾ Was alles unter den Begriff „gewerblicher Betrieb“ nach dem Bewertungsgesetz fällt, ergibt sich für Einzelfirmen aus den §§ 54 und 55 BewG., für Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen aus § 56 BewG.

¹⁴²⁾ *Grossmann, Hermann*, Steuerliche Wertkategorien, a.a.O., S. 650.

¹⁴³⁾ *Schulz, Max*, Wirtschaftliche Einheit und Gesamtbewertung, in „Vierteljahresschrift für Steuer- und Finanzrecht“, 5. Jg. (1931), S. 239.

¹⁴⁴⁾ Siehe Anm. 115, S. 31.

¹⁴⁵⁾ Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919 (RGBl. I S. 1993).

¹⁴⁶⁾ Diesbezügliche Untersuchungen — über Fragen und Entwicklung der Gesamtbewertung im Steuerrecht — haben *Schmettler, Albert*, Der Grundsatz der Bewertungseinheit im Steuerrecht, Köln, Wirtschafts- und sozialwiss. Diss. vom 22. Juni 1927, Bergisch Gladbach 1927, und *Köhler, Wilhelm*, Die wirtschaftliche Einheit als Bewertungseinheit im Steuerrecht, Heidelberg, Jur. Diss. vom 1. März 1940, Philippsburg (Baden) 1940, durchgeführt, auf deren Ausführungen wir in diesem Zusammenhang verweisen.

¹⁴⁷⁾ Siehe Anm. 95, S. 27.

Schwierigkeiten entgegenstellen, und in der Bewertungspraxis hätte sich die Durchführung einer Gesamtbewertung als unmöglich erwiesen.

Zur Begründung dieser Auffassung sei hier das grundlegende Urteil des Reichsfinanzhofs vom 28. Februar 1930¹⁴⁸⁾ herangezogen. Darin heißt es wörtlich:

- „1. Das Reichsbewertungsgesetz hat die Gesamtbewertung als solche aufgegeben. Es schreibt lediglich vor, daß dem Gesichtspunkt der Gesamtbewertung bei der Ermittlung des gemeinen Wertes gewisser einzelner Gegenstände in bestimmter Weise Rechnung zu tragen ist.
2. Der Betrag, um den ein einzelner Gegenstand wegen seiner Zugehörigkeit zu einem Unternehmen höher im Werte angesetzt werden kann, findet seine Obergrenze an der Höhe seiner Neubeschaffungskosten am Stichtag.
3. Die Gegenstandseigenschaft immaterieller Werte und des Geschäftswerts kann für das Reichsbewertungsgesetz nicht allgemein und unterschiedslos anerkannt werden. Nur dann können diese Werte als ‚Gegenstände‘ im Sinne des § 31 Abs. 2 des Reichsbewertungsgesetzes (— gemeint ist das Reichsbewertungsgesetz von 1925 —) behandelt werden, wenn ihre Gegenstandseigenschaft ausnahmsweise, wie zur Zeit z. B. bei Apothekenkonzessionen, durch eine entsprechende feste allgemeine Verkehrsauffassung anerkannt ist oder wenn sie nach 1923 entgeltlich erworben oder durch Aufwendungen als Wirtschaftsgüter anerkannt sind und somit bezüglich dieser Ausgaben für die Einkommensteuer die Möglichkeit besteht, in den Bilanzen einen angemessenen Gegenwert einzusetzen.“

Die Gründe, die den Reichsfinanzhof zur Ablehnung der Gesamtbewertung veranlaßt haben, sind in der Verbindung der Bewertungsnormen für zwei in ihrem Zweck und ihrer Zielsetzung unterschiedliche Steuerarten, wie es die Vermögensteuer und die Realsteuern sind, zu suchen. Wir dürfen nicht verkennen, daß die Realsteuern nur die Objekte als solche erfassen wollen, während die Vermögensteuer die subjektive Leistungsfähigkeit erfassen will. Geht man von dem Standpunkt aus, daß die Vermögensteuer die subjektive Leistungsfähigkeit eines Unternehmens erfassen soll, so ist es nicht möglich, mit einem einzigen Bewertungsverfahren dem Ziel und Zweck beider Steuerarten zu entsprechen. Es muß infolgedessen ein Kompromiß geschlossen werden, da die nach dem Bewertungsgesetz zu ermittelnden Einheitswerte sowohl für die Vermögensteuer als auch für die im § 18 BewG. erwähnten anderen Steuern, vor allen Dingen für die Grundsteuer, einheitlich gelten sollen. Der Reichsfinanzhof ist daher der Auffassung, daß man nicht einen landwirtschaftlichen Betrieb oder ein Grundstück dann anders bewerten könne, wenn es zu einem gewerblichen Betrieb gehört, als wenn dies nicht der Fall sei. Um die Einheitlichkeit der Werte — natürlich nur in Bezug auf ihre Höhe — zu wahren, mußte auf die Gesamtbewertung verzichtet und differenzierten Bewertungsvorschriften, die in etwa den Zwecken beider Steuerarten entsprechen konnten, der Vortritt gelassen werden.

¹⁴⁸⁾ RFH. 26. Band, S. 285 (RStBl. 1930, S. 207).

Einen weiteren Grund für die Ablehnung der Gesamtbewertung des Betriebsvermögens sieht der Reichsfinanzhof in der Unmöglichkeit einer praktischen Durchführung. Eine befriedigende Gesamtbewertung ließe sich nicht ohne Zuhilfenahme von Einzelwerten durchführen, da man sonst, in Ermangelung greifbarer Unterlagen, zu willkürlichen Bewertungen kommen würde. Vertritt man den streng theoretischen Standpunkt, daß lediglich die Kapitalisierung des Reinertrages eine Gesamtbewertung darstellt, so ist es paradox, daß der Reichsfinanzhof davon spricht, daß eine Gesamtbewertung ohne die Zuhilfenahme von Einzelwerten nicht befriedigend durchgeführt werden könne. In diesem Falle ist es sogar falsch, daß der Reichsfinanzhof überhaupt von einer Gesamtbewertung spricht, denn eine Bewertung der einzelnen Teile und die Addition der so ermittelten Werte ist keine Gesamtbewertung im theoretischen Sinne.

Wir sahen bereits¹⁴⁹⁾, wie schwierig und problematisch die Errechnung des Gesamtwerts einer Unternehmung sich gestaltet und wieviele unsichere Rechnungsfaktoren den Gesamtwert ergeben. Weitgehende Erfahrungen in der Schätzungstechnik und umfangreiche Branchenkenntnisse der einzelnen Industriezweige sind dazu erforderlich. Die einzelnen Finanzbehörden, denen die Überwachung und Überprüfung der Bewertungen obliegt, wären wohl kaum diesen Anforderungen gewachsen, und daher hält sich der Gesetzgeber und die Rechtsprechung an die leichter zu überprüfenden Einzelwerte.

Allerdings wurde vom Gesetzgeber dem Gedanken der Gesamtbewertung auf einem Teilgebiet der Bewertung des Betriebsvermögens insofern Rechnung getragen, als verschiedene einem Unternehmen gewidmeten Wirtschaftsgüter nicht als Einzelwerte, sondern als Glieder des Betriebes zu bewerten sind. Dabei sollen die durch die Betriebszugehörigkeit der einzelnen Wirtschaftsgüter hervorgerufenen Werterhöhungen oder Wertminderungen Berücksichtigung finden, wobei allerdings der Reproduktionswert die Wertobergrenze bildet.

Die Zusammenhänge, die zwischen dem Teilwert und der Bewertung bzw. Nichtbewertung der immateriellen Güter im Rahmen des Bewertungsgesetzes bestehen, sowie die damit verbundenen Probleme, sollen an anderer Stelle ausführlich erörtert werden¹⁵⁰⁾.

2. Allgemeine Bewertungsvorschriften.

Als Hauptbewertungsmaßstab des Bewertungsgesetzes haben wir den gemeinen Wert kennen gelernt¹⁵¹⁾. Diese oberste Regel wird aber im Gesetz selbst durch zahlreiche Ausnahmen eingeschränkt. Besonders trifft dies bei der Bewertung des Betriebsvermögens zu. So bestimmt die Sonderbewertungsvorschrift des § 66 Abs. 1 BewG., daß die zu einem gewerblichen Betrieb gehörigen Wirtschaftsgüter in der Regel mit dem Teilwert (§ 12 BewG.) anzusetzen sind. Aus dieser Bewertungsvorschrift geht hervor, daß das Bewertungsgesetz als grundsätzlichen Bewertungsmaßstab für die Wirtschafts-

¹⁴⁹⁾ Siehe: „Die Bewertung des Betriebes als Ganzes“, S. 18 ff.

¹⁵⁰⁾ Siehe Hauptabschnitt C — „Kritik und Ergebnis“.

¹⁵¹⁾ Vgl. Hauptabschnitt B/I/3/a), S. 31.

güter des Betriebsvermögens den Teilwert ansieht. Allerdings gilt der Teilwert nicht ausnahmslos für alle Wirtschaftsgüter, die in den Bereich des Betriebsvermögens fallen. Gemäß § 66 Abs. 2 und 3 BewG. gelten für Betriebsgrundstücke, Gewerbeberechtigungen, Wertpapiere, Anteile und Genussscheine an Kapitalgesellschaften besondere Bewertungsnormen, die in den folgenden Abschnitten noch näher erörtert werden.

Bei einer Betrachtung der Bewertungsvorschriften für die Steuerbilanz und die Vermögensaufstellung, liegt die Vermutung nahe, daß man in die Vermögensaufstellung die Werte der Steuerbilanz übernehmen könnte, da ja in beiden Fällen der übereinstimmende Teilwert als Bewertungsmaßstab Anwendung findet. Bei näherer Untersuchung trifft diese Vermutung allerdings nicht zu. Die Übereinstimmung bzw. die Übernahme der Werte aus der Steuerbilanz in die Vermögensaufstellung wäre nur dann möglich, wenn auch in der Steuerbilanz der Wertansatz des betreffenden Wirtschaftsgutes mit dem Teilwert erfolgt¹⁵²⁾. Gewisse grundlegende Bewertungsunterschiede sind jedoch dabei zu beachten, wobei wir den Ausführungen *Aufermanns*¹⁵³⁾ folgen:

- „1. Der Teilwert ist für die Vermögensbilanz der primäre, der dominierende Wert.
2. Die Vermögensrechnung oder Vermögensbilanz-Rechnung kennt keinerlei Wahlrecht zwischen Teilwert und Abschreibungsrestwert, d. h. jenem Wahlrecht, welches bei Ertragsteuerbilanzen in Form von Einkommensteuer- und Körperschaftsteuerbilanzen gegeben ist.
3. In Ertragsteuerbilanzen kann ein angesetzter Teilwert nie über den tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungspreis liegen — Sonderverhältnisse der landwirtschaftlichen Buchhaltung schalten wir hier aus. Es dürfte nun aber keinem Zweifel unterliegen, daß der Teilwert in der Vermögensteuerbilanz wohl über einem tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungspreis liegen kann.“¹⁵⁴⁾

Die wichtigsten Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens, die innerhalb der Vermögensaufstellung oder Einheitswertermittlung mit dem Teilwert angesetzt werden, sind die beweglichen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und die Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens¹⁵⁵⁾. Wir sahen bereits, daß bei den beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, wegen der unsicheren Bestimmung des Teilwerts, die Rechtsprechung von gewissen Vermutungen ausgeht, um den Wertansatz in der Vermögensaufstellung festlegen zu können. Diese Auffassung findet in der Durchführungsverordnung zum Bewertungsge-

¹⁵²⁾ Bekanntlich haben wir in der Steuerbilanz (vgl. § 6 EStG.) die Wahlmöglichkeit, entweder die Wirtschaftsgüter zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Berücksichtigung der Absetzungen für Abnutzung zu bilanzieren, oder auf den niedrigeren Teilwert herabzugehen.

¹⁵³⁾ *Aufermann, E.*, Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, a.a.O., S. 175.

¹⁵⁴⁾ Vgl. hierzu auch *Sidlo, Josef*, Das Verhältnis von Steuerbilanz und Vermögensaufstellung hinsichtlich der Bewertung, a.a.O., S. 7, sowie *Beuck, W.*, Bewertungsgrundsätze und Bewertungsbeispiele für das gewerbliche Betriebsvermögen, 2. Aufl., Berlin 1937, S. 182 f.

¹⁵⁵⁾ Vgl. unsere Ausführungen S. 34.

setz¹⁵⁶⁾ ihre Bestätigung. Im § 55 Abs. 2, Satz 3 ff. BewDV. heißt es: „Der Teilwert eines voll genutzten Wirtschaftsgutes deckt sich in der Regel mit dem Betrag, der zur Beschaffung des Wirtschaftsguts in seinem am Bewertungsstichtag bestehenden Zustand aufgewendet werden müßte. Der Teilwert eines nicht nur vorübergehend ungenutzten Wirtschaftsguts ist in der Regel gleich dem Einzelveräußerungspreis. Eine Bewertung mit einem niedrigeren Wert als dem Materialwert (z. B. Schrottwert) ist ausgeschlossen.“¹⁵⁷⁾ Eine weitere Erleichterung bei der Ermittlung des Teilwerts für kurzlebige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bietet die Vorschrift des § 54 BewDV., wonach eine Bewertung dieser Güter nach Durchschnittssätzen zugelassen wird.

Bei den umlaufenden Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens, wie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Waren und Vorräten, entspricht der Teilwert im allgemeinen dem Wiederbeschaffungswert, der sich nach dem Marktpreis am Bewertungsstichtag richtet¹⁵⁸⁾.

Forderungen und Schulden werden in der Regel zum Nennwert bewertet¹⁵⁹⁾. Diese Bewertung entspricht bei der Bewertung des Betriebsvermögens innerhalb der Vermögensaufstellung dem Ansatz mit dem Teilwert.

Problematisch ist die Bewertung der unkörperlichen oder immateriellen Güter des Anlagevermögens, denn auch sie fallen unter den Begriff der „Wirtschaftsgüter“ im Sinne des Bewertungsgesetzes¹⁶⁰⁾. Nach dem grundlegenden Urteil des Reichsfinanzhofs vom 28. Februar 1930¹⁶¹⁾ sollen immaterielle Wirtschaftsgüter innerhalb der Vermögensaufstellung nur dann bewertet werden, wenn sie Gegenstandseigenschaft erlangt haben, d. h., wenn für sie nach 1923 Aufwendungen gemacht worden sind, die zahlenmäßig genau feststehen. Vor allen Dingen trifft dies für den sogenannten Geschäfts- oder Firmenwert zu. Daher kann der Geschäfts- oder Firmenwert gewerblicher Betriebe, entgegen den theoretischen Erkenntnissen¹⁶²⁾, aber gemäß der Auffassung der Rechtsprechung, nur dann in die Vermögensaufstellung aufgenommen werden, wenn dieser Wert nach dem erwähnten Zeitpunkt entgeltlich erworben worden ist und somit ein bewertbares Aktivum darstellt. Theoretisch handelt es sich hierbei um die Ausweisung eines derivativen

¹⁵⁶⁾ BewDV. vom 2. Februar 1935 (RGBl. I S. 81).

¹⁵⁷⁾ Abschn. 37 der VStER. vom 20. August 1940 (RStBl. S. 777) gibt uns weitere Hinweise für die Ermittlung des Teilwerts, wonach Feuerversicherungswerte als Anhaltspunkte dienen können. Es ist dabei zu unterscheiden, ob es sich um eine Neuwert- oder Zeitwertversicherung handelt. Bei einer Neuwertversicherung wird der volle Wiederbeschaffungswert in der Feuerversicherungssumme angegeben, bei der Zeitwertversicherung werden Wertminderungen seit der Herstellung der Wirtschaftsgüter bis zum Abschlußzeitpunkt der Versicherung berücksichtigt. Grundsätzlich sollen bei der Neuwertversicherung 40 %, bei der Zeitwertversicherung 66⅔ % der Versicherungssumme als Teilwert angesetzt werden.

¹⁵⁸⁾ Vgl. Ellinger, Ludwig, Die Bewertung des Betriebsvermögens, in „Steuer und Wirtschaft“, 24. Jg. (1947), Nr. 5, Sp. 388.

¹⁵⁹⁾ § 14 Abs. 1 BewG.

¹⁶⁰⁾ Vgl. Steinhardt, Rolf, Bewertungsgesetz, Kohlhammer Kommentare, Stuttgart und Köln 1953, Anm. 1 zu § 2 BewG., S. 12.

¹⁶¹⁾ Wortlaut siehe S. 37.

¹⁶²⁾ Nähere Erläuterungen folgen im Hauptabschnitt C — „Kritik und Ergebnis“.

Goodwills oder abgeleiteten Firmenwerts, den *Schmalenbach*¹⁶³⁾ als „Goodwill Nr. 2“ bezeichnet, im Gegensatz zum „Goodwill Nr. 1“, der den originären, ursprünglichen oder selbst erarbeiteten Geschäfts- oder Firmenwert repräsentieren soll. Der originäre Goodwill darf nach der deutschen Gesetzgebung in den Steuer- und Handelsbilanzen nicht ausgewiesen werden, da dies der Zielsetzung einer Erfolgsbilanz, die ja die Handels- und Steuerbilanz darstellen soll, widersprechen würde. Die Aufnahme eines ertragsbedingten immateriellen Wertes, d. h. eines kapitalisierten Zukunftsgewinnes, in die Handels- oder Steuerbilanz würde zu einer Vorwegnahme unrealisierter Gewinne und somit zu einer falschen Gewinnermittlung führen.

Alle anderen unkörperlichen Wirtschaftsgüter, vor allem die verschiedenen Arten bewertbarer Rechte (Urheberrechte, Vertragsrechte usw.) werden in der Vermögensaufstellung mit dem Teilwert bewertet. Eine Ausnahme hiervon bilden die Gewerbeberechtigungen, von denen noch weiter unten die Rede sein wird.

3. Die Bewertung der Betriebsgrundstücke.

Als Betriebsgrundstück wird ein Grundstück angesehen, das zu mehr als der Hälfte seines Werts einem gewerblichen Betrieb dient und dem Betriebsinhaber gehört. Andernfalls gehört das Grundstück zum Grundvermögen. Darüber hinaus behandelt der § 49 BewDV. den Sonderfall, daß ein Grundstück, das losgelöst vom gewerblichen Betrieb zum Grundvermögen gehören würde, mehreren natürlichen Personen gehört. In diesem Falle ist das Grundstück, ohne Rücksicht auf die Nutzung, stets dem Grundvermögen zuzurechnen. Abweichend von dieser Regelung gehört der Grundbesitz der im § 56 Abs. 1 BewG. bezeichneten inländischen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen stets und ohne Ausnahme zu den Betriebsgrundstücken, auch wenn es sich um ein land- oder forstwirtschaftlich genutztes Grundstück handelt¹⁶⁴⁾. Auf die Bewertung als solche hat diese Begriffsbestimmung nur insoweit Einfluß, als Betriebsgrundstücke mit ihrem Einheitswert als Untereinheit in den Einheitswert des Betriebsvermögens übernommen werden, während die wirtschaftlichen Einheiten des Grundvermögens bei der Ermittlung des Einheitswerts des Betriebsvermögens unberücksichtigt bleiben.

Die wirtschaftliche Einheit der Betriebsgrundstücke umfaßt außer dem Grund und Boden auch die Gebäude und das Zubehör, dagegen nicht die Maschinen und sonstigen Betriebsvorrichtungen aller Art, die zur Betriebsanlage gehören¹⁶⁵⁾. Diese Abgrenzung ist deshalb so wichtig, weil die Maschinen und Anlagen schon bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens gesondert erfaßt werden und man sonst ein und denselben Gegenstand zwei-

¹⁶³⁾ *Schmalenbach, Eugen*, Dynamische Bilanz, a.a.O., S. 103. „Goodwill Nr. 2“ ist nach Schmalenbach „ein durch Kapitalisierung der voraussichtlichen Erträge berechneter Mehrwert des Geschäfts über die berechenbaren Aktiva minus Passiva“.

¹⁶⁴⁾ Vgl. § 57 BewG. und § 49 BewDV.

¹⁶⁵⁾ Die Abgrenzung der Betriebsvorrichtungen von den Betriebsgrundstücken ist im Runderlaß des RdF. vom 17. Juni 1935 (RStBl. S. 849) geregelt. Zahlreiche Abgrenzungsbeispiele sind auch im Erlaß des RdF. vom 4. Mai 1940 (RStBl. S. 498) enthalten.

mal bewerten würde. Ganz allgemein sollen bei der Bewertung der Betriebsgrundstücke nur der Grund und Boden und die aufstehenden Gebäude erfaßt werden.

Die Bewertung der Betriebsgrundstücke ist keineswegs einheitlich geregelt. Zunächst sind zwei Hauptbewertungsunterschiede zu erwähnen. Soweit das Grundstück losgelöst von seiner Zugehörigkeit zum gewerblichen Betrieb

1. zum Grundvermögen gehören würde, erfolgt die Bewertung wie beim Grundvermögen;
2. zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen gehören würde, erfolgt die Bewertung wie beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen¹⁶⁶).

Letzterer Fall wird wohl kaum allzuoft bei Bewertungen der Betriebsgrundstücke vorkommen, es sei denn, die Grundstücke gehörten einer der im § 56 Abs. 1 BewG. aufgeführten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. In der Regel werden die Betriebsgrundstücke nach den Bewertungsvorschriften für das Grundvermögen bewertet werden.

Das Grundvermögen gliedert sich zunächst in bebaute und unbebaute Grundstücke. Während die unbebauten Grundstücke für die Bewertungszwecke nicht weiter unterteilt werden — für sie wird die Ansetzung des gemeinen Werts verlangt (§ 53 BewG.)¹⁶⁷ — werden die bebauten Grundstücke in fünf Grundstückshauptgruppen (§ 32 BewDV.) unterteilt, wobei die Grundstückshauptgruppe „Geschäftsgrundstücke“ in weitere vier Untergruppen gegliedert ist¹⁶⁸).

Den Begriff „Geschäftsgrundstück“ darf man nicht mit dem Begriff „Betriebsgrundstück“ verwechseln, denn diese beiden Begriffe sind keinesfalls identisch. Natürlich wird in den meisten Fällen ein Geschäftsgrundstück gleichzeitig auch Betriebsgrundstück sein, aber auch alle anderen Grundstückshauptgruppen, z. B. Mietwohngrundstücke und gemischt genutzte Grundstücke, können Betriebsgrundstücke im Sinne des Bewertungsgesetzes sein, falls sie im Eigentum einer im § 56 Abs. 1 BewG. genannten Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse stehen.

Wie aus der Aufstellung (Anlage 5) hervorgeht, werden die Mietwohngrundstücke und die gemischt genutzten Grundstücke mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete¹⁶⁹) bewertet. Die Vervielfacher sind örtlich und für die

¹⁶⁶) Vgl. Anlage 4.

¹⁶⁷) Bei den unbebauten Grundstücken wird der gemeine Wert meistens an Hand von Kaufpreissammlungen der Finanzämter aus Verkaufspreisen für gleichwertige Grundstücke abgeleitet. Besondere Vorschriften bestehen für Kleingartenland und für sogenannte Freiflächen (vgl. RdF. Erlaß vom 19. 4. 38, RStBl. S. 419).

¹⁶⁸) Die Gliederung des Grundvermögens, die Abgrenzung der einzelnen Grundstückshauptgruppen voneinander und die grundlegende Bewertungsart dieser Gruppen gehen aus der Anlage 5 — Gliederung und Bewertung des Grundvermögens — hervor.

¹⁶⁹) Was unter der Jahresrohmiete zu verstehen ist geht aus § 34 Abs. 1 BewDV. hervor: „Jahresrohmiete im Sinn dieser Vorschriften ist das Gesamtentgelt (eigentliche Miete, Umlagen und alle sonstigen Leistungen abzüglich der nach Absatz 2 zu berücksichtigenden Beträge), das die Mieter (Pächter) für die Benutzung des Grundstücks auf Grund vertraglicher oder gesetzlicher Bestimmungen nach dem Stand vom Feststellungszeitpunkt, umgerechnet auf ein Jahr, zu entrichten haben.“

verschiedenen Grundstücksgruppen unterschiedlich festgesetzt worden, um den vorhandenen Wertunterschieden in den einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Die Festsetzung der Vervielfältiger erfolgte durch die ehemaligen Oberfinanzpräsidenten (jetzt Oberfinanzdirektionen)¹⁷⁰⁾. Von den mit dem Vielfachen der Jahresrohmiete ermittelten Werten können, bei Vorliegen besonderer Umstände, Ab- oder Zuschläge gemacht werden. Hierbei kommen der bauliche Zustand, das Alter oder die Einrichtung des Gebäudes, die Lage des Grundstücks, die Art der Bebauung und Schadensgefahren in Frage. Die Ab- oder Zuschläge dürfen jedoch 30 v.H. des ursprünglich festgestellten Werts nicht übersteigen¹⁷¹⁾.

Die nächste, für unsere Untersuchung wohl wichtigste Grundstückshauptgruppe, die Gruppe der Geschäftsgrundstücke, ist mit dem gemeinen Wert zu bewerten. Da für diese Art Grundstücke normalerweise die Ermittlung des gemeinen Werts aus Kaufpreisen nicht einwandfrei möglich ist, wurde für die Feststellung des gemeinen Werts von Fabrik-, Hotel- und Warenhausgrundstücken das von Regierungsbaurat Weil ausgearbeitete Verfahren — das *Weilsche Verfahren* — angeordnet¹⁷²⁾. Die Bewertung nach dem Weilschen Verfahren läßt sich am besten durch Zuhilfenahme folgenden vereinfachten Schemas erläutern:

1. *Ausgangspunkt:*

- Gebäudenormalherstellungswert nach Vorkriegspreisen.
- × Abschreibung bis zum Stichtag.
- + Zuschlag für Baukostenübersteuerung am Stichtag.

- = Gebäuderealwert am Stichtag.
- × Eventuelle Sonderabschläge wegen Strukturänderung, unorganischen Aufbaus oder wirtschaftlicher Überalterung.

2. *Ausgangspunkt:*

- Bodenwert am Stichtag.
 - Gebäuderealwert am Stichtag.
 - + Bodenwert am Stichtag.

 - = Realwert am Stichtag.
 - × Eventueller Sonderabschlag wegen Gebäudeentschuldungssteuer.

 - = Ausgangswert am Stichtag = gemeiner Wert bei hundertprozentiger Nutzung.
- $$\text{Gemeiner Wert} = \frac{\text{Ausgangswert} \cdot \text{Wertzahl}}{100}$$

¹⁷⁰⁾ Die jeweils anzuwendenden Vervielfältiger wurden ursprünglich aus den Kaufpreissammlungen der Finanzämter aus den Jahren 1931—1934 durch Teilung des Kaufpreises mit der Jahresrohmiete im Gesamtdurchschnitt ermittelt, um den Wert (das Vielfache der Jahresrohmiete) dieser Grundstücke dem gemeinen Wert anzupassen. Die in den einzelnen Gebieten und Bezirken anzuwendenden Vervielfältiger sind seinerzeit im Reichssteuerblatt 1934 (S. 1641 ff.) veröffentlicht worden; sie werden heute nur noch eine begrenzte Gültigkeit haben.

¹⁷¹⁾ Vgl. § 37 Abs. 3 BewDV.

¹⁷²⁾ Runderlaß des RdF. vom 23. Februar 1935 (RStBl. S. 350 ff.).

Wie aus dem Schema ersichtlich, geht man bei der Ermittlung des gemeinen Werts nach dem Weilschen Verfahren vom Gebäudenormalherstellungswert nach Vorkriegspreisen aus, die auf das Jahr 1913 abgestellt sind und auf Grund einer Baubeschreibung (Bauklasse, Geschoßhöhe, cbm umbauten Raumes usw.) ermittelt werden. Von diesem Wert wird die Absetzung für Abnutzung seit der Errichtung des Gebäudes bis zum Stichtag abgezogen¹⁷³⁾. Zu dem nach Abzug der Absetzung für Abnutzung errechneten Wert ist ein Zuschlag für Baukostenüberteerung am Stichtag zu machen¹⁷⁴⁾. Man kommt so zum Gebäuderealwert, von dem gegebenenfalls die im Schema genannten Sonderabschläge gemacht werden können¹⁷⁵⁾.

Der zweite Ausgangswert ist der Bodenwert am Stichtag. Er errechnet sich aus der Fläche des Grund und Bodens multipliziert mit dem Bodenpreis. Die Summe des Bodenwerts und des, nach Vornahme eventueller Sonderabschläge, berichtigten Gebäuderealwerts ergibt den Realwert am Stichtag. Von diesem Realwert kann ein Sonderabschlag wegen Belastung mit Gebäudeentschuldungssteuer gemacht werden¹⁷⁶⁾. Der sich nun ergebende Wert ist der sogenannte Ausgangswert am Stichtag. Er entspricht dem gemeinen Wert bei hundertprozentiger Nutzung des Gebäudes bzw. Fabrikgrundstückes. Da nicht alle Fabrikgrundstücke eine hundertprozentige Nutzung aufweisen und diese außerdem in den einzelnen Industriezweigen verschieden

¹⁷³⁾ Als jährlicher Satz für die Abschreibung sind in der Regel 1,25 % bei sogenannten Naßbetrieben und Holzfachbauten 1,75 % des Gebäudenormalherstellungswertes anzunehmen. Man darf allerdings nur bis zu einem Restmindestwert von 30 % des Gebäudenormalherstellungswertes abschreiben.

¹⁷⁴⁾ Dieser Zuschlag ist erforderlich, da die Reichsdurchschnittspreise auf das Jahr 1913 abgestellt sind. Der Zuschlag betrug z. B. im Jahre 1939 rund 30 %. — Vgl. *Schmalenbach, Eugen*, Die Beteiligungsfinanzierung, a.a.O., S. 84.

¹⁷⁵⁾ Allgemein gültige Sätze für diese Sonderabschläge sind nicht festgesetzt worden.

¹⁷⁶⁾ Diese Steuer, die nach der Inflation eingeführt wurde, betraf nur Gebäude, die vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden waren. Sie erstreckte sich allerdings nur auf Wohn- und gewerblich genutzte Gebäude. Die Landwirtschaft wurde von dieser Steuer nicht betroffen. Die Gebäudeentschuldungssteuer (auch Hauszinssteuer genannt) wurde als Zuschlag zur Grundsteuer erhoben. Der Erhebungssatz hat in den Jahren 1927—1931 in Preußen beispielsweise 1200 % vom Grundbetrag der Grundsteuer ausgemacht. Im Jahre 1942 ist die Gebäudeentschuldungssteuer weggefallen (VO. über die Aufhebung der Gebäudeentschuldungssteuer vom 31. Juli 1942, RGBl. I S. 503), allerdings unter sehr ungünstigen Ablösungsbedingungen. Das Zehnfache des Jahresbetrags der Steuer sollte auf den 31. Dezember 1942 entrichtet und der Ablösungsbetrag nach einem Erlaß vom 9. Dezember 1942 bei Betriebsgrundstücken voll aktiviert werden. Gewisse Prozentsätze durften dann jedes Jahr abgeschrieben werden. Diese Aktivposten konnten erst aus Anlaß der DM-Eröffnungsbilanz auf den 21. Juni 1948 aufgelöst werden. Trotz dieser Bestimmungen hat die Aufhebung der Steuer den Grundstückswert erheblich nach oben beeinflusst; bei der Vermögensteuerveranlagung auf den 1. Januar 1946 hat man daher geprüft, ob man diesem Umstand nicht durch eine Erhöhung der Einheitswerte um den Abgeltungsbetrag Rechnung tragen könnte. Man sah jedoch davon ab, da die damalige Festsetzung des recht hohen Abgeltungsbetrages allen vorherigen Gesetzesbestimmungen und Zusagen widersprochen hatte. — Vgl. *Bühler, Ottmar*, Steuerrecht, in „Die Handelshochschule“, Wiesbaden 1950, S. 140 f., sowie *Ellinger*, Einheitswerte und Lastenausgleich, in „Deutsche Zeitung und Wirtschafts-Zeitung“, Stuttgart, vom 14. Oktober 1950, Nr. 82, S. 13.

hoch sein wird, wurden vom RdF. für die einzelnen Industriezweige Nutzungsziffern¹⁷⁷⁾ ermittelt und veröffentlicht¹⁷⁸⁾. Aus dem Mittel der Nutzungsziffer und der hundertprozentigen Nutzung ergibt sich die sogenannte Wertzahl am Stichtag. Das Produkt Ausgangswert mal Wertzahl dividiert durch 100 ist dann der gemeine Wert am Stichtag¹⁷⁹⁾.

Das Verfahren zur Ermittlung des gemeinen Werts von Hotel- und Warenhausgrundstücken weist gegenüber dem dargestellten Verfahren zur Ermittlung des gemeinen Werts für Fabrikgrundstücke einige Abweichungen auf. Die Abweichungen beziehen sich hauptsächlich auf den jährlichen Abschreibungssatz, die Sonderabschläge und die Ermittlung der Nutzungsziffern.

Die nach den Vorschriften für bebaute Grundstücke ermittelten Werte¹⁸⁰⁾ stellen die Einheitswerte der Betriebsgrundstücke, soweit es sich um solche handelt, dar und münden mit ihrem Wert, wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, in den Einheitswert des Betriebsvermögens ein.

Unterziehen wir die Bewertungsarten des Grundvermögens einer kritischen Betrachtung, so kann gesagt werden, daß sich, nach überwiegender Ansicht, das Weilsche Verfahren am besten bewährt hat¹⁸¹⁾ ¹⁸²⁾. Am heftigsten wird die Ermittlung des gemeinen Werts mit dem Vielfachen der Jahresrohmiete angegriffen, vor allen Dingen deswegen, weil die Rohmietwerte uneinheitlich und unvergleichbar sind. Am schlimmsten haben sich die Mietvervielfältiger der einzelnen Oberfinanzpräsidenten ausgewirkt. Hierzu führt Ellinger¹⁸³⁾ aus: „Gewiß waren die Verhältnisse auf dem Grundstücksmarkt in den einzelnen Teilen des Reichsgebiets sehr verschieden. Aber die Ver-

¹⁷⁷⁾ Der Berechnung der Nutzungsziffern wurde die Produktion des Jahres 1934 zugrunde gelegt. Man stellte dabei die Produktionsfähigkeit der tatsächlichen Produktion gegenüber. Gab in einzelnen Industriezweigen die Produktion keinen guten Maßstab ab, so konnte bei der Ermittlung der Nutzungsziffern auch von der Beschäftigung ausgegangen werden. — Vgl. hierzu auch *Weil, Th.*, Die Ermittlung des gemeinen Werts von Fabrikgrundstücken, Hotelgrundstücken und Warenhausgrundstücken, in „Deutsche Steuer-Zeitung“, 24. Jg. (1935), Nr. 13, S. 408; sowie die Abhandlung: Nutzungsziffern für die Bewertung der Fabrikgrundstücke, in „Deutsche Steuer-Zeitung“, 24. Jg. (1935), Nr. 29, S. 866.

¹⁷⁸⁾ Runderlaß des RdF. vom 13. Juli 1935 (RStBl. S. 1011 ff.).

¹⁷⁹⁾ Zur Bewertung nach dem Weilschen Verfahren siehe insbesondere: *Weil, Th.*, Bewertung der Fabrikgrundstücke, Hotelgrundstücke und Warenhausgrundstücke auf den 1. Januar 1935, in „Deutsche Steuer-Zeitung“, 24. Jg. (1935), Nr. 50, S. 1437 ff.

¹⁸⁰⁾ Vgl. auch Anlage 5.

¹⁸¹⁾ Vgl. *Ellinger, Ludwig*, Einheitsbewertung bebauter Grundstücke, in „Wirtschafts-Zeitung“, Stuttgart vom 28. März 1947, Nr. 13, S. 11 und *Hass, Carl*, Die Einheitsbewertung der bebauten Grundstücke, in „Steuer und Wirtschaft“, 27. Jg. (1950), Nr. 2/3, Sp. 184.

¹⁸²⁾ Die von der Bundesregierung bereits in der letzten Legislaturperiode (2. Wahlperiode 1953) eingebrachten Änderungsvorschläge zum Bewertungsgesetz (Bundestagsdrucksache Nr. 2544), die sich hauptsächlich auf eine Änderung der Bewertungsvorschriften für das Grundvermögen beziehen, werden im Anschluß an die Kritik des noch derzeitig gültigen Bewertungsverfahrens dargestellt.

¹⁸³⁾ *Ellinger, Ludwig*, Gedanken zur Einheitsbewertung und ihrer Durchführung, in „Steuer und Wirtschaft“, 24. Jg. (1947), Nr. 1/2, Sp. 154.

schiedenheit der Vervielfältiger war noch weitaus größer! Aber auch bei größerer Objektivität kann bei solchen vervielfältigten Rohmieten nie etwas Gutes herauskommen, weil die nötigen Feststellungen viel zu schwierig sind und naturgemäß ungenau bleiben müssen. Man hat mit viel Aufwand und Logik nachweisen wollen, daß die auf Grund vervielfältigter Rohmieten festgesetzten Einheitswerte keine Ertragswerte, sondern doch gemeine Werte seien, wie es das Gesetz verlangt. In Wirklichkeit sind sie weder das eine noch das andere, sondern ein Zwitter, der die Nachteile beider Werte aufweist.“

Nachteilig wirkt sich auch die unterschiedliche Bewertung der einzelnen Grundstückshauptgruppen aus. Am augenscheinlichsten wird diese Tatsache durch folgendes Beispiel¹⁸⁴⁾: Ein Grundstück, das zu 81 v.H. gewerblichen und zu 19 v.H. Wohnzwecken dient, wird gemäß § 32 BewDV. als Fabrikgrundstück nach dem Weilschen Verfahren, ein anderes, das zu 79 v.H. gewerblichen Zwecken und zu 21 v.H. Wohnzwecken dient, als gemischtgenutztes Grundstück mit dem Vielfachen der Jahresrohmiete bewertet. Es ist offensichtlich, daß in solchen Fällen die Werte beider Grundstücke weder übereinstimmen können, noch vergleichbar sind.

Wir müssen uns ferner vergegenwärtigen, daß die letzte Hauptfeststellung der bebauten Grundstücke, bzw. der Betriebsgrundstücke auf den 1. Januar 1935 vorgenommen worden ist. Nur in den Fällen der Fortschreibung oder Nachfeststellung konnten die Einheitswerte in der Zwischenzeit berichtigt oder neu festgestellt werden. Es bedarf wohl keiner näheren Erläuterung, daß die damals festgestellten Werte von den tatsächlichen Werten umsomehr abweichen, je länger der Zeitraum wird, der seit der letzten Hauptfeststellung verstrichen ist. Diese Wertabweichungen sind nicht allein durch Kriegseignisse bedingt, sondern die ganzen Wertverhältnisse können als überholt betrachtet werden. Wir wollen uns dabei vor Augen halten, daß „zur Ermittlung des Gebäuderealwerts in *allen* Fällen von den *fiktiven Herstellungskosten* im Jahre 1913 (Gebäudenormalherstellungswert) auszugehen“¹⁸⁵⁾ war und „daß die für die Bewertung des Grundvermögens bei Mietwohn- oder gemischt genutzten Grundstücken maßgebende Jahresrohmiete sich teilweise, so in Bayern, noch auf die Ermittlung der Friedensmiete des Jahres 1912 gegründet hat“¹⁸⁶⁾.

Gegenüber dem Weilschen Verfahren erscheint eine Kritik besonders in zwei Punkten angebracht. Es sind dies die schematische Festsetzung des jährlichen Abschreibungssatzes und die einheitliche Festsetzung der Nutzungsziffern für einen bestimmten Industriezweig. Vor allen Dingen ist es auch hier wieder *Ellinger*¹⁸⁷⁾, der diese Handhabung der Praxis angreift. Das sche-

¹⁸⁴⁾ Dieses Beispiel wurde dem Aufsatz *Ellingers*, Einheitsbewertung bebauter Grundstücke, a.a.O., entnommen.

¹⁸⁵⁾ *Bussmann*, Walter, Vermögensabgabe, Vermögenszuwachsabgabe und Einheitsbewertung von Fabrikgrundstücken, in „Der Rechts- und Steuerdienst“, Heft 6, Zur neuen Einheitsbewertung, Köln 1948, S. 13.

¹⁸⁶⁾ *Dickenether*, Karl, Bewertungsprobleme und andere Fragen zur kommenden Einheitsbewertung, in „Steuer und Wirtschaft“, 24. Jg. (1947), Nr. 5, Sp. 352.

¹⁸⁷⁾ Vgl. *Ellinger*, Ludwig, Einheitsbewertung bebauter Grundstücke, a.a.O. und Gedanken zur Einheitsbewertung und ihrer Durchführung, a.a.O., Sp. 156 f.

matische Abschreibungsverfahren berücksichtige bei den Gebäuden nicht die Parabel der Wertminderung. Ein Bauwerk behalte in den ersten Jahren nach der Erstellung so ziemlich seinen Wert und sinke dann wertmäßig in einer Parabel ab, so daß eine Abschreibung auf die Hälfte seines Wertes erst nach etwa drei Viertel der Lebensdauer angebracht sei, weil die eigentliche Entwertung erst gegen Ende der Lebensdauer stärker einsetzen würde. Man dürfe daher die Abschreibung nicht auf die vergangene Zeit abstellen, sondern auf die noch zu erwartende Lebensdauer, da man sonst zu unrichtigen Ergebnissen kommen würde. Was die Berechnung der Nutzungsziffern für die einzelnen Industriezweige betrifft, so hätte sich dieses Verfahren als besonders ungeeignet erwiesen, da man keine allgemeinen Nutzungsziffern für alle Betriebe eines Industriezweiges ermitteln könne. Man dürfe die tatsächliche Nutzung eines Betriebes nicht einfach ignorieren. Auch *Dickenether*¹⁸⁸⁾ stimmt der individuellen Ermittlung der Nutzungsziffern zu. Dieses Verfahren würde eine Ideallösung, besonders bei der Bewertung der Fabrikgrundstücke darstellen. Er bezweifelt aber die Möglichkeit einer Durchführung dieser Detailarbeit für größere Industriegebiete, da die Finanzämter nicht über das erforderliche geschulte Personal verfügen würden.

Allgemein haben sich die Bewertungsvorschriften für das Grundvermögen als der „reformbedürftigste Teil der Einheitsbewertung“¹⁸⁹⁾ erwiesen.

Um einheitliche, vergleichbare und möglichst richtige Werte, soweit man überhaupt bei Bewertungsfragen von richtigen Werten sprechen kann, zu erlangen, wird die Einführung eines einheitlichen Sachwertverfahrens, das auf dem Weilschen Verfahren aufbauen könnte, für alle Grundstückshauptgruppen gefordert¹⁹⁰⁾. „Bei Einführung des Sachwertverfahrens für alle bebauten Grundstücke würde dann endlich auch der unerwünschte Zustand aufhören, daß ein als Mietwohngrundstück bewertetes Gebäude einen wesentlich niedrigeren Einheitswert hat als ein im Wert vergleichbares Ein-

¹⁸⁸⁾ *Dickenether, Karl*, Bewertungsprobleme und andere Fragen zur kommenden Einheitsbewertung, a.a.O., Sp. 369.

¹⁸⁹⁾ *Ellinger, Ludwig*, Gedanken zur Einheitsbewertung und ihrer Durchführung, a.a.O., Sp. 154.

¹⁹⁰⁾ Vgl. *Blindow, Johannes*, Die neue Einheitsbewertung des bebauten Grundbesitzes, in „Steuer und Wirtschaft“, 28. Jg. (1951), Nr. 4, Sp. 273 ff. und *Graff, Wilhelm*, Einheitsbewertung der Mietwohngrundstücke und der gemischt genutzten Grundstücke, in „Steuer und Wirtschaft“, 28. Jg. (1951), Nr. 4, Sp. 281 ff.

Anderer Meinung ist *Lantau, Karl-Heinz*, Der Einheitswert der Mietwohngrundstücke und der gemischtgenutzten Grundstücke, in „Steuer und Wirtschaft“, 26. Jg. (1949), Nr. 1/2, Sp. 109 ff. Obwohl er auch die überkommene Bewertung der Mietwohn- und gemischt genutzten Grundstücke kritisiert, lehnt er andererseits doch ein Sachwertverfahren für diese Art Grundstücke ab und schlägt eine besondere Ertragswertberechnung vor. Dieser letzteren Auffassung stimmt auch *Riebesell, Paul*, Nochmals der Einheitswert der Mietwohngrundstücke und der gemischt genutzten Grundstücke, in „Steuer und Wirtschaft“, 26. Jg. (1949), Nr. 6, Sp. 487 ff. zu: „Bei allen Kennern der Verhältnisse hat sich mehr und mehr die Überzeugung durchgesetzt, daß nur der Ertragswert maßgebend sein kann.“

familienhaus mit gleicher Bauart und gleichem Alter.“¹⁹¹⁾ Der zu wählende Bewertungsmaßstab muß so beschaffen sein, daß er für alle Grundstücksgruppen zu einem brauchbaren Ergebnis führt, für die Finanzämter anwendbar ist und dem Grundstückseigentümer die Möglichkeit gibt, die festgestellten Werte nachzuprüfen.

Die Unhaltbarkeit des zur Zeit noch gültigen Bewertungsverfahrens in bezug auf eine gleichmäßige und gerechte Besteuerung kommt auch in der Regierungsbegründung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bewertungsgesetzes, des Vermögensteuergesetzes und des Erbschaftsteuergesetzes¹⁹²⁾ zum Ausdruck, in der es heißt: „Infolge der geänderten Wertverhältnisse ist eine nicht länger vertretbare Diskrepanz zwischen den wirklichen Werten und den Einheitswerten eingetreten. Eine neue allgemeine Feststellung der Einheitswerte des Grundbesitzes erscheint daher zur Beseitigung von Ungleichmäßigkeiten und zur Heranführung der bisherigen Einheitswerte an die neuen Wertverhältnisse als Grundlage einer gerechten und gleichmäßigen Besteuerung unerlässlich . . . Ziel einer Einheitsbewertung ist es, für alle wirtschaftlichen Einheiten des Grundbesitzes nach objektiven und gleichmäßigen Maßstäben Werte festzustellen, die den gegenwärtigen tatsächlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend als ‚Einheitswerte‘ für verschiedene Steuerarten und darüber hinaus im gewissen Umfang auch für sonstige öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Zwecke die maßgebenden steuerlichen Werte des Grundbesitzes darstellen.“¹⁹³⁾

Der schon im Jahre 1956 von der Bundesregierung eingebrachte und in der jetzigen Legislaturperiode neu vorgelegte Gesetzentwurf sieht eine Neuregelung der Bewertung des Grundbesitzes vor. Danach sollen zwei Einzelverfahren zur Anwendung gelangen, und zwar ein Sachwertverfahren und ein Ertragswertverfahren, wobei das Ertragswertverfahren das Jahresrohmieteverfahren ersetzen soll.

¹⁹¹⁾ *Hass, Carl*, Die Einheitsbewertung der bebauten Grundstücke, a.a.O., Sp. 186. — Eine abweichende Ansicht vertritt *Dicknether, Karl*, Bewertungsprobleme und andere Fragen zur kommenden Einheitsbewertung, a.a.O., Sp. 363. Die Bewertung der Mietwohn- und gemischt genutzten Grundstücke nach dem Ertragswert sei sachlich begründet; sie habe sich durchaus bewährt und vermeide eine Überbesteuerung „dieser meist als Ertragsquelle dienenden Grundstücksgruppen bei der Vermögen- und Grundsteuer“. Allerdings muß er an anderer Stelle (Sp. 364) wieder zugeben, daß sich in der Praxis der große Unterschied zwischen den nach dem Ertragswert und den nach dem gemeinen Wert bewerteten bebauten Grundstücken sehr unangenehm bemerkbar gemacht und zu sachlich nicht gerechtfertigten ungleichen Belastungen mit Grund- und Vermögensteuer geführt habe.

¹⁹²⁾ Bundestagsdrucksache, 2. Wahlperiode 1953, Nr. 2544 vom 21. 6. 1956.

¹⁹³⁾ Die Notwendigkeit einer neuen Einheitsbewertung des Grundvermögens wird auch von *Rössler (Rössler, R.)*, Die künftige Gestaltung der Einheitsbewertung, in „Wirtschaftlich führen — Wirtschaftlich investieren“, Berlin 1960, S. 377) betont: „Seit dem 1. Januar 1935, dem letzten Hauptfeststellungszeitpunkt, ist eine wesentliche Verschiebung der Wertverhältnisse eingetreten. Es sei daran erinnert, daß beispielsweise der Baukostenindex seit dem Jahre 1935 bis heute von 130 % auf etwa 370 % gestiegen ist. Aber abgesehen von diesem Anachronismus in bezug auf die Wertverhältnisse, hat sich auch das Verhältnis der einzelnen Einheitswerte zueinander im Vergleich zu den heutigen Marktwerten völlig verschoben.“

Gemäß § 51e Abs. 1 des Entwurfs sind Mietwohngrundstücke, Geschäftsgrundstücke, gemischtgenutzte Grundstücke, Einfamilien- und Zweifamilienhäuser nach dem Ertragswertverfahren zu bewerten, wenn nicht wegen Vorliegens besonderer Umstände eine Bewertung nach dem Sachwertverfahren zwingend Platz greift. Was unter dem Ertragswertverfahren zu verstehen ist, wird in den §§ 52 ff. des Regierungsentwurfes erläutert. Danach setzt sich der Grundstückswert aus dem Bodenwert und dem Gebäudewert zusammen (§ 52). Der Grund und Boden ist mit dem gemeinen Wert anzusetzen (§ 52a). Der Gebäudewert entspricht dem Kapitalwert einer Rente, wobei vom jährlichen Reinertrag des Grundstückes, der sich aus der Jahresrohmiete abzüglich der Bewirtschaftungskosten ergibt, auszugehen ist (§ 52b).

Das Sachwertverfahren (§ 51e, Abs. 2, 3), dem bei der Neubewertung eine große praktische Bedeutung zukommt, da es für die Masse der Betriebsgrundstücke maßgebend sein wird, findet Anwendung

1. für die Bewertung von Mietwohngrundstücken, Geschäftsgrundstücken, gemischtgenutzten Grundstücken, Einfamilienhäusern und Zweifamilienhäusern bei Vorliegen folgender Voraussetzungen:
 - a) wenn bei Gruppen von Geschäftsgrundstücken die Jahresrohmiete schwer zu ermitteln oder schwer zu schätzen ist,
 - b) bei Einfamilienhäusern und Zweifamilienhäusern, die unter Verwendung wertvollen Materials gebaut oder außergewöhnlich ausgestattet sind,
 - c) bei Grundstücken, für die eine Jahresrohmiete im Einzelfall nur schwer zu ermitteln oder schwer zu schätzen ist,
 - d) wenn ein Gebäude eine regelmäßige Lebensdauer von weniger als 60 Jahren hat;
2. für die Bewertung von sonstigen bebauten Grundstücken.

Im Prinzip handelt es sich beim vorgeschlagenen Sachwertverfahren um eine Verbesserung des Weilschen Verfahrens unter Anpassung an die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse.

4. Die Bewertung der Gewerbeberechtigungen.

Für die Gewerbeberechtigungen wird innerhalb der Vermögensaufstellung ein gesonderter Einheitswert festgestellt. Die Gewerbeberechtigungen werden gleichfalls mit ihrem Einheitswert als Untereinheit des Betriebsvermögens in den Einheitswert des Betriebsvermögens übernommen¹⁹⁴⁾.

Als Gewerbeberechtigungen gelten die Berechtigungen, deren Ausübung allein schon ein Gewerbe begründen würde (§ 58 Abs. 1 BewG.). Als Beispiele führt das Bewertungsgesetz das Mineralgewinnungsrecht und die Apotheken-

¹⁹⁴⁾ Nach § 50 Abs. 1 BewDV. sind Gewerbeberechtigungen, wenn sie zu einem gewerblichen Betrieb des Berechtigten gehören, mit den für sie festgestellten Einheitswerten dem Teil des Betriebsvermögens zuzurechnen, der nicht aus Betriebsgrundstücken besteht.

gerechtigkeit auf. Aber auch Brennrechte, Mühlenrechte, Fährgerechtigkeiten u. ä. gehören dazu. Nicht unter den Begriff der Gewerbeberechtigungen fallen Braurechte und Gastwirtschaftskonzessionen. Letztere werden demnach auch nicht selbständig bewertet, können aber einen immateriellen Wert darstellen und in die Vermögensaufstellung aufgenommen werden, wenn sie entgeltlich erworben wurden. Ebenso sind Wassernutzungsrechte nur im Rahmen des übrigen Betriebsvermögens zu bewerten¹⁹⁵⁾.

Gewerbeberechtigungen sollen mit dem gemeinen Wert bewertet werden (§ 58 Abs. 4 BewG.). Für das bedeutendste Gebiet der Gewerbeberechtigungen, für die Mineralgewinnungsrechte¹⁹⁶⁾, sind zur Ermittlung des gemeinen Werts von bestimmten Oberfinanzpräsidenten besondere Richtlinien für die einzelnen Arten der Mineralgewinnungsrechte herausgegeben worden¹⁹⁷⁾.

Der gemeine Wert von Apothekengerechtigkeiten¹⁹⁸⁾ wird auf der Grundlage des Umsatzes ermittelt. Der bei der Hauptfeststellung auf den 1. Januar 1935 festzustellende Wert belief sich auf 110 % des jeweiligen Jahresumsatzes. Die Vermögensteuerrichtlinien 1946¹⁹⁹⁾ bestimmten, abweichend von der allgemeinen Regelung, unter Berücksichtigung der herrschenden Verhältnisse und der unsicheren Zukunftsaussichten, eine Bewertung dieser Rechte mit nur 90 % aus den Durchschnittsumsätzen der Jahre 1937, 1938 und 1945. Bei der Vermögensteuer-Hauptveranlagung 1960 ist für Apothekenrechte kein Wert mehr anzusetzen²⁰⁰⁾. Die noch bestehenden Einheitswerte sind auf den 1. Januar 1960 auf Null DM fortzuschreiben.

Allgemein gehen die Einheitswerte der Gewerbeberechtigungen auf die letzte Hauptfeststellung auf den 1. Januar 1935 zurück, soweit in der Zwischenzeit keine Fortschreibung dieser Werte stattgefunden hat²⁰¹⁾.

¹⁹⁵⁾ Der Umfang der Gewerbeberechtigungen ergibt sich aus § 58 Abs. 3 BewG. Danach gehören zu den Gewerbeberechtigungen deren Bestandteile und das Zubehör. Ausgenommen sind der Grund und Boden, die Gebäude, Maschinen und sonstige Vorrichtungen aller Art, die zu einer Betriebsanlage gehören.

¹⁹⁶⁾ Das Wesen der Nutzung der Mineralgewinnungsrechte besteht im Abbau der Substanz.

¹⁹⁷⁾ Vgl. Erlaß des RdF. vom 23. Juli 1935 (RStBl. S. 1032). Die Errechnung des gemeinen Werts für Mineralgewinnungsrechte geschieht nach dem Erlaß des RdF. vom 9. Oktober 1934 einheitlich nach der Mengenformel: $S = M - E$.
 S = Wert der Mineralsubstanz,
 M = die marktscheiderisch festgestellte gewinnbare Mineralmenge,
 E = Einheitssatz je t Mineral.

Für die Einheitsbewertung der Steinkohlenwerke auf den 21. 6. 1948 sind am 15. September 1950 vom Oberfinanzpräsidenten des Bezirkes Düsseldorf Richtlinien erlassen worden.

¹⁹⁸⁾ Apothekengerechtigkeiten sind nur dann bewertbar, wenn es sich um Realrechte oder um vererbliche und veräußerliche persönliche Rechte handelt. Personalkonzessionen fallen nicht darunter.

¹⁹⁹⁾ Vgl. Abschn. 19 VStR. (Erl. d. FLSt. vom 19. Februar 1947, StuZbl. S. 21).

²⁰⁰⁾ Vgl. Abschn. 23 der Verwaltungsanordnung über die Vermögensteuerrichtlinien für die Vermögensteuer-Hauptveranlagung 1960 vom 27. Mai 1960 (BStBl. I S. 289).

²⁰¹⁾ Vgl. Anlage 2 und 3.

5. Die Bewertung der Wertpapiere, Anteile und Genußscheine an Kapitalgesellschaften.

Als letzte vom allgemeinen Bewertungsmaßstab abweichende Bewertungsnorm ist die Bewertung der Wertpapiere, Anteile und Genußscheine an Kapitalgesellschaften zu behandeln. Für sie gilt laut § 57 BewDV. folgende Rangfolge der Bewertung:

- „1. Sind Steuermakswerte festgesetzt worden, so sind diese Steuermakswerte maßgebend (§ 70 Abs. 1 BewG.)²⁰²⁾.
2. Sind keine Steuermakswerte festgesetzt worden, besteht jedoch im Inland ein amtlicher Makswert ²⁰³⁾, so ist dieser Makswert maßgebend (§ 13 Abs. 1 BewG.).
3. Besteht weder ein Steuermakswert noch ein amtlicher Makswert im Inland, so ist der gemeine Wert maßgebend (§ 13 Abs. 2 BewG.).“

Der gemeine Wert soll in der Regel von Verkäufen abgeleitet werden, wobei zu bemerken ist, daß der gemeine Wert „zuverlässiger als durch die Kursbildung an der Börse überhaupt nicht ermittelt werden kann“²⁰⁴⁾. Ist dies nicht möglich, so wird der gemeine Wert unter Berücksichtigung des Gesamtvermögens und der Ertragsaussichten der Gesellschaft oder Gewerkschaft geschätzt (§ 13 Abs. 2 BewG.). Diese Schätzung geschieht nach den Richtlinien zur Bewertung nicht notierter Aktien und Anteilen an Kapitalgesellschaften vom 14. 2. 1955²⁰⁵⁾. Das Bewertungsverfahren wird auch als „Stuttgarter Verfahren“ bezeichnet, weil es zunächst am Finanzamt Stuttgart angewandt wurde²⁰⁶⁾. Nach diesem Verfahren ist zunächst das gesamte Vermögen der Gesellschaft zu berechnen, wobei vom Einheitswert des Betriebsvermögens auszugehen ist. Dem Einheitswert sind die Wirtschaftsgüter hinzuzurechnen, die bei der Einheitsbewertung außer Betracht geblieben sind, weil sie nach den §§ 59 und 60 BewG. nicht zum Betriebsvermögen gehören. Es handelt sich hierbei um Wirtschaftsgüter, die nach den Vorschriften des Vermögenssteuergesetzes oder anderer Gesetze von der Vermögensteuer befreit sind,

²⁰²⁾ Zuletzt wurden die Steuermakswerte vom Bundesfinanzminister auf den Stichtag 31. Dezember 1959 festgesetzt und in einer Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 116 vom 21. Juni 1960 veröffentlicht. Diese Steuermakswerte gelten für die Hauptveranlagung zur Vermögensteuer 1960. Vorher waren Steuermakswerte auf den Stichtag 31. Dezember 1956 für den Dreijahres-Vermögensteuerzeitraum festgesetzt worden.

²⁰³⁾ Unter dem amtlichen Makswert ist nur der amtlich bei einer Wertpapierbörse notierte Kurs zu verstehen, nicht auch der am freien Markt einer Börse notierte Kurs. Ist ein solcher Kurs am Stichtag nicht notiert, so liegt ein amtlicher Makswert für die Bewertung nicht vor.

²⁰⁴⁾ Zitzlaff, Franz, Nochmals zur Bewertung unnotierter Anteile an einer Kapitalgesellschaft, in „Steuer und Wirtschaft“, 27. Jg. (1950), Nr. 7, Sp. 467.

²⁰⁵⁾ BStBl. I S. 97.

²⁰⁶⁾ Das „Stuttgarter Verfahren“ wurde erstmalig bei der Vermögensteuer-Hauptveranlagung 1953 zugrunde gelegt. Bis dahin — zuletzt bei der Vermögensteuer-Hauptveranlagung 1949 — wurden die gemeinen Werte von nicht notierten Anteilen nach dem sogenannten „Berliner Verfahren“ ermittelt. Nach letztgenanntem Verfahren wurde der Wert nicht notierter Anteile aus dem Mittel zwischen Vermögenwert und Ertragswert der Gesellschaft abgeleitet.

sowie um Anteile, die dem Schachtelprivileg unterliegen. Die mit diesen Wirtschaftsgütern in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Schulden sind abzuziehen. Von dem Betriebsvermögen ist noch die Vermögensabgabeschuld mit ihrem Zeitwert nach § 77 LAG.²⁰⁷⁾ abzusetzen. Ergibt sich hierdurch ein Reinvermögen, das in ganz erheblichem Umfange von dem in der Steuerbilanz der Gesellschaft ausgewiesenen Vermögen abweicht, z. B. weil darin für Betriebsgrundstücke wesentlich höhere Beträge als die Einheitswerte angesetzt sind, so kann man dies unter Umständen bei der Berechnung des Vermögenswertes entsprechend berücksichtigen²⁰⁸⁾. Nach Vornahme der in Frage kommenden Korrekturen auf den Vermögenswert, ist noch ein Abschlag um 10 v.H. zulässig, da das Vermögen oder einzelne Teile des Vermögens der Gesellschaft für den Anteilseigner nicht denselben Wert haben wie für das Unternehmen selbst. Das um den Abschlag gekürzte Vermögen ist mit dem Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) der Gesellschaft zu vergleichen. Der sich ergebende Hundertsatz ist der Vermögenswert, der für die weiteren Berechnungen maßgebend ist.

Beispiel²⁰⁹⁾: Eine GmbH hat ein Stammkapital von DM 400 000,—. Der Einheitswert des Betriebsvermögens auf den 1. Januar 1953 beträgt DM 800 000,—. Hiervon ist als Zeitwert der Vermögensabgabeschuld ein Betrag von DM 240 000,— abzusetzen. Der Restbetrag von DM 560 000,— ist um 10 v.H. zu kürzen. Der verbleibende Betrag von DM 504 000,— ist 126 v.H. des Stammkapitals. Der Vermögenswert ist mit 126 v.H. anzusetzen.

Der zweite Bewertungsfaktor bei der Ermittlung des gemeinen Werts von Aktien und Anteilen sind die Ertragsaussichten der Gesellschaft. In Ermangelung eines anderen Maßstabs werden die zukünftigen Ertragsaussichten aus dem Durchschnitt der letzten drei Jahreserträge der Gesellschaft vor dem Feststellungszeitpunkt hergeleitet. Bei der Vermögenssteuerhauptveranlagung 1960 sind die Ertragsaussichten der Gesellschaft möglichst aus dem Durchschnitt der Jahreserträge von 1957, 1958 und 1959 herzuleiten²¹⁰⁾. Als Jahresertrag ist das Betriebsergebnis des einzelnen Jahres anzusetzen. Das ist der jeweilige körperschaftsteuerliche Gewinn zuzüglich der Einnahmen und abzüglich der Ausgaben, die auf Grund der besonderen Vorschriften des Körperschaftsteuergesetzes außer Ansatz bleiben. Dazu kommen gegebenenfalls gewisse Zurechnungen und Abzüge²¹¹⁾. Aus den Ergebnissen der einzelnen Jahre ist der Durchschnitt zu errechnen und zu prüfen, ob dieser Durchschnittsertrag auch in Zukunft erzielt werden kann. Bei Unternehmen, die im Jahresdurchschnitt nur Verluste oder nur ganz geringe Erträge erzielt haben, ist gegebenenfalls der künftige Ertrag unter Berücksichtigung der am Bewertungsstichtag übersehbaren weiteren Entwicklung des Unternehmens

²⁰⁷⁾ Gesetz über den Lastenausgleich vom 14. August 1952 (BGBl. I S. 446).

²⁰⁸⁾ Vgl. Abschn. 77, Abs. 2 bis 4 VStR. 1960 (BStBl. I, S. 289).

²⁰⁹⁾ Das Beispiel wurde entnommen der Verwaltungsanordnung zur Bewertung nichtnotierter Aktien und Anteile vom 14. 2. 1955, a.a.O.

²¹⁰⁾ Abschnitt 78 VStR. 1960, a.a.O.

²¹¹⁾ Vgl. Abschn. 78, Abs. 1 VStR. 1960, a.a.O.

zu schätzen. Dieser Ertrag kann nicht der Berechnung zugrunde gelegt werden, da kaum eine Gesellschaft in der Lage sein wird, ihre Gewinne in vollem Umfange auszuschütten. Maßgebend ist deshalb nur der ausschüttungsfähige Ertrag. Deshalb ist vom Jahresertrag noch ein Abschlag von 30 v.H. zu machen. In Ausnahmefällen ²¹²⁾ kann der Abschlag noch höher bemessen werden. Der ausschüttungsfähige Jahresertrag ist wie bei der Dividendenberechnung mit dem Nennkapital der Gesellschaft zu vergleichen. Der sich ergebende Hundertsatz ist der Ertragshundertsatz, der für die weiteren Berechnungen maßgebend ist.

Beispiel²¹³⁾: Betriebsergebnis einschließlich der Zu- und Abrechnungen

	für 1957	DM 8 000,—
	für 1958	DM 12 000,—
	für 1959	DM 10 000,—
		DM 30 000,—
Jahresertragsaussichten		DM 10 000,—
× 30 v.H.		DM 3 000,—
Ausschüttungsfähiger Ertrag		DM 7 000,—

Nennkapital = DM 100 000,—

$$\text{Ertragshundertsatz} = \frac{7\,000 \times 100}{100\,000} = 7 \text{ v.H.}$$

Für die Ermittlung des gemeinen Werts sehen die Vermögensteuerrichtlinien bzw. die Verwaltungsanordnung zur Bewertung nichtnotierter Anteile nachfolgendes Verfahren vor. Man geht davon aus, daß ein Käufer einer Aktie oder Anteiles neben dem Vermögenswert auch die Ertragsaussichten der Gesellschaft berücksichtigen würde. Die Ertragsaussichten werden dabei weniger nach der Verzinsung des Nennkapitals der Gesellschaft als nach der Rendite des von ihm zum Erwerb des Anteils aufzuwendenden Kapitals beurteilt. Der Käufer eines Anteiles wird daher die auf den Anteil der Gesellschaft entfallenden Erträge mit den Zinsen vergleichen, die das von ihm aufzuwendende Kapital, falls er es in anderer Weise anlegt, erbringen würde. Er wird bereit sein, mehr zu bezahlen, wenn die nachhaltigen Erträge der Gesellschaft die Zinsen einer anderen Kapitalanlage überschreiten. Die Vermögensteuerrichtlinien²¹⁴⁾ gehen daher bei der Ermittlung des gemeinen Wertes davon aus, daß ein Käufer, der sein Kapital in anderer Weise angelegt hätte, nach den wirtschaftlichen Verhältnissen vom Stichtag mit einer Verzinsung von etwa 6 v.H. rechnen konnte.

Berechnungsbeispiel²¹⁵⁾: Der gesuchte, in einem Hundertsatz ausgedrückte gemeine Wert eines Anteils (x) ergibt sich aus dem in einem Hundertsatz

²¹²⁾ Vgl. Abschn. 78, Abs. 3 VStR. 1960, a.a.O.

²¹³⁾ Das Beispiel wurde entnommen dem Abschnitt 78 VStR. 1960, a.a.O.

²¹⁴⁾ VStR. 1960, Abschn. 79, a.a.O.

²¹⁵⁾ Das Beispiel wurde entnommen dem Abschnitt 79 VStR. 1960, a.a.O.

ausgedrückten Vermögenswert des Anteils (V) erhöht oder vermindert um den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ertragshundertsatz des Anteils, berechnet auf drei Jahre (3E), und der Verzinsung des aufzuwendenden Kapitals, ebenfalls berechnet auf drei Jahre. Da die Höhe des aufzuwendenden Kapitals gleich dem gesuchten gemeinen Wert ist, ist dieser letztere Hundertsatz mit $\frac{3(6x)}{100}$ in die Rechnung einzusetzen. Insgesamt ergibt sich dann folgende Gleichung:

$$x = V + 3 \left(E - \frac{6x}{100} \right)$$

Die Auflösung der Gleichung ergibt:

$$x = \frac{84,75}{100} (V + 3E)$$

Der Hundertsatz von 84,75 wird zur Vereinfachung auf 85 aufgerundet. Als gemeiner Wert sind also 85 v.H. der Summe (Differenz) aus Vermögenswert und dreifachem Ertragshundertsatz anzusetzen. Beträgt der Vermögenswert 120 v.H. und der Ertragshundertsatz 7 v.H., so ergibt sich nach der Berechnungsformel ein gemeiner Wert von

$$\frac{85}{100} \times [120 + (3 \times 7)] = \frac{85}{100} \times 141 = 119,8 = \text{rd. } 119 \text{ v.H.}$$

Bei diesem so ermittelten gemeinen Wert können, falls besondere Umstände vorliegen, Korrekturen in Form von Zu- oder Abschlägen durchgeführt werden. Insbesondere kann ein Abschlag bei den Gesellschaften in Frage kommen, bei denen nachhaltig relativ geringe Erträge einem großen Vermögen gegenüberstehen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das seit der Vermögensteuer-Veranlagung 1953 angewandte „Stuttgarter Verfahren“ für die Ermittlung des gemeinen Werts von nichtnotierten Anteilen zu wesentlich besseren Werten geführt hat als das bis zu diesem Zeitpunkt geltende „Berliner Verfahren“. Während das „Berliner Verfahren“ den gemeinen Wert von nichtnotierten Anteilen aus dem Mittelwert zwischen Vermögenswert und Ertragswert ableitete, versucht das „Stuttgarter Verfahren“ den Wert zu ermitteln, den der Anteil für den Anteilseigner hat. Es wird mehr als bisher berücksichtigt, daß dem Anteilseigner weder das ganze Gesellschaftsvermögen zusteht noch die ganzen Erträge der Gesellschaft zufließen. Der gemeine Wert soll sich in dem Betrag darstellen, den ein Käufer für den Anteil unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Gesellschaft im normalen Geschäftsverkehr bezahlen würde. Bei der Hauptveranlagung 1949 hatte sich besonders deutlich gezeigt, daß das „Berliner Verfahren“ dann nicht mehr zu einem wirtschaftlich zutreffenden Ergebnis führt, wenn Vermögenswert und Ertragswert erheblich voneinander abweichen. In solchen Fällen konnten

die sich ergebenden Werte nur durch Zu- oder Abschläge korrigiert werden, ohne daß eine gleichmäßige und gerechte Bewertung gewährleistet werden konnte. Das neue Verfahren führt demgegenüber im allgemeinen zu einer gleichmäßigeren Bewertung, die sowohl überhöhte als auch zu niedrige Werte ausschließt.

6. Bewertung von Kapitalforderungen, Schulden, Nutzungen und Leistungen.

a) Kapitalforderungen und Schulden.

Nach § 14 BewG. sind die im § 13 BewG. nicht bezeichneten Kapitalforderungen²¹⁶⁾ und Schulden mit dem Nennwert anzusetzen. Eine höhere oder niedrigere Ansetzung dieser Werte kann nur durch besondere Umstände begründet werden²¹⁷⁾. Uneinbringliche Forderungen bleiben außer Ansatz. Für die Bewertung unverzinslich befristeter Forderungen oder Schulden, sowie für noch nicht fällige Ansprüche aus Lebens-, Kapital- oder Rentenversicherungen gelten die Sondervorschriften des § 14 Abs. 3—5 BewG. Forderungen und Schulden in ausländischer Währung sind nach dem Umrechnungskurs vom Bewertungsstichtag in Deutsche Mark umzurechnen. Die maßgeblichen Umrechnungskurse werden jeweils auf den 31. Dezember eines Kalenderjahres im Bundessteuerblatt Teil I veröffentlicht²¹⁸⁾.

b) Nutzungen und Leistungen.

Die §§ 15—17 BewG. behandeln den Kapitalwert von wiederkehrenden Nutzungen und Leistungen. Grundsätzlich wird bei der Bewertung unterschieden zwischen:

1. Nutzungen und Leistungen, die auf eine bestimmte Zeit beschränkt sind (§ 15 Abs. 1 BewG.),
2. immerwährende Nutzungen und Leistungen (§ 15 Abs. 2, 1. Halbsatz BewG.) und
3. Nutzungen und Leistungen von unbestimmter Dauer (§ 15 Abs. 2, 2. Halbsatz BewG.).

Bei der Wertberechnung von Nutzungen und Leistungen, die auf eine bestimmte Zeit beschränkt sind, geht man von der Summe der einzelnen Jahreswerte aus. Von dieser Summe sind die Zwischenzinsen unter Berücksichtigung von Zinseszinsen abzuziehen. Der zur Zeit geltende Zinssatz beträgt 5,5 0/0. Um die Berechnung zu erleichtern, enthalten die Vermögensteuerrichtlinien²¹⁹⁾ in der Anlage 6 eine Hilfstafel über den gegenwärtigen Kapitalwert einer

²¹⁶⁾ Unter den hier genannten Kapitalforderungen sind solche Forderungen zu verstehen, die auf Zahlung einer Geldsumme gerichtet sind.

²¹⁷⁾ Im einzelnen siehe RFH.-Urteile (RStBl. 1935 S. 906, RStBl. 1937 S. 6, RStBl. 1939 S. 462) für Kapitalforderungen und (RStBl. 1934 S. 334, RStBl. 1938 S. 604, RStBl. 1942 S. 61) für die Schuldenbewertung.

²¹⁸⁾ Vgl. Abschn. 46 der Verwaltungsanordnung über die Vermögensteuerrichtlinien für die Vermögensteuer-Hauptveranlagung 1960 vom 27. Mai 1960 (BStBl. 1960 I S. 289).

²¹⁹⁾ VStR. vom 21. 9. 1954 (BStBl. I S. 439).

Rente, Nutzung oder Leistung im Jahreswert von 1 DM auf eine bestimmte Zeit von Jahren. Bei der Wertfestlegung ist ferner zu berücksichtigen, daß der Gesamtwert das Achtzehnfache des Jahreswerts nicht übersteigen darf. Sofern das Recht außerdem durch das Leben einer oder mehrerer Personen bedingt ist, darf der festzulegende Kapitalwert den nach § 16 BewG. zu berechnenden Kapitalwert nicht überschreiten²²⁰⁾.

Immerwährende Nutzungen oder Leistungen werden mit dem Achtzehnfachen des Jahreswerts bewertet. Unter immerwährenden Nutzungen oder Leistungen versteht man solche, bei denen es ungewiß ist, ob und wann das Ende der Nutzung oder Leistung eintreten wird. In der Regel werden solche Nutzungen oder Leistungen nur selten vorkommen. Das RFH.-Urteil vom 30. November 1926²²¹⁾ weist darauf hin, daß es immerwährende Nutzungen im strengsten Wortsinn überhaupt nicht gibt. Es wird jedoch anerkannt, daß solch eine Nutzung als gegeben anzunehmen ist, wenn z. B. letztwillig bestimmt wird, daß eine Nutzung zunächst einer bestimmten Person und nach ihrem Tode einer öffentlichen Körperschaft zustehen soll.

Als Nutzungen und Leistungen von unbestimmter Dauer werden solche angesehen, bei denen das Ende sicher, aber der Zeitpunkt des Wegfalls ungewiß ist. Diese Nutzungen und Leistungen werden mit dem Neunfachen des Jahreswerts bewertet, dürfen jedoch den sich nach § 16 BewG. ergebenden Wert nicht überschreiten.

Über die genannten Bewertungsregeln hinaus kann nach § 15 Abs. 3 BewG. der gemeine Wert der gesamten Nutzungen oder Leistungen zugrunde gelegt werden, falls es dem Steuerpflichtigen gelingt nachzuweisen, daß der gemeine Wert höher oder niedriger ist, als es die nach § 15 Abs. 1 und 2 festgelegten Werte sind.

7. Der Einheitswert des Betriebsvermögens.

Die Summe der Werte der Wirtschaftsgüter, die nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes ermittelt wurden, vermindert um die mit dem gewerblichen Betrieb in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Schulden²²²⁾, ergibt den Gesamtwert des gewerblichen Betriebs, den Einheitswert des Betriebsvermögens (§ 66 Abs. 4 BewG.). Daß die Schulden bereits bei der Feststellung des Einheitswertes abgezogen werden können, ist eine Besonderheit bei der Ermittlung des Einheitswertes des Betriebsvermögens, im Gegensatz zu den Einheitswertfeststellungen der anderen Vermögensarten, wo die

²²⁰⁾ § 16 BewG. regelt die Berechnung des Wertes von Renten und anderen auf die Lebenszeit einer Person beschränkten Nutzungen und Leistungen, wobei der festzulegende Wert sich nach dem Lebensalter der betreffenden Person richtet. Als höchster Wert kommt das Achtzehnfache des Wertes der einjährigen Nutzung oder Leistung bei einem Alter bis zu 15 Jahren in Frage, als niedrigster Wert, das Einfache bei einem Alter von mehr als 88 Jahren.

²²¹⁾ RFH. 20. Band, S. 60.

²²²⁾ Nach § 62 Abs. 2 BewG. können bei Versicherungsunternehmungen außer den Schulden auch noch sogenannte versicherungstechnische Rücklagen abgezogen werden.

Schulden erst bei der Vermögensteuerveranlagung nach § 74 Abs. 1, Ziff. 1 BewG. abzugsfähig sind. Der Einheitswert des Betriebsvermögens stellt also ein Reinvermögen dar.

Die Vorschrift des § 66 Abs. 4 BewG., wonach die Summe der Einzelwerte den Gesamtwert des gewerblichen Betriebs ergibt, steht im Widerspruch zu der Gesamtbewertungsvorschrift des § 2 Abs. 1 BewG.²²³). Der Einheitswert des Betriebsvermögens setzt sich, wie wir gesehen haben, aus verschiedenen Einzelwerten zusammen, ohne eine einheitliche Bewertungslinie zu verfolgen oder dem Grundsatz der Gesamtbewertung Rechnung zu tragen.

²²³) Vgl. unsere Ausführungen S. 35 ff.

C. KRITIK UND ERGEBNIS

1. Kritik der steuerrechtlichen Bewertungsmethode.

In den vorangegangenen Abschnitten haben wir die Bewertungsmethoden wirtschaftlicher Einheiten, insbesondere des Betriebsvermögens bzw. gewerblicher Betriebe oder Unternehmungen, sowohl vom wirtschaftswissenschaftlich-theoretischen als auch vom Standpunkt des Gesetzgebers kennen gelernt. Was zu den einzelnen gesetzlichen Bewertungsnormen der Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens kritisch zu sagen war, wurde bereits im Anschluß an die Erläuterungen der einzelnen Bewertungsverfahren ausgeführt, so daß wir jetzt die Möglichkeit haben, die grundlegenden Unterschiede zwischen steuerrechtlichen Bewertungsverfahren und der Bewertungsmethode der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie zusammenfassend, nach ihrem Wesensgehalt zu untersuchen und kritisch zu betrachten. Dabei sollen die Bewertungsvorschriften des Bewertungsgesetzes dahingehend untersucht werden, ob die Bemessungsgrundlage (Einheitswert) der Steuern, die vom Vermögen erhoben werden, der steuerlichen Gerechtigkeit und der Forderung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung entsprechen. Nicht zuletzt soll unsere Untersuchung dahingehend gerichtet sein, inwieweit eine Reinertragsbewertung für die Vermögensteuer anwendbar erscheint oder ob differenzierte Bewertungen bei der Ermittlung des Einheitswertes des Betriebsvermögens begründet und unerläßlich sind.

Der Unterschied zwischen der Bewertungsmethode der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie und dem des Steuerrechts tritt zunächst nicht in Erscheinung. Beide Verfahren sehen im gewerblichen Betrieb eine wirtschaftliche Einheit, die als unteilbares Ganzes, wie es auch im Gesetz (§ 2 Abs. 1 BewG.) zum Ausdruck kommt, einer Gesamtbewertung unterzogen werden soll. Wenn auch der Ausgangspunkt der Bewertung somit der gleiche ist, geht die praktische Bewertung doch verschiedene Wege. Der Unterschied wird von *Grossmann*²²⁴⁾ klar herausgestellt: „Die Wertinhalte der betriebswirtschaftlichen und der steuerlichen Wirtschaftseinheiten stimmen nicht immer überein. Dies gilt rein quantitativ von der Inhaltsmenge an sich, wie von den Vermögensarten, aus denen sich der Inhalt zusammensetzt. Während insbesondere die steuerliche Wirtschaftseinheit des Betriebsvermögens nach ihren

²²⁴⁾ *Grossmann, Hermann, Steuerliche Wertkategorien, a.a.O., S. 649.*

Teilen fälschlich auf *verschiedenen* Bewertungswegen erschlossen wird, so daß jeder Teil nach einer besonderen Methode bewertet, die Bewertung als Ganzes also unmöglich wird, unterliegt die Einheit nach betriebswirtschaftlicher Wertung in allen Fällen einer *einheitlichen* Methode, nämlich der Ertragswertrechnung.“

Durch die uneinheitliche Bewertungsmethode des Betriebsvermögens verläßt die Steuergesetzgebung die wirtschaftswissenschaftlich theoretische Anschauung, daß jeder Betrieb ein organisches Ganzes ist und als solches eine einheitliche Bewertung finden soll. Wie wir gesehen haben, werden die einzelnen Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens, gemäß den gesetzlichen Bestimmungen, mit verschiedenen Werten angesetzt. Neben dem Teilwert für die überwiegende Zahl der Anlage- und Umlaufgüter stehen besondere Ermittlungsvorschriften des gemeinen Werts — Weilsches Verfahren, Stuttgarter Verfahren, Richtlinien zur Ermittlung des gemeinen Werts von Gewerbeberechtigungen u. a. — für die übrigen Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens. Sogar innerhalb einer Bewertungsgruppe — Grundvermögen — werden verschiedene Wertmaßstäbe angewandt, da bei bebauten Grundstücken teilweise nach der Jahresrohmiete, teilweise nach dem Bauwert (Sachwert) bewertet wird. In der Vermögensaufstellung, die den Gesamtwert bzw. den Einheitswert des Betriebsvermögens widerspiegeln soll, stehen somit verschiedene Wertarten nebeneinander. Nicht nur, daß die einzelnen Bewertungsnormen für die verschiedenen Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens voneinander abweichen, auch zeitlich gesehen gehen sie oft auseinander. So kann es geschehen, daß die Betriebsgrundstücke oder Gewerbeberechtigungen mit den auf den 1. Januar 1935 festgestellten Einheitswerten bei einer viel später erfolgten Hauptfeststellung der Einheitswerte des Betriebsvermögens angesetzt werden müssen, wenn nicht inzwischen eine Fortschreibung dieser Werte stattgefunden hat. Man kann in solchen Fällen zu dem grotesken Ergebnis kommen, daß Stichtagswerte, in Form des Teilwerts, mit anderen um 10 oder mehr Jahren zurückliegenden Werten in einer Vermögensaufstellung zusammen auftauchen. Daß man durch diese Art der Bewertung nur selten zu befriedigenden Ergebnissen gelangt, ist offensichtlich.

Darüber hinaus widerspricht diese Art der Bewertung der allgemeinen Forderung der Steuergerechtigkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung. Vergleichen wir in diesem Zusammenhang einen Produktionsbetrieb mit ausgedehnten und umfangreichen Liegenschaften mit einem entsprechend großen Handelsbetrieb, der keine Liegenschaften besitzt, so kommen wir zu der Feststellung, daß der Handelsbetrieb, relativ gesehen, einer höheren Belastung mit Vermögensteuer (höhere Steuerbemessungsgrundlage) ausgesetzt ist als der genannte Produktionsbetrieb. Dieser relative Unterschied wird in den meisten Fällen auf die zu niedrige und auf das Jahr 1935 zurückgehende Bewertung der Gebäude und Grundstücke zurückzuführen sein.

Ungerecht auf die Gleichmäßigkeit der Besteuerung wirkt sich auch die uneinheitliche Bewertung des Goodwills aus. Gerade bei großen und leistungsfähigen Unternehmungen bilden sich immaterielle Werte, die den Gesamtwert des Unternehmens erhöhen. Diese Werte werden aber von der Vermögensteuer solange nicht erfaßt, als sie kein bewertbares Wirtschaftsgut

darstellen, d. h., daß sie erst durch Veräußerung des Gesamtunternehmens in Erscheinung getreten sein müssen, ehe sie der Vermögensteuer unterliegen. Da die Bilanzierungsfähigkeit des Goodwills aber dem reinen Zufall der vielleicht einmal erfolgten Veräußerung des Unternehmens ausgesetzt ist, wirkt sich diese Art der Besteuerung dem Steuerpflichtigen gegenüber ungerecht aus.

Nun haben wir noch etwas näher auf den Problembereich, der mit der Ansetzung der verschiedenen Wirtschaftsgüter mit dem Teilwert zusammenhängt, einzugehen. Seitdem dieser Wertbegriff besteht und in die Steuergesetzgebung aufgenommen worden ist, hat die Rechtsprechung und die umfangreiche Literatur vergeblich versucht, ihm einen eindeutigen Inhalt zu geben. Bezeichnend hierfür ist die Kritik *Kosiols*²²⁵): „Der Teilwert ist eine künstliche Konstruktion, die nicht aus einer positiven Grundidee einheitlich herauswächst, sondern im Gegensatz zum gemeinen Wert schrittweise und unter dauernden Abwandlungen und sprunghaften Einzelbestimmungen entwickelt wurde. Er steckt daher theoretisch voller Widersprüche, die es nicht zulassen, ihn unter einem einzigen Leitgedanken zu definieren. Seine Formungselemente (Gesamtaufpreis, Verbundenheit der Wirtschaftsgüter, Fortführung der Unternehmung) erwiesen sich nicht als begriffsbildend, da ihre Gedankenlinien nicht folgerichtig zu Ende geführt werden. Die Teilwertidee schwankt zwischen den Grundsätzen der Einzel-, Gruppen- und Gesamtbewertung hin und her. Der einzige Kern, der allen Varianten des Teilwertes, in der er sich fast kasuistisch auflöst, gemeinsam ist, läßt sich darin erkennen, daß der Teilwert als ertragsabhängiger Wert gedacht ist, der die wertmäßigen Beziehungen der einzelnen Wirtschaftsgüter zum Gesamtunternehmen zum Ausdruck bringen soll.“ *Hoffmann*²²⁶) vertritt daneben den Standpunkt, daß der Teilwert eben einen Teil des Gesamtwertes der Unternehmung für das betreffende Wirtschaftsgut repräsentiert, wie es bei einer Zusammenstellung der Gesichtspunkte der Rechtsprechung des RFH., den Teilwert betreffend, zum Ausdruck kommt: „Der Teilwert wird durch Aufteilung des Gesamtwertes des Betriebes auf die einzelnen Wirtschaftsgüter ermittelt.“ Der Rechtsprechung lag wohl der Gedanke zugrunde, auf dem Wege über den Teilwert die Möglichkeit zu erhalten, auch die sonst nicht zu erfassenden immateriellen Werte zu berücksichtigen, indem der Wert der einzelnen Wirtschaftsgüter um einen gewissen anteilmäßigen Betrag, dem Umfang des Goodwills entsprechend, erhöht wird. Wäre diese Bewertungsmethode praktisch durchführbar, so müßte die Summe aller Teilwerte mit dem Gesamt- bzw. Reinertragswert der Unternehmung übereinstimmen. Dies ist aber schon deshalb nicht möglich, weil man nicht einen „Teilwert“ ermitteln kann, bevor der Gesamtwert bekannt ist. Geht man, umgekehrt, vom Gesamtwert aus und teilt diesen Wert auf die einzelnen Wirtschaftsgüter auf, so ist der Willkür und dem subjektiven Ermessen Tür und Tor geöffnet, ganz abgesehen von der „formalen Unmöglichkeit einer solchen reziproken Rück-

²²⁵) *Kosiol, Erich*, Einheitsbilanz oder Bilanzangleichung?, in „Steuer und Wirtschaft“, 26. Jg. (1949), Nr. 1/2, Sp. 152.

²²⁶) *Hoffmann, Fritz*, Zum Teilwertbegriff, in „Steuer und Wirtschaft“, 24. Jg. (1947), Nr. 6/7, Sp. 522.

oder Zurechnung²²⁷⁾. Der Teilwertgedanke kann, nach der Ansicht *Hoffmanns*²²⁸⁾, „nur Bedeutung gewinnen für die Idee, daß der Gegenstand ein *Teilstück* der dem Betriebe gewidmeten Wirtschaftsgüter darstellt, nicht aber, daß es sich darum handelt, einen Teilwert aus dem Gesamtwert des Unternehmens zu ermitteln“. So meint auch *Jüngling*²²⁹⁾, „daß die Feststellung des Teilwertes auf dem Wege über den Gesamtwert des Unternehmens ein unlöbares Problem ist“. Auch die Auffassung *Kosiol's*²³⁰⁾ bewegt sich in dieser Richtung: „Der Teilwert ist . . . grundsätzlich nicht als Zurechnungsanteil am Gesamtertragswert zu erfassen. An Stelle des Ganzheitsprinzips tritt vielmehr das der Einzelbewertung der Wirtschaftsgüter. Der Teilwert wird damit zu einem fiktiven Einzelwert, der zwar für sich, aber unter Berücksichtigung der Verbundenheit bestimmt werden soll.“

Aus den bisherigen Ausführungen²³¹⁾ geht hervor, daß eine exakte Feststellung des Teilwertes nicht möglich ist. Er kann nur annähernd und unter Zuhilfenahme anderer Werte, wie z. B. des Wiederbeschaffungswertes, ermittelt werden. In vielen Fällen läuft die Festsetzung des Teilwertes auf ein „Aushandeln“ zwischen der Finanzbehörde und dem Steuerpflichtigen hinaus. Genau so wenig können mit Hilfe des Teilwertes „Gesamtwerte“ gefunden werden. Alle Versuche dieser Art werden immer, wegen der praktischen Undurchführbarkeit, zum Scheitern verurteilt sein. Wenn auch von verschiedenen Seiten betont wird, daß der Teilwert ein objektiver Wert sei²³²⁾, so können wir dem nicht ganz beipflichten. Schon allein aus der Tatsache heraus, daß der Teilwert nicht, wie z. B. Einzelveräußerungs-, Anschaffungs- oder Herstellungswerte, genau ermittelt werden kann und dem subjektiven Ermessen Raum gelassen werden muß, sind wir mit *Kosiol*²³³⁾ der Ansicht, daß der Teilwert ein subjektiver Wertansatz ist, „dessen Objektivierung an der Scheidewand des Möglichen scheitern muß.“ Aus diesen Gründen erscheint

²²⁷⁾ *Grossmann, Hermann*, Steuerliche Wertkategorien, a.a.O., S. 635. Ähnlich auch *Kosiol, Erich*, Einheitsbilanz oder Bilanzangleichung?, a.a.O., Sp. 153: „Die zusätzliche Umlage des Geschäftswertes selbst auf die isolierbaren Wirtschaftsgüter ist bewertungstheoretisch unlogisch. Die Verteilung der Kapitalisierungsdifferenz (Ertragsmehrwert oder -minderwert deckt sich mit dem Zurechnungsproblem.“ Die gleiche Ansicht vertritt auch *Mellerowicz, Konrad*, Wert und Wertung im Betrieb, Essen 1952, S. 70: „Einen feststellbaren Ertrag erzielt nur die Gesamtunternehmung, nicht das einzelne Gut. Eine Zurechnung des Ertrages erscheint unmöglich.“ oder an anderer Stelle, S. 26: „Der Ertrag ist eine Einheit, durch die Kostenfaktoren nicht funktional bedingt und darum auch, rückwärts gesehen, ihnen nicht zurechenbar, weil es eben zwei konstitutive Wertelemente gibt. Das betriebswirtschaftliche Zurechnungsproblem ist also nicht lösbar.“

²²⁸⁾ *Hoffmann, Fritz*, Zum Teilwertbegriff, a.a.O., Sp. 523.

²²⁹⁾ *Jüngling, Hanns*, Der Teilwert im Rahmen der steuerlichen Wertbegriffe, in „Steuer und Wirtschaft“, 24. Jg. (1947), Nr. 8, Sp. 673.

²³⁰⁾ *Kosiol, Erich*, a.a.O., Sp. 153.

²³¹⁾ Vgl. auch S. 33 ff.

²³²⁾ Vgl. OFH. Urteil vom 17. Juli 1947, abgedruckt in „Steuer und Wirtschaft“, 24. Jg. (1947), Nr. 5, Teil Rechtsprechung, S. 38, sowie die Ausführungen *Hoffmanns* dazu, Zum Teilwertbegriff, a.a.O., Sp. 524.

²³³⁾ *Kosiol, Erich*, a.a.O., Sp. 155.

uns die Auffassung *Aufermanns*²³⁴⁾ gerechtfertigt, daß der Teilwert, da er in vielen Fällen nicht berechenbar sei, zur Ungleichmäßigkeit in der Besteuerung führe.

Bewerten wir einen Betrieb oder eine Unternehmung einmal durch Kapitalisierung des Erfolges, das andere Mal durch Addition der Einzelwerte nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes, so kommen wir zu zwei verschiedenen hohen Werten für ein und denselben Gegenstand. Eine zufällige Übereinstimmung beider Werte dürfte nur höchst selten gegeben sein²³⁵⁾. Man kann nicht gut behaupten, daß beide Werte richtig sind und nur der Standpunkt, von dem man die Werte betrachtet, ein verschiedener ist. Von zwei Werten, die unter den gleichen Voraussetzungen für ein und dieselbe Sache ermittelt worden sind, kann nur der eine Wert richtig sein, der andere Wert muß notgedrungen falsch sein, oder alle beide Werte sind falsch. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht.

Es ist nun unsere Aufgabe festzustellen, welcher von den beiden Werten als der für unsere Zwecke maßgebende Wert — um nicht von einem absolut richtigen Wert zu sprechen, den es infolge der Subjektivität aller Werte gar nicht gibt — angesehen werden kann und ob es eine Möglichkeit gibt, den nach allgemeiner wirtschaftswissenschaftlich theoretischer Auffassung falschen steuerlichen Gesamtwert des Betriebsvermögens den theoretischen Erkenntnissen anzugleichen, so daß auch den Erfordernissen des Fiskus und der Steuerpolitik entsprochen werden kann.

Zu Beginn unserer Untersuchung haben wir bereits festgestellt, daß jede Bewertung zweckgebunden ist und die Bewertung von dem zugrunde gelegten Zweck ausgehen muß. Die allgemeine Vermögensteuer — als laufende Vermögensteuer — will die Erträge treffen, die der Steuerpflichtige aus seinem Vermögen bezieht. Durch diese sogenannte nominelle Vermögensteuer sollen nur die Erträge, die aus dem fundierten Besitz des Steuerpflichtigen fließen, belastet werden, ohne die Vermögenssubstanz anzugreifen. Daher erfolgt auch die Besteuerung, von außerordentlichen Zeiten abgesehen, mit relativ niedrigen Steuersätzen. Wird die Erfassung der vollen Leistungsfähigkeit als Grundlage der Vermögensbesteuerung gefordert, wie dies bei der allgemeinen Vermögensteuer der Fall ist, so kann diese Forderung nur durch die Gesamtbewertung von Unternehmungen — im Sinne der Kapitalisierung des Reinerfolges — erfüllt werden²³⁶⁾, denn „das Vermögen einer Unternehmung ist gleichdimensional dem Wert der Unternehmung als Ganzes“²³⁷⁾.

²³⁴⁾ *Aufermann, E.*, Das Ende des Teilwertes, in „Die Aktuelle“, 2. Jg. (1948), Nr. 10/11, S. 410.

²³⁵⁾ „Schätzungswerte, Ertragswerte und Budwerte der Gesamtunternehmung werden in ihren Resultaten weit auseinandergehen; es wird dadurch bewiesen, daß ein bestimmter unter allen Umständen allein richtiger Wert einer Unternehmung sich niemals feststellen läßt. — *Gerstner, Paul*, Bilanz-Analyse, 10. Aufl., Berlin und Leipzig 1933, S. 353.

²³⁶⁾ Hierzu bemerkt *Huffmann, Carl-Heinz*, Die Vermögensbesteuerung des Unternehmens, a.a.O., S. 25, daß der Wert einer Kapitalanlage, und das sei eine Unternehmung, letzten Endes immer nur aus der Höhe seiner Verzinsung bestimmt werden könne. Außerdem werde die Forderung, den Wert des Gesamtunternehmens aus dem Ertrag zu berechnen, theoretisch noch von einem anderen

Fortsetzung von Fußnote 236) auf Seite 63

Diesem Ziele entsprechen aber die steuerlichen Bewertungsvorschriften für die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens in keinem Falle. Wenn auch das Bewertungsgesetz vom Grundsatz der Gesamtbewertung ausgeht und mit Hilfe der Vermögensaufstellung zu einem sogenannten Gesamtwert des Betriebsvermögens gelangt, so wird das Vermögen durch die bei der Bewertung erforderliche Auflösung in einzelne Teile in seiner „ertragsbildenden Kraft“²³⁸⁾ nicht erfaßt²³⁹⁾. Bewertet werden nur die konkret faßbaren einzelnen Wirtschaftsgüter der Unternehmung. Die innere Organisation, die sinnreiche Verbindung der einzelnen Vermögensteile untereinander, die die Unternehmung erst befähigt, Leistungen zu vollbringen und oftmals von ausschlaggebender Bedeutung für den Wert der Unternehmung ist, bleibt unberücksichtigt. Obwohl diese steuerliche Bewertungsart von der wirtschaftlichen Einheit ausgeht, hat sie, wie *Schulz*²⁴⁰⁾ es ausführt, „mit einer Gesamtbewertung nichts zu tun“.

Mit einer Gesamtbewertung unvereinbar wird vom theoretischen Standpunkt besonders die Ausscheidung der Grundstücke und Gebäude aus dem Betriebsverband und ihre gesonderte Bewertung angesehen²⁴¹⁾. So vertritt auch *Schmalenbach*²⁴²⁾ den Standpunkt, daß man ein Grundstück, das mit der Fabrik eng verbunden sei, nicht irgend einen Wert zumessen könne. So lange es in der Fabrik gebunden sei, könne das Grundstück keine eigenen Leistungen ausführen und besäße so lange auch keinen Wert. Daß es der Fabrikanlage im ganzen unentbehrlich und diese ohne Grundstück nicht zu denken sei, verleihe dem Grundstück ebenfalls keinen eigenen Wert, denn der Ertrag der Fabrik sei ein gemeinsamer, ungeteilter, auf die einzelnen Betriebsteile nicht aufteilbarer; und ebenso unteilbar sei der Wert. In diesem Zusammenhang kommt *Schnettler*²⁴³⁾ zu dem Ergebnis: „Scheidet man die Grundstücke aus dem Betriebsvermögen aus, dann ist der Weg der Berechnung des Ganzen mit Hilfe des Zukunftsertragswertes — der Weg, der bei Bewertung von Betriebsvermögen als Ganzes vielfach der einzig gangbare ist — unmöglich.“

Gesichtspunkt aus unterstützt. Da die Vermögensteuer als nominelle Vermögensteuer, nicht die Substanz, sondern den Ertrag der Substanz belasten wolle, folge steuerpolitisch, „daß der Wert dieser Vermögenssubstanz unter dem Gesichtspunkt zu ermitteln ist, welchen Ertrag sie abwirft.“

²³⁷⁾ *Mellerowicz, Konrad*, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Wertungslehre, a.a.O., S. 157.

²³⁸⁾ Ebenda S. 160.

²³⁹⁾ Auch *Aufermann, E.*, Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, a.a.O., S. 203, erscheint es schon sprachlich nicht unbedenklich, „dort von einem Gesamtwert zu sprechen, wo dieser Wert nur ein Teilvermögen und nicht ein Totalvermögen, d. h. das, was der Betrieb ‚vermag‘, vorstellt.“

²⁴⁰⁾ *Schulz, Max*, Wirtschaftliche Einheit und Gesamtbewertung, a.a.O., S. 241.

²⁴¹⁾ „Ganz unhaltbar aber scheint mir die Aussonderung der Grundstücke und Gebäude des Betriebes, um sie nach den Grundsätzen der Grundstücksbewertung zu behandeln.“ — *Schmidt, Fritz*, Die organische Tageswertbilanz, a.a.O., S. 342.

²⁴²⁾ *Schmalenbach, Eugen*, Die Werte von Anlagen und Unternehmungen in der Schätzungstechnik, a.a.O., S. 9.

²⁴³⁾ *Schnettler, Albert*, Der Grundsatz der Bewertungseinheit im Steuerrecht, a.a.O., S. 35.

Ähnlich, d. h. mit einer Gesamtbewertung unvereinbar, verhält es sich mit den immateriellen Werten des Betriebes, vor allem dem Geschäftswert oder Goodwill, der nach steuerrechtlicher Auffassung, von der Ausnahme des entgeltlich erworbenen Geschäftswertes abgesehen, in der Vermögensaufstellung keine Aufnahme finden darf. Wir wiesen bereits an anderer Stelle²⁴⁴⁾ darauf hin, daß durch eine Summation der Einzelwerte des Betriebsvermögens nicht alle Werte der betreffenden Unternehmung voll erfaßt werden können. Gerade die immateriellen Werte, „die für die Unternehmung von größtem Wert sind“²⁴⁵⁾, bleiben nach dem steuerrechtlichen Bewertungsverfahren außer Ansatz. Im Gegensatz zur steuerrechtlichen Auffassung steht Auler²⁴⁶⁾ auf dem Standpunkt, „daß der unentgeltliche Unternehmungsmehrwert bilanziert werden darf und muß. Nicht die Bilanzierung dieses Wertes führt, wie von manchen Seiten argumentiert wird, zu einer Willkür und falschen Darstellung der Vermögenslage, sondern die Nichtaufnahme in die Bilanz“²⁴⁷⁾. Wir können diesem Standpunkt insofern nicht uneingeschränkt folgen, als die Feststellung des unentgeltlichen Unternehmungsmehrwertes — des originären Goodwills — immer eine Kapitalisierung des durchschnittlichen Zukunftsertrages und die Inbeziehungsetzung des Ergebnisses mit dem Substanzwert vorausgesetzt, es sei denn, wie wir noch weiter unten ausführen werden, daß nur die kostenbedingten immateriellen Werte festgestellt werden sollen. Es muß dabei jedoch herausgestellt werden, daß der Substanzwert das Ergebnis einer Addition der Reproduktionskostenwerte der einzelnen Vermögensgegenstände eines Betriebes ist und diese Werte in den seltensten Fällen mit den entsprechenden Werten in der Vermögensaufstellung — nach der augenblicklichen Bewertungsart — übereinstimmen werden. Die Einsetzung eines Unternehmungsmehrwertes, der sich aus der Subtraktion von Reinertragswert und Substanzwert ergibt, in die steuerliche Vermögensaufstellung, wobei dieser Posten zu den bereits vorhandenen verschiedenartigsten Werten hinzugezählt werden müßte, würde u. E. die Darstellung des Vermögens und somit die Bemessungsgrundlage für die Vermögensteuer noch mehr verfälschen. Allerdings bleibt durch diese Ausführungen die Frage, ob der originäre Goodwill mit zur Vermögensbesteuerung herangezogen werden soll oder nicht, noch unberührt.

Nun müssen wir berücksichtigen, daß außer den objektiven Faktoren, die den Goodwill einer Unternehmung ausmachen, wie die Kundschaft, die günstige Stellung im Beschaffungs- und Absatzmarkt, vorteilhafte Produktionsverfahren u. v. a., es letzten Endes der Mensch, der Unternehmer ist, der den Goodwill der Unternehmung schafft und erhält. So können wir mit

²⁴⁴⁾ Vgl. S. 19 f.

²⁴⁵⁾ Mellerowicz, Konrad, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Wertungslehre, a.a.O., S. 162.

²⁴⁶⁾ Auler, Wilhelm, Der Unternehmungsmehr- und -minderwert in der Bilanz, a.a.O., S. 841.

²⁴⁷⁾ Dieser Auffassung stimmt auch Mehrmann, W., Die inneren Werte in der Vermögensteuer-Bilanz, in „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 3. Jg. (1926), S. 965, zu: „Eine unterschiedliche Behandlung der selbst geschaffenen und der entgeltlich erworbenen inneren Werte in der Vermögensteuerbilanz ist unbegründet.“

Grossmann²⁴⁸⁾ sagen: „Der Goodwill erscheint neben den zur Unternehmung gehörenden Sachen und Rechten als ein Komplex imponderabler Güter von vornehmlich arbeitsbedingter zusätzlicher Ertragskraft und selbständiger Unveräußerlichkeit.“ Bei verschiedenen Unternehmungen wird der Goodwill vornehmlich von der Unternehmerpersönlichkeit beeinflusst, und es ist durchaus möglich, daß bei einer Veräußerung der Unternehmung auch der Goodwill allmählich verschwindet. Daher wird auch die Auffassung vertreten, daß man die persönliche Leistungsfähigkeit, gemessen an ihrem Ertrage, nicht in den Gesamtwert der Unternehmung einbeziehen darf, da diese subjektiv bedingt sei und der Objektivität der Bewertung widerspräche.

Schmidt²⁴⁹⁾ mißt dem Satz: „Wert der Unternehmung ist gleich dem Ertragswert“ zwei Deutungen zu. Einmal ist es der Wert für den Inhaber selbst, bezogen auf den Bewertungsstichtag und errechnet aus dem vollen Ertrage, einschließlich des Mehrertrags aus der persönlichen Unternehmerleistung, zum anderen sei es der Wert einer Unternehmung für einen Neuerwerber, errechnet auf Grund des Gegenwarts- und Zukunftsertrages unter Ausscheidung der mit dem Besitzwechsel verschwindenden besonderen persönlichen Leistung des Verkäufers. Er folgert daraus: „Über den letzteren objektivierten Ertragswert sollte der wirtschaftliche Bilanz- und der Vermögensteuerwert nicht hinausgehen, andernfalls steckt in der Rechnung ein Wert für kapitalisierte persönliche Unternehmerleistung. Bezieht man diesen Ertragsteil in die Wertrechnung ein, so besagt der Gesamtwert des Abschlußtages, wieweit es dem Unternehmer gelungen ist, durch gute Leistungen seine Einzelvermögensteile über ihren Beschaffungswert zu heben. Dieser Wert hat zweifellos erhebliche Bedeutung für die Betriebsbesitzer, aber er unterliegt auch allen Schwankungen, denen der Ertrag der Unternehmung ausgesetzt ist. Er enthält in Gestalt der Differenz zwischen Reproduktions- und Gesamtertragswert den Ertragswert der Unternehmerperson, der nicht der Wert der Unternehmung sein kann.“

Wir zeigten bereits²⁵⁰⁾, daß man den Wert einer Unternehmung annähernd auch durch Summation der Einzelwerte im Sinne von Reproduktionskosten gewinnen kann, wenn man auch die Einarbeitungskosten und die kostenbedingten immateriellen Werte bei der Summation berücksichtigt, und daß dieser Wert auf die Dauer im Falle der vollständigen Konkurrenz mit dem Ertragswert übereinstimmen würde. Mellerowicz²⁵¹⁾ ist allerdings der Ansicht, daß diese Methoden, den Wert einer Unternehmung zu ermitteln, nicht richtig seien, denn sie wären keine natürlichen Methoden. „Sie sind immer noch korrigierte Summationen und wollen einen Organismus erfassen, dessen Bedeutung in seiner Leistung, seiner Ertragserzielung ruht.“

²⁴⁸⁾ Grossmann, Hermann, Steuerliche Wertkategorien, a.a.O., S. 667.

²⁴⁹⁾ Schmidt, Fritz, Die organische Tageswertbilanz, a.a.O., S. 335 f.

²⁵⁰⁾ Vgl. S. 24 f.

²⁵¹⁾ Mellerowicz, Konrad, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Wertungslehre, a.a.O., S. 153.

Die Entscheidung darüber, ob man den vollen Ertragswert, einschließlich der persönlichen Unternehmerleistung, oder den „objektivierten Ertragswert“, oder die korrigierte Summation der Einzelwerte der Vermögensbesteuerung zugrunde legen soll, hängt davon ab, ob man für die verschiedenen Steuerzwecke eine möglichst unveränderliche Besteuerungsgrundlage erhalten will oder ob man die volle Leistungsfähigkeit des Vermögens zu erfassen wünscht. Vor allen Dingen sind es steuerliche Vorgänge und fiskalische Erfordernisse, die den Gesetzgeber beeinflusst haben, an Stelle einer Gesamtbewertung eine Einzelbewertung der Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens einzuführen. Die gesonderte Bewertung, insbesondere der Betriebsgrundstücke und Gewerbeberechtigungen, geht darauf zurück, daß die für diese Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens festgestellten Einheitswerte nicht nur für die Vermögensbesteuerung, sondern auch gleichzeitig als Besteuerungsgrundlage für die Grund- und Gewerbesteuer dienen und der Gesetzgeber aus diesem Grunde an einer möglichst unveränderlichen Besteuerungsgrundlage interessiert ist²⁵²). Da die Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer) den Charakter einer Objektsteuer, die die einzelnen Gegenstände ohne Berücksichtigung des Betriebszusammenhangs erfassen soll, haben müssen, verfolgen sie andere Zwecke als die allgemeine Vermögensteuer. Daß der Gesetzgeber, wollte er mit einer Bewertungsart sowohl der Vermögensteuer als auch den Realsteuern gleichzeitig dienen, Kompromisse eingehen muß und somit zu nicht befriedigenden Ergebnissen gelangt, liegt in der Sache selbst begründet.

Will man die volle Leistungsfähigkeit des Unternehmens erfassen, so erscheint es uns richtig, auch die persönlichen Leistungen in die Bewertung mit einzubeziehen, denn erst die menschlichen Arbeits- und Geisteskräfte, sei es der Arbeiter, Angestellten oder Unternehmer, verbinden die einzelnen toten Betriebs- und Anlagegegenstände zu einem lebenden, leistungsfähigen Organismus. Nur durch eine organische Verbundenheit aller Teile wird der wirtschaftliche Zweck erfüllt. Da alles wirtschaftliche Handeln auf Willensakten des Menschen zurückzuführen ist, wird auch der Ertrag und damit der Wert einer Unternehmung Veränderungen unterworfen sein, die sich dem Konjunkturverlauf des Wirtschaftslebens anpassen. Durch Berücksichtigung aller dieser Umstände könnte die Leistungsfähigkeit größerer Vermögensmassen besser erfaßt werden, während kleinere Unternehmungen, je nach ihrer Leistungsfähigkeit, einer gerechteren Besteuerung unterliegen würden. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß der Staat in der heutigen Zeit, wegen der hohen finanziellen Anforderungen, die an ihn gestellt werden, nicht immer dem Gerechtigkeitsideal in der Besteuerung voll entsprechen kann. So bemerkt auch *Terhalle*²⁵³): „Die Gerechtigkeitsforderungen konkurrieren mit anderen steuerpolitischen Forderungen . . . schon weil die Besteuerung heute

²⁵²) *Schulz, Max*, Wirtschaftliche Einheit und Gesamtbewertung, a.a.O., S. 242, schreibt zu diesem Problem: „Solange als Realsteuern erhoben werden — und gute Gründe scheinen für ihre Beibehaltung zu sprechen — wird das Streben der daran Beteiligten immer darauf gerichtet sein, eine möglichst unveränderliche Besteuerungsgrundlage zu erhalten.“

²⁵³) *Terhalle, Fritz*, Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden, Berlin 1948, S. 163.

dem Staat den Großteil der Mittel zum Leben bringen muß, kann die Gerechtigkeitsforderung nur eine neben anderen steuerpolitischen Zielsetzungen sein, möglicherweise nicht einmal die erste.“

II. Möglichkeiten für eine Reform des Bewertungsrechts.

Aus dem bisher Gesagten können wir, um zu besseren und theoretisch richtigen Werten und damit zu einer richtigeren Bemessungsgrundlage für die Vermögensteuer zu kommen, folgende Schlußfolgerungen ziehen.

Die erste Reform des Bewertungsgesetzes müßte schon bei der Festlegung eindeutiger und klarer Bewertungsvorschriften einsetzen und die augenblicklichen verschiedenartigen gesetzlichen Termini, wie gemeiner Wert, Teilwert, Weilsches Verfahren, Stuttgarter Verfahren usw. auf ein Mindestmaß reduzieren. Als Endziel der Bewertung des Betriebsvermögens müssen wir die Bewertung der einzelnen zu einem gewerblichen Betrieb gehörenden Vermögensgegenstände zum Reproduktionskostenwert am Bewertungsstichtag herausstellen, wobei die kostenbedingten immateriellen Werte, wie wir bereits weiter oben ausgeführt haben, noch hinzugezählt werden müßten. Dabei würde dann dieser vervollständigte Reproduktionswert, unter der Voraussetzung einer vollständigen Konkurrenz, auf die Dauer mit dem theoretisch richtigen Reinertragswert übereinstimmen. Diejenigen Betriebsteile, für die kein Reproduktionskostenwert ermittelt werden kann, wie z. B. der Grund und Boden, müßten mit dem Tageswert (Verkaufspreis) am Bewertungsstichtag von ähnlichen und vergleichbaren Teilen (Grundstücke) in Ansatz gebracht werden. Von dem so ermittelten Bruttoreproduktionskostenwert wären nun noch die Schulden abzusetzen, um zu einer Bewertungsgrundlage für die Vermögensteuer zu gelangen. *Mellerowicz*²⁵⁴⁾ weist darauf hin, daß eine konsequente Durchführung des Tageswertes in der Bilanz recht schwierig sei, nicht so sehr für das Umlaufvermögen wie für das Anlagevermögen. Die Bewertung der Anlagegüter sei „vom freien Ermessen nicht unabhängig, da die Reproduktionskosten nicht immer einwandfrei festgestellt werden können, insbesondere, wenn es sich um besonders hergestellte bzw. herzustellende Spezialmaschinen handelt“. Trotz dieser Schwierigkeiten, die ja auch in mannigfacher Weise bei der augenblicklichen steuerlichen Bewertungsart auftreten, würde man doch zu besseren und richtigeren Werten für das Betriebsvermögen kommen, als dies bei der Bewertung nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes der Fall ist.

Es bliebe nun noch zu untersuchen, ob es eventuell ratsam wäre, auch für die Vermögensteuer, den nach betriebswirtschaftlich-theoretischen Gesichtspunkten richtigen Reinertragswert, wie wir ihn im Abschnitt „Die Bewertung des Betriebes als Ganzes“²⁵⁵⁾ behandelt haben, als Bemessungsgrundlage anzuwenden. Wie wir bereits an anderer Stelle ausgeführt haben, muß man bei jeder Bewertung sich immer den Zweck vor Augen halten. Soll ein Betrieb

²⁵⁴⁾ *Mellerowicz, Konrad*, Wert und Wertung im Betrieb, a.a.O., S. 70.

²⁵⁵⁾ Siehe S. 18 ff.

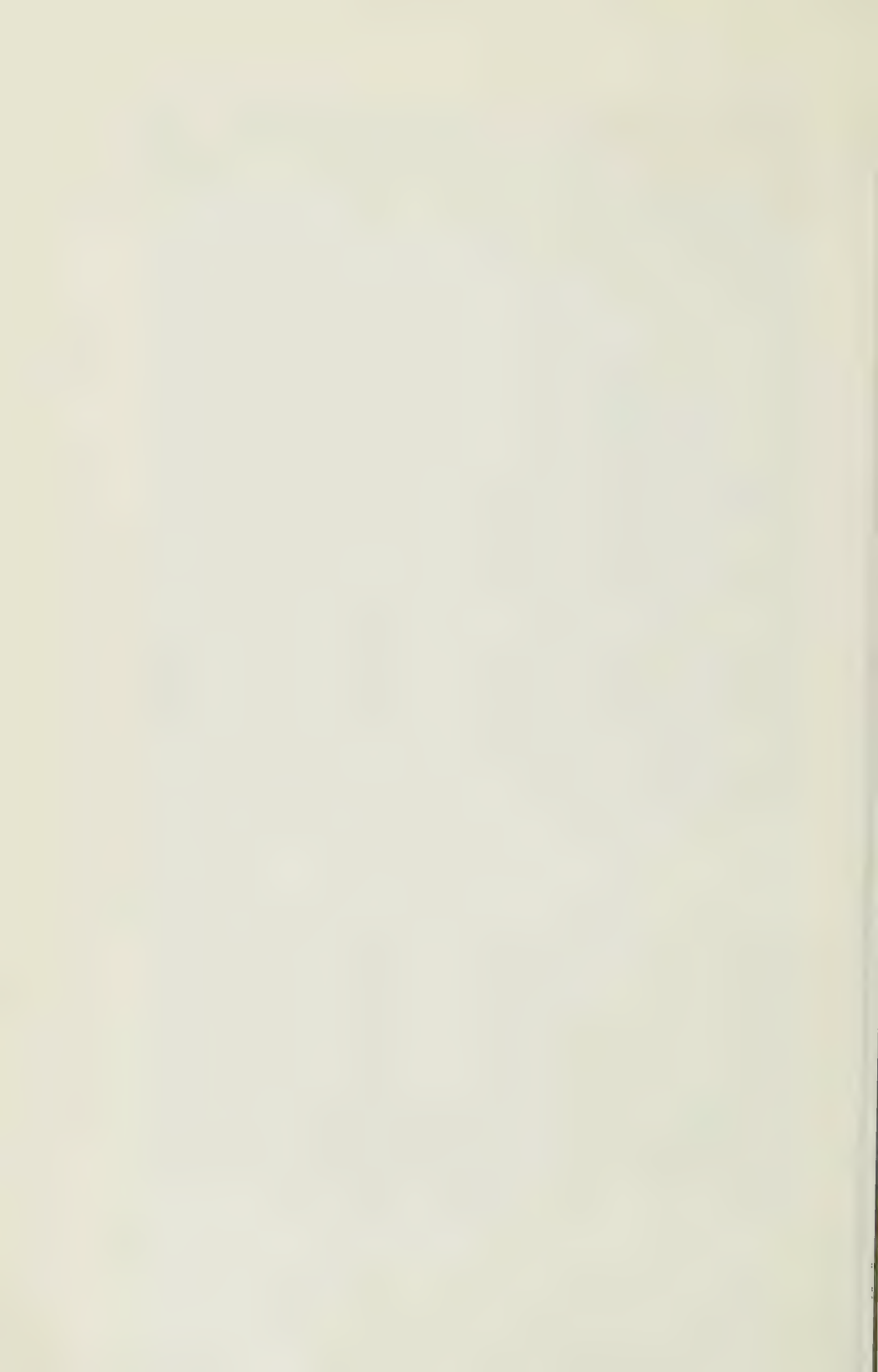
oder eine Unternehmung zum Zwecke der Veräußerung, unter Berücksichtigung des Fortbestandes dieses Betriebes oder dieser Unternehmung, bewertet werden, so kann dies nur unter Berücksichtigung der zukünftigen Ertragsaussichten geschehen, wobei durchaus gerechtfertigt erscheint, diejenigen Ertragsteile, die auf eine persönliche Unternehmerleistung zurückzuführen sind, auszuscheiden, da sie dem neuen Erwerber nicht mehr zur Verfügung stehen. Wird dagegen der Betrieb oder die Unternehmung zum Zwecke der Gewinnung einer Besteuerungsgrundlage für die Vermögensteuer bewertet, so steht u. E. einer Erfassung der vollen Leistungsfähigkeit des Unternehmens nichts im Wege. Dies ist für Zwecke der Vermögensbesteuerung umso eher möglich, als man bei der Gesamtbewertung durch Kapitalisierung des Reinerfolges nur die Ertragsaussichten für die kommenden 3 Jahre, entsprechend dem Vermögensteuer-Veranlagungszeitraum, berücksichtigen müßte. Problematisch bliebe nur die Festsetzung der Kapitalisierungsfaktoren für die einzelnen Industriegebiete, -zweige und -gruppen. Aber auch hier könnte man zu befriedigenden Ergebnissen gelangen, wenn die regionalen Interessenverbände der gewerblichen Wirtschaft mit den Finanzbehörden bei der Festsetzung der Kapitalisierungsfaktoren, unter Erwägung aller gegebenen Umstände, zusammenarbeiten würden. Eine Möglichkeit in dieser Richtung, die hier nur angedeutet werden soll, bestünde in der Bildung von Bewertungsbeiräten, ähnlich wie bei der Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, deren Aufgabe es wäre, zutreffende Kapitalisierungsfaktoren zu ermitteln und festzusetzen.

Wenn auch die zuletzt gezeigte Methode einige Vorzüge aufweist, so ist sie doch mit verschiedenen Unsicherheitsfaktoren (Ermittlung des zutreffenden Kapitalisierungsfaktors) verknüpft und sachlich problematisch²⁵⁶⁾. Vor allen Dingen würden Bewertungsschwierigkeiten bei Unternehmen auftreten, die nachhaltig keinen Reinertrag erzielen, trotzdem aber einen Vermögenswert darstellen, der zur Vermögensbesteuerung herangezogen werden muß. Außerdem ist noch zu beachten, daß die nicht betriebsnotwendigen Güter durch die Reinertragsbewertung unberücksichtigt bleiben, da sie nicht in Erscheinung treten. Gegebenenfalls müßte dann das nicht betriebsnotwendige Vermögen mit dem Veräußerungswert am Bewertungssichttag gesondert bewertet werden.

²⁵⁶⁾ Jonas, H., Zur gutachtlichen Methodik bei der Unternehmungsbewertung, in „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 25. Jg. (1955), Nr. 5, S. 280, ist in diesem Zusammenhang der Ansicht, daß die sachlichen Schwierigkeiten, die einer konsequenten Anwendung des Ertragswertgedankens gegenüberstehen, überschätzt würden. Er führt weiter aus: „Eine Ertragswertschätzung ist ihrem Wesen nach nicht unsicherer als die Ermittlung des Sachwertes. Mit diesem Argument kann die Heranziehung des Ertragswertes nicht abgelehnt werden. Wenn die Anwendung des Ertragswertgedankens auf Schwierigkeiten stößt, so deswegen, weil es in der Praxis an einer klaren und eindeutigen Methodik fehlt: Unsicherheit über die Größen, von denen auszugehen ist; Nichtbeachtung des Prinzips der Periodengerechtigkeit; unzulässige Ausdehnung des Gutachtens und Abweichen auf Nebenwege; unklare Methoden der Zukunftsschätzung; mangelhafte Begründung der Ergebnisse; das sind die eigentlichen Ursachen für die mangelnde Anwendung des Ertragswertprinzips. Bei Anwendung einer geeigneten Methode wird es aber ohne Zweifel möglich sein, auch dem, was in der Theorie als richtig erkannt wurde, in der Praxis Geltung zu verschaffen.“

Es ist offensichtlich, daß der Wert des nach der gezeigten Methode bewerteten Betriebsvermögens von Bewertungsperiode zu Bewertungsperiode, je nach der allgemeinen Wirtschaftslage, größeren Schwankungen ausgesetzt wäre, als es bei den augenblicklich relativ starren Einheitswerten der Fall ist. Für die Zwecke der Grundsteuer müßten gesonderte Bewertungen durchgeführt werden, da eine Koppelung der Bewertungsgrundlage gleichzeitig für die Vermögen- und Grundsteuer nicht mehr möglich wäre, denn die Betriebsgrundstücke würden nicht gesondert in Erscheinung treten. Ob dem Fiskus mit solch einer variablen Besteuerungsgrundlage für die Zwecke der Vermögensbesteuerung gedient ist, muß der Entscheidung der Steuerpolitik vorbehalten werden. Unsere Aufgabe war es, das steuerliche Bewertungsverfahren vom wirtschaftswissenschaftlich theoretischen Standpunkt zu untersuchen und aus dieser Untersuchung heraus zu versuchen, einen Bewertungsweg zu zeigen, der der theoretischen Auffassung mehr entspricht, als es der augenblickliche steuergesetzlich einzuschlagende Weg zur Ermittlung des Gesamtwertes bzw. des Einheitswertes des Betriebsvermögens mit seinen verschiedenartigsten Werten tut. Daß man bei der Ermittlung der Einheitswerte nach den bestehenden Gesetzesvorschriften zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis gelangt, wird auch von *Terhalle*²⁵⁷⁾ kritisiert, dessen Auffassung wir zum Abschluß wiedergeben wollen: „Wie unvollkommen die tatsächlich verwandten Werte als Steuerbemessungsgrundlage trotz jahrzehntelangen Bemühens der Praxis immer noch sind, zeigt nicht in letzter Linie die Tatsache, daß die amtlich festgestellten ‚Einheitswerte‘ fast immer mehr oder minder stark von den wirklichen Werten abweichen. Solange es nur um eine laufende Besteuerung geht, ist das wohl noch einigermaßen erträglich. Es ist aber sehr bedenklich, wenn es sich um einmalige, d. h. in der Regel in die Substanz greifende Abgaben handelt, vorzüglich in Zeiten der Umwandlung aller materiellen Werte.“

²⁵⁷⁾ *Terhalle, Fritz*, Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden, a.a.O., S. 213.



LITERATURVERZEICHNIS

1. *Aufermann, E.*,
Der Geschäftswert in der Vermögensteuerbilanz, in „Die Aktuelle“, 1. Jg. (1947), Nr. 3.
2. *Aufermann, E.*,
Das Ende des Teilwertes, in „Die Aktuelle“, 2. Jg. (1948), Nr. 10/11.
3. *Aufermann, E.*,
Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, in „Die Handelshochschule“, Wiesbaden 1950/51.
4. *Auler, Wilhelm*,
Der Unternehmungsmehr- und -minderwert in der Bilanz, in „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 4. Jg. (1927).
5. *Back, Josef*,
Der Streit um die nationalökonomische Wertlehre, Jena 1927.
6. *Baum, Willy*,
Gemeiner Wert und Ertragswert in den neueren Vermögensteuergesetzen, Erlangen, Phil. Diss. vom 3. Juni 1924 (Maschinenschrift).
7. *Beuck, W.*,
Bewertungsgrundsätze und Bewertungsbeispiele für das gewerbliche Betriebsvermögen, 2. Aufl., Berlin 1937.
8. *Bilimovic, Alexander*,
Die Preis- und Wertlehre, in „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart“, 2. Band, Wien 1932.
9. *Blindow, Johannes*,
Die neue Einheitsbewertung des bebauten Grundbesitzes, in „Steuer und Wirtschaft“, 28. Jg. (1951).
10. *von Böhm-Bawerk, Eugen*,
Kapital und Kapitalzins, Zweite Abteilung, Positive Theorie des Kapitals, I. und II. Band (Exkurse), 4. Aufl., Jena 1921.
11. *von Böhm-Bawerk, Eugen*,
Wert, in „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, 4. Aufl., 8. Band, Jena 1928.
12. *Boesler, Felix*,
Ertragswert und gemeiner Wert in der deutschen Vermögensbesteuerung, Probleme des Geld- und Finanzwesens, III. Band, Leipzig 1925.
13. *Boll, Albert*,
Das Wertproblem im Deutschen Reichssteuerrecht, Mannheim, Diss. vom 27. Dezember 1933, Wertheim am Main 1933.
14. *Broda, Ernst*,
Die Lösungen des Zurechnungsproblems, in „Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung“, 20. Jg. (1911).
15. *Bühler, Ottmar*,
Lehrbuch des Steuerrechts, 1. Band, Berlin 1927.
16. *Bühler, Ottmar*,
Soll der Teilwert verschwinden? Eine Betrachtung zur Lage nach der Steuerreform, in „Der Betriebs-Berater“, 3. Jg. (1948), Heft 15.
17. *Bühler, Ottmar*,
Steuerrecht, in „Die Handelshochschule“, Wiesbaden 1950.

18. *Bühler, Ottmar*,
Bilanz und Steuer, 4. Aufl., Berlin und Frankfurt a. M. 1950.
19. *Burkhardt, E.*,
Einheitswert und Firmenwert gewerblicher Betriebe, in „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 3. Jg. (1926).
20. *Bussmann, Walter*,
Vermögensabgabe, Vermögenszuwachsabgabe und Einheitsbewertung von Fabrikgrundstücken, in „Der Rechts- und Steuerdienst“, Heft 6, Zur neuen Einheitsbewertung, Köln 1948.
21. *Cassel, Gustav*,
Theoretische Sozialökonomie, 2. Aufl., Leipzig 1921.
22. *Dickenether, Karl*,
Bewertungsprobleme und andere Fragen zur kommenden Einheitsbewertung, in „Steuer und Wirtschaft“, 24. Jg. (1947), Nr. 5.
23. *Diehl, Karl*,
Theoretische Nationalökonomie, 3. Band, Jena 1927.
24. *Diehl, Karl*,
Wert und Werttheorie, in „Wörterbuch der Volkswirtschaft“, 4. Aufl., 3. Band, Jena 1933.
25. *Diehl, Karl*,
Zurechnung und Zurechnungstheorie, in „Wörterbuch der Volkswirtschaft“, 4. Aufl., 3. Band, Jena 1933.
26. *Ellinger, Ludwig*,
Die Wertmaßstäbe des Steuerrechts, in „Wirtschafts-Zeitung“, Stuttgart, vom 10. Januar 1947, Nr. 2.
27. *Ellinger, Ludwig*,
Gedanken zur Einheitsbewertung und ihrer Durchführung, in „Steuer und Wirtschaft“, 24. Jg. (1947), Nr. 1/2.
28. *Ellinger, Ludwig*,
Einheitsbewertung bebauter Grundstücke, in „Wirtschafts-Zeitung“, Stuttgart, vom 28. März 1947, Nr. 13.
29. *Ellinger, Ludwig*,
Die Bewertung des Betriebsvermögens, in „Steuer und Wirtschaft“, 24. Jg. (1947), Nr. 5.
30. *Ellinger, Ludwig*,
Der Begriff des Teilwertes, in „Wirtschafts-Zeitung“, Stuttgart, vom 7. November 1947, Nr. 45.
31. *Ellinger, Ludwig*,
Einheitliche Einheitsbewertung, in „Der Rechts- und Steuerdienst“, Heft 6, Zur neuen Einheitsbewertung, Köln 1948.
32. *Ellinger, Ludwig*,
Einheitswerte und Lastenausgleich, in „Deutsche Zeitung und Wirtschafts-Zeitung“, Stuttgart, vom 14. Oktober 1950, Nr. 82.
33. *Engländer, Oskar*,
Wertlehre, in „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart“, 2. Band, Wien 1932.
34. *Frank, Erich*,
Grundsätze und Grenzen der steuerlichen Schätzung, Berlin 1938.
35. *Frank, Erich*,
Vermögensteuer 1946 und Einheitsbewertung, Schriftenreihe Haus und Wohnung, Schrift 1, Berlin ohne Jahresangabe.
36. *Fritz, J.*,
Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, in „Die Handelshochschule“, 4. Band, Berlin und Wien ohne Jahresangabe.

37. *Fuisting*,
Begriff und Bemessungsgrundlage des gemeinen Wertes im Sinne des Preußischen Ergänzungsteuergesetzes, in „Deutsche Juristen-Zeitung“, 4. Jg. (1899), Nr. 2.
38. *Funk, Hartmut*,
Zur Entwicklung des steuerrechtlichen Begriffs des gemeinen Werts in Preußen, Gießen, Jur. Diss. vom 15. März 1924 (Maschinenschrift).
39. *Gerstner, Paul*,
Bilanz-Analyse, 10. Aufl., Berlin und Leipzig 1933.
40. *Godenrath, Wilhelm*,
Die Mineralgewinnungsrechte im Reichsbewertungsrecht, in „Finanz-Rundschau“, 6. Jg. (1951), Nr. 10.
41. *Graff, Wilhelm*,
Einheitsbewertung der Mietwohngrundstücke und der gemischt genutzten Grundstücke, in „Steuer und Wirtschaft“, 28. Jg. (1951), Nr. 4.
42. *Graeff, Max*,
Wertbegriffe und Wertermittlungsgrundsätze im Reichs-, Privat- und Vermögensteuerrecht, Gießen, Jur. Diss. vom 5. März 1923 (Maschinenschrift).
43. *Gramespacher, Fritz*,
Der nationalökonomische Wert, insbesondere die subjektive Werttheorie und der steuerliche Wert der deutschen Steuergesetze, Freiburg i. B., Rechts- und staatswiss. Diss. vom 6. Dezember 1923.
44. *Grossmann, Hermann*,
Beziehungen zwischen gemeinem Wert, Ertragswert, Kostenwert und Buchwert, in „Finanz-Archiv“, 46. Jg. (1929).
45. *Grossmann, Hermann*,
Steuerliche Wertkategorien, Sonderdruck aus: „Vierteljahresschrift für Steuer- und Finanzrecht“, Heft IV, 1929, Berlin 1929.
46. *Grossmann, Hermann*,
Die Ermittlung des Geschäftswertes, in „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 13. Jg. (1936), Heft 2.
47. *Gürsching*,
Verhältnis des allgemeinen Teils zum besonderen Teil des Reichsbewertungsgesetzes, in „Deutsche Steuerzeitung“, 24. Jg. (1935), Nr. 41.
48. *Haefner, W.*,
Die wirtschaftliche Einheit als Bewertungseinheit, in „Deutsche Steuer-Zeitung“, 24. Jg. (1935), Nr. 41.
49. *Hanisch, Horst*,
Die Entwicklung der Wertbegriffe im modernen deutschen Steuerrecht, Berlin, Diss. vom 4. Mai 1934, Berlin 1934.
50. *Hass, Carl*,
Die Einheitsbewertung der bebauten Grundstücke, in „Steuer und Wirtschaft“, 27. Jg. (1950), Nr. 2/3.
51. *Hauser, Fritz*,
Der Einheitswert im Sinne des Reichsbewertungsgesetzes vom Standpunkt der Unternehmung aus gesehen, Mannheim, Diss., Wertheim am Main 1933.
52. *Haußmann - Höpker - Rosendorff*,
Die steuerliche Bewertung des Vermögens, Berlin 1922.
53. *Hax, Karl*,
Die Gesamtbewertung von Unternehmungen, in „Betriebswirtschaftliche Beiträge“, 2. Lieferung, Bremen-Horn, Hamburg und Hannover-Döhren 1948.

54. *Heideck, Erich*,
Die Schätzung von Grundstücken und Fabrikanlagen, Berlin 1935.
55. *Helpenstein, Franz*,
Wirtschaftliche und steuerliche Erfolgsbilanz, Berlin 1932.
56. *Helpenstein, Franz*,
Die Bewertung des Betriebsvermögens nach dem neuen Reichsbewertungsgesetz, Berlin 1936.
57. *Hensel, Albert*,
Steuerrecht, 2. Aufl., Berlin 1927.
58. *Hoffmann, Fritz*,
Zum Teilwertbegriff, in „Steuer und Wirtschaft“, 24. Jg. (1947), Nr. 6/7.
59. *Homann*,
Die verschiedenen Bewertungsmöglichkeiten, in „Der Rechts- und Steuerdienst“, Heft 6, Zur neuen Einheitsbewertung, Köln 1948.
60. *Horn, H.*,
Tendenzen zur Aussonderung von Vermögenswertänderungen in Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftspraxis und Steuerrecht, Berlin 1931.
61. *Huffmann, Carl-Heinz*,
Die Vermögensbesteuerung des Unternehmens, Berlin 1925.
62. *Husemann, Heinrich*,
Ermittlung des Ertragswertes von Unternehmungen, in „Der Betrieb“, 4. Jg. (1951), Nr. 8.
63. *Isaac, Alfred*,
Bilanzen, in „Die Handelshochschule“, Band 1, Berlin und Wien ohne Jahresangabe.
64. *Jacob, Herbert*,
Die Methoden zur Ermittlung des Gesamtwertes einer Unternehmung, in „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 30. Jg. (1960), Nr. 3 und 4.
65. *Jevons, Stanley W.*,
Die Theorie der Politischen Ökonomie, 4. Aufl., London 1911, deutsch von Otto Weinberger, Jena 1924.
66. *Jonas, H.*,
Zur gutachtlichen Methodik bei der Unternehmungsbewertung, in „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 25. Jg. (1955), Nr. 5.
67. *Jüngling, Hanns*,
Der Ertragswert des Reichssteuerrechts in wirtschaftlicher Kritik, Nürnberg, Diss. vom 17. Mai 1933, Wertheim a. M. 1935.
68. *Jüngling, Hanns*,
Der Teilwert im Rahmen der steuerlichen Wertbegriffe, in „Steuer und Wirtschaft“, 24. Jg. (1947), Nr. 8.
69. *Kaiser, Hans*,
Bewertung und Wertproblem — eine kritische Untersuchung, Tübingen, Rechts- u. wirtschaftswiss. Diss. vom 22. Februar 1946 (Maschinenschrift).
70. *Kalinoff, Dimitri*,
David Ricardo und die Grenzwerttheorie, in „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, Ergänzungsheft 22, Tübingen 1907.
71. *Kaulla, Rudolf*,
Die geschichtliche Entwicklung der modernen Werttheorien, Tübingen 1906.
72. *Kimmel, J.*,
Der Wertbegriff in der neueren betriebswirtschaftlichen Literatur, Jena, Rechts- u. wirtschaftswiss. Diss. vom 12. Februar 1932, Würzburg 1932.

73. *von Kleinwächter, Friedrich*,
Die Lehre vom Grenznutzen und das sogenannte Zurechnungsproblem der Wiener nationalökonomischen Schule, in „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“, 114. Band, III. Folge, 59. Band, Jena 1920.
74. *Knight, F. H.*,
Das Wertproblem in der Wirtschaftstheorie, in „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart“, 2. Band, Wien 1932.
75. *Köhler, Wilhelm*,
Die wirtschaftliche Einheit als Bewertungseinheit im Steuerrecht, Heidelberg, Jur. Diss. vom 1. März 1940, Philippsburg (Baden) 1940.
76. *Kovero, Ilmari*,
Die Bewertung der Vermögensgegenstände, Berlin 1912.
77. *Krekeler, Otto*,
Reichsbewertungsgesetz, Kommentar, 4. Aufl., Berlin 1939.
78. *Krekeler*,
Ermittlung des gemeinen Werts von unnotierten Aktien, GmbH-Anteilen und Genußscheinen und das Verfahren bei der Einheitsbewertung auf den 1. Januar 1935, in „Deutsche Steuer-Zeitung“, 24. Jg. (1935), Nr. 51/52.
79. *Krönke, H.*,
Reproduktionswert, Ertragswert und Gesamtwert der Unternehmung, in „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 21. Jg. (1951), Nr. 3.
80. *Kühne, W.*,
Bedeutung, Ziele und Methoden der Einheitsbewertung des Grundvermögens, in „Deutsche Steuer-Zeitung“, 24. Jg. (1935), Nr. 8.
81. *Kühne, W.*,
Abweichung des neuen Reichsbewertungsgesetzes vom alten Reichsbewertungsgesetz, in „Deutsche Steuer-Zeitung“, 24. Jg. (1935), Nr. 39.
82. *Kühne, W.*,
Geschichte und Bedeutung der Vermögensbesteuerung und Einheitsbewertung, in „Deutsche Steuer-Zeitung“, 24. Jg. (1935), Nr. 39.
83. *Lantau, Karl-Heinz*,
Der Einheitswert der Mietwohngrundstücke und der gemischt genutzten Grundstücke, in „Steuer und Wirtschaft“, 26. Jg. (1949), Nr. 1/2.
84. *Lehmann, M. R.*,
Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Leipzig 1918.
85. *Lexis, W.*,
Grenznutzen, in „Wörterbuch der Volkswirtschaft“, 1. Band, 3. Aufl., Jena 1911.
86. *Lexis, W.*,
Wert, in „Wörterbuch der Volkswirtschaft“, 2. Band, 3. Aufl., Jena 1911.
87. *Linhardt, H.*,
Die Begründung des Wertes aus dem System der Wirtschaftseinheit, in „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 25. Jg. (1955), Nr. 6.
88. *Lion, Max*,
Die Vermögensteuer auf dem Geschäftswert, in „Vierteljahresschrift für Steuer- und Finanzrecht“, 1. Jg. (1927).
89. *Lion, Max*,
Wahre Bilanzen, Berlin 1927.
90. *Lion, Max*,
Das Bilanzsteuerrecht, 2. Aufl., Berlin 1930.

91. *Marshall, Alfred*,
Handbuch der Volkswirtschaftslehre, deutsch von Hugo Ephraim
und Arthur Salz, 1. Band, Stuttgart und Berlin 1905.
92. *Marx, August*,
Der Wert in der Betriebswirtschaft, in „Zeitschrift für Betriebswirt-
schaft“, 28. Jg. (1958), Nr. 2.
93. *Masci, Guglielmo*,
Die wesentlichen Bestimmungsgründe des Tauschwertes, in „Die Wirt-
schaftstheorie der Gegenwart“, 2. Band, Wien 1932.
94. *Mauthner, Fritz*,
Wörterbuch der Philosophie, 2. Band, München und Leipzig 1910.
95. *Mayer, Hans*,
Zurechnung, in „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, 8. Band,
4. Aufl., Jena 1928.
96. *Mehrmann, W.*,
Die inneren Werte in der Vermögensteuer-Bilanz, in „Zeitschrift für
Betriebswirtschaft“, 3. Jg. (1926).
97. *Mellerowicz, Konrad*,
Grundlagen betriebswirtschaftlicher Wertungslehre, Berlin 1926.
98. *Mellerowicz, Konrad*,
Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 5. Aufl., Berlin 1947.
99. *Mellerowicz, Konrad*,
Wert und Wertung im Betrieb, Essen 1952.
100. *Mellerowicz, Konrad*,
Der Wert der Unternehmung als Ganzes, Essen 1952.
101. *Menger, Carl*,
Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Wien 1871.
102. *Metz, Matthias*,
Das Deutsche Steuerrecht, Band I, Allgemeines Steuerrecht, Stutt-
gart 1948.
103. *Mohr, Heinz*,
Bilanz und immaterielle Werte, Berlin und Wien 1927.
104. *Mohr, Heinz*,
Einheitswert und Firmenwert gewerblicher Betriebe, in „Zeitschrift
für Betriebswirtschaft“, 4. Jg. (1927).
105. *Moll, Bruno*,
Zur Geschichte der Vermögenssteuern, Leipzig 1911.
106. *Moral, Felix*,
Die Abschätzung des Wertes industrieller Unternehmungen, 2. Aufl.,
Berlin 1923.
107. *Most, Otto*,
Gemeiner Wert, in „Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften“,
3. Band, Jena 1922.
108. *Münstermann, Hans*,
Der Gesamtwert des Betriebes, in „Schweizerische Zeitschrift für
kaufmännisches Bildungswesen“, 46. Jg. (1952).
109. *Münstermann, Hans*,
Der Veräußerungspreis des Betriebes, in „Schweizerische Zeitschrift
für kaufmännisches Bildungswesen“, 47. Jg. (1953).
110. *Muhs, Karl*,
Allgemeine Volkswirtschaftslehre, in „Die Handelshochschule“, Wies-
baden 1950/51.
111. *von Nell-Breuning, O.*,
Wert, in „Staatslexikon“, 5. Band, 5. Aufl., Freiburg im Breisgau 1932.

112. *Nickelisch, H.*,
Wirtschaftliche Betriebslehre, 6. Aufl., Stuttgart 1922.
113. *Nickelisch, H.*,
Wert, in „Handwörterbuch der Betriebswirtschaft“, 5. Band, Stuttgart 1928.
114. *Nickelisch, H.*,
Wert, wirtschaftlicher Wert, Bilanzwert, in „Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis“, 21. Jg. (1928), Heft 8.
115. *Nickelisch, H.*,
Die Betriebswirtschaft, 7. Aufl., (Wirtschaftliche Betriebslehre), Stuttgart 1932.
116. *Osbahr, Wilhelm*,
Die Bilanz vom Standpunkt der Unternehmung, 3. Aufl., Berlin und Leipzig 1923.
117. *Peter, Hans*,
Wert und Preis, Bad Oynhausen 1948.
118. *Polak, N. J.*,
Bewertungs- und Bilanzprobleme, in „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 3. Jg. (1926).
119. *Reinhardt*,
Buchführung, Bilanz und Steuer, Berlin 1936.
120. *Ricardo, David*,
Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung, deutsch von Heinrich Waentig, 2. Aufl., Jena 1921.
121. *Ricardo, David*,
Wert, Rente, Lohn und Profit, Sozialökonomische Texte, Frankfurt a. M. 1946.
122. *Riebesell, Paul*,
Nochmals der Einheitswert der Mietwohngrundstücke und der gemischt genutzten Grundstücke, in „Steuer und Wirtschaft“ 26. Jg. (1949), Nr. 6.
123. *Rieger, W.*,
Einführung in die Privatwirtschaftslehre, Nürnberg 1928
124. *Ritschl, Hans*,
Theoretische Volkswirtschaftslehre, 2. Band, Tübingen 1948.
125. *Roche-Agussol, M.*,
Die Werttheorie, in „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart“, 2. Band, Wien 1932.
126. *Rössler, R.*,
Die künftige Gestaltung der Einheitsbewertung, in „Wirtschaftlich führen — Wirtschaftlich investieren“, Berlin 1960.
127. *Rosenstein-Rodan, P. N.*,
Grenznutzen, in „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, 4. Band, 4. Aufl., Jena 1927.
128. *von Ruckteschell, I. und Weisse, G.*,
Die Reform der Einheitsbewertung des Betriebs- und Grundvermögens, Schriftenreihe des Instituts „Finanzen und Steuern“, Heft 45, Bonn 1956.
129. *Schade, Gerhard*,
Gemeiner Wert und Ertragswert, Mannheim, Berlin und Leipzig 1919.
130. *Schlüter, Karl*,
Überblick über das Reichsbewertungsgesetz v. 16. 10. 1934, in „Der Rechts- und Steuerdienst“, Heft 1, Zur Reichsbewertung und Vermögensteuer, Köln 1947.

131. *Schmalenbach, Eugen*,
Kapitalisierung des Geschäftsertrages, in „Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung“, 7. Jg. (1913).
132. *Schmalenbach, Eugen*,
Die Werte von Anlagen und Unternehmungen in der Schätzungs-
technik, in „Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung“, 12. Jg.
(1918).
133. *Schmalenbach, Eugen*,
Theoretische Studie über den gemeinen Wert, in „Zeitschrift für
handelswissenschaftliche Forschung“, 12. Jg. (1918).
134. *Schmalenbach, Eugen*,
Finanzierungen, 3. Aufl., Leipzig 1922.
135. *Schmalenbach, Eugen*,
Goldmarkbilanz, 2. Aufl., Berlin 1923.
136. *Schmalenbach, Eugen*,
Dynamische Bilanz, 8. Aufl., Bremen-Horn, Hamburg und Hannover-
Döhren 1946.
137. *Schmalenbach, Eugen*,
Preziale Wirtschaftslenkung, Band 1, Die optimale Geltungszahl,
Bremen-Horn 1947.
138. *Schmalenbach, Eugen*,
Die Beteiligungsfinanzierung, 7. Aufl., Köln und Opladen 1949.
139. *Schmaltz, Kurt*,
Bewertungslehre, in „Handwörterbuch der Betriebswirtschaft“,
1. Band, Stuttgart 1926.
140. *Schmidt, Fritz*,
Bilanzwert, Bilanzgewinn und Bilanzumwertung, Berlin 1924.
141. *Schmidt, Fritz*,
Die organische Tageswertbilanz, 3. Aufl., Leipzig 1929.
142. *Schmidt*,
Einheitsbewertung, Hauptfeststellung, Neufeststellung und Nach-
feststellung, in „Deutsche Steuer-Zeitung“, 24. Jg. (1935), Nr. 44.
143. *Schnettler, Albert*,
Der Grundsatz der Bewertungseinheit im Steuerrecht, Eine wert-
theoretische Untersuchung in betriebswirtschaftlicher Einstellung, Köln,
Wirtschafts- und sozialwiss. Diss. vom 22. Juni 1927, Bergisch Glad-
bach 1927.
144. *Schnettler, Albert*,
Der Zins im Wirtschaftsbetrieb, Stuttgart 1939.
145. *Schnicke, Else*,
Werte und Wertanschauungen im Steuerrecht, in „Zeitschrift für han-
delswissenschaftliche Forschung“, 17. Jg. (1923).
146. *Schnitzler, Hugo*,
Teilwert und gemeiner Wert im Einkommensteuergesetz und Reichs-
bewertungsgesetz, Münster, Rechts- und staatswiss. Diss. vom 4. No-
vember 1936, Emsdetten (Westf.) 1936.
147. *Schreiber, Edgar*,
Das Problem des Teilwerts im Steuerrecht, Heidelberg, Jur. Diss. vom
18. Juni 1940, Philippsburg (Baden) 1940.
148. *Schubert, Alfred Andreas*,
Der gemeine Wert, Berlin 1925.
149. *Schubert, Alfred Andreas*,
Bewertungsprobleme (betriebswirtschaftliche) in der Gesetzgebung,
in „Handwörterbuch der Betriebswirtschaft“, 1. Band, Stuttgart 1926.

150. *Schulz, Max*,
Wirtschaftliche Einheit und Gesamtbewertung, in „Vierteljahresschrift für Steuer- und Finanzrecht“, 5. Jg. (1931).
151. *Schumpeter, Joseph*,
Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, Leipzig 1908.
152. *Schumpeter, Joseph*,
Bemerkungen über das Zurechnungsproblem, in „Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung“, 18. Jg. (1909).
153. *Schumpeter, Joseph*,
Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, München und Leipzig 1926.
154. *Schwantag, Karl*,
Kosten der Betriebseinrichtung im Jahresabschluß und in der Überschuldungsbilanz von Kapitalgesellschaften, in „Aktuelle Betriebswirtschaft“, Festschrift zum 60. Geburtstag von Konrad Mellerowicz, Berlin 1952.
155. *Schwantag, Karl*,
Zinsen als Kostenfaktor, in „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 23. Jg. (1953).
156. *Scott, W. R.*,
Werttheorie, in „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart“, 2. Band, Wien 1932.
157. *Sidlo, Josef*,
Das Verhältnis von Steuerbilanz und Vermögensaufstellung hinsichtlich der Bewertung, in „Der Rechts- und Steuerdienst“, Heft 16, Köln 1949.
158. *Simon, Herman Veit*,
Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und der Kommanditgesellschaften auf Aktien, 3. Aufl., Berlin 1899.
159. *Smith, Adam*,
Natur und Ursachen des Volkswohlstandes, deutsch von Friedrich Bülow, Leipzig 1933.
160. *Smith, Adam*,
Natur und Ursachen des Volkswohlstandes, deutsch von Wilh. Loewenthal, Berlin 1879.
161. *von Stackelberg, Heinrich*,
Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Bern 1948.
162. *Stapelberg, Friedrich*
Zurechnungstheorien in der Betriebswirtschaftslehre, Freiburg im Breisgau 1929.
163. *Steinhardt, Rolf*,
Reichsbewertungsgesetz, Kohlhammer Kommentare, Stuttgart und Köln 1950.
164. *Steinhardt, Rolf*,
Bewertungsgesetz, Kohlhammer Kommentare, 2. Aufl., Stuttgart und Köln 1953.
165. *Stephan, Anton Karl*,
Die Feststellung des Wertes ganzer Betriebe, Eine betriebswirtschaftliche Untersuchung, Nürnberg, Wirtschafts- und sozialwiss. Diss., vom 19. April 1948 (Maschinenschrift).
166. *Strauß, Fritz H. und Friedländer, Martin*,
Die neue Einheitsbewertung der Grundstücke, Stilles Rechtsbibliothek Nr. 124, Berlin 1931.

167. *Strobel, A.*,
Vorläufige Bilanzwerte von Wertpapieren, in „Deutsche Zeitung und Wirtschafts-Zeitung“, Stuttgart, vom 25. August 1951, Nr. 68.
168. *Terhalle, Fritz*,
Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden, Berlin 1948.
169. *Thaler, Karl*,
Der gemeine Wert im Steuerrecht, Leipzig, Jur. Diss. vom 30. April 1931, Berlin 1931.
170. *Thoma, Gerhard*,
Kriegsschäden und Vermögensteuer, in „Der Rechts- und Steuerdienst“, Heft 1, Zur Reichsbewertung und Vermögensteuer, Köln 1947.
171. *Thomä, K. E.*,
Das Unternehmen als wirtschaftliche Einheit im deutschen Vermögensteuerrecht, in „Vierteljahresschrift für Steuer- und Finanzrecht“, 1. Jg. (1927).
172. *Thümen, Georg*,
Rohvermögen, Schulden und Rücklagen bei der Einheitsbewertung, in „Deutsche Steuer-Zeitung“, 24. Jg. (1935), Nr. 45.
173. *Todt, Friedrich William*,
Dynamische oder statische Vermögensbewertung in der Steuer? Jena, Rechts- und wirtschaftswiss. Diss. vom 24. August 1935, Bottrop i. W. 1934.
174. *Uhlig, H.*,
Praktische Erfahrungen bei der Bewertung des Grundvermögens, in „Deutsche Steuer-Zeitung“, 24. Jg. (1935), Nr. 40.
175. *van der Velde, Kurt*,
Einheitsbewertung des Betriebsvermögens und Betriebswirtschaftslehre, in „Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung“, 6. Jg. (1954).
176. *Voigt, Andreas*,
Produktion und Erwerb, in „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, 49. Jg. (1893).
177. *Voigt, Andreas*,
Zahl und Maß in der Ökonomik, in „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, 49. Jg. (1893).
178. *Waffenschmidt, Walter G.*,
Anschauliche Einführung in die allgemeine und theoretische Nationalökonomie, Meisenheim am Glan 1950.
179. *Walb, Ernst*,
Betrachtung über Wertarten und stille Reserven im Zusammenhang mit der Frage der Bewertung von Unternehmungen und Unternehmungsanteilen sowie der Gesellschafterabfindung, in „Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung“, 34. Jg. (1940).
180. *Weddigen, Walter*,
Allgemeine Finanzwissenschaft, 3. Aufl., Bamberg 1949.
181. *Weil, Th.*,
Die Ermittlung des gemeinen Werts von Fabrikgrundstücken, Hotelgrundstücken und Warenhäusern, in „Deutsche Steuerzeitung“, 24. Jg. (1935), Nr. 13.
182. *Weil, Th.*,
Bewertung der Fabrikgrundstücke, Hotelgrundstücke und Warenhausgrundstücke auf den 1. Januar 1935, in „Deutsche Steuer-Zeitung“, 24. Jg. (1935), Nr. 50.

183. *Weil, Th.*,
Der Einheitswert der Mietwohngrundstücke und der gemischtgenutzten Grundstücke, in „Der Rechts- und Steuerdienst“, Heft 6, Zur neuen Einheitsbewertung, Köln 1948.
184. *Weiß, F. X.*,
Nachtrag zum Art. Wert, in „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, 4. Aufl., 8. Band, Jena 1928.
185. *von Wieser, Friedrich*,
Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, Grundriß der Sozialökonomie, I. Abt., II. Teil, 2. Aufl., Tübingen 1925.
186. *Wörner, W.*,
Bewertung nicht notierter Anteile, in „Wirtschafts-Zeitung“, Stuttgart, vom 24. Oktober 1947, Nr. 43.
187. *Zimdahl, Hans-Heinrich*,
Der Streit um den Teilwert, in „Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis“, 3. Jg. (1951), Heft 5.
188. *Zimmermann, F. W. R.*,
Wert und Wertabmessung im allgemeinen sowie Wertfeststellung des staatlichen Finanzvermögens nach dem Ertrage im besonderen, in „Finanz-Archiv“, 36. Jg. (1919), 1. Band.
189. *Zitzlaff, Franz*,
Zur Teilwertfrage besonders bei Anlagegütern, in „Steuer und Wirtschaft“, 26. Jg. (1949).
190. *Zitzlaff, Franz*,
Nochmals zur Bewertung unnotierter Anteile an einer Kapitalgesellschaft, in „Steuer und Wirtschaft“, 27. Jg. (1950), Nr. 7.
191. *Zubrod, Hugo*,
Der Teilwertgedanke im Steuerrecht vom Standpunkt betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, Frankfurt, Wirtschafts- u. sozialwiss. Diss. v. 3. Januar 1934, ohne Ortsangabe 1933.



LEBENS LAUF

Am 9. März 1926 wurde ich, *Percy Mohn*, in Riga als Sohn des Kaufmanns Martin Mohn und seiner Ehefrau Erna, geb. Mantz, geboren. Nach siebenjährigem Besuch des Französischen Lyzeums zu Riga mußte ich im Jahre 1941 meine Heimat verlassen und setzte meine Ausbildung an der Oberschule in Radebeul fort, welche ich im Jahre 1944 mit dem Reifevermerk verließ.

Es folgte die Einberufung zum Reichsarbeitsdienst und zur Wehrmacht. Meine Dienstzeit endete mit der Entlassung aus russischer Kriegsgefangenschaft im Jahre 1945.

Im April 1946 legte ich an der Hindenburgschule in Oldenburg die Reifeprüfung ab.

Im November 1946 ließ ich mich in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität zu Mainz immatrikulieren, an der ich im April 1950 die Diplom-Volkswirtprüfung bestand. Die mündliche Prüfung zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Staatswissenschaften fand am 1. Juni 1962 statt.



AUFBAU DES BEWERTUNGSGESETZES¹⁾

<i>I. Teil</i> Allgemeine Bewertungsvorschriften §§ 1—17			Besondere
Geltungsbereich § 1 Wirtschaftliche Einheit § 2 Bewertungsgrundsatz, gemeiner Wert § 10 Begriff des Teilwertes § 12 Wertpapiere u. Anteile § 13 Kapitalforderungen und Schulden § 14	1. Abschnitt Einheitsbewertung §§ 20—6		
	A. Grundbegriffe §§ 20—23		We
	Einheitswerte § 20 Hauptfeststellung § 21 Fortschreibung § 22 Nachfeststellung § 23		Bewertung von ausl Bewertung von inlän
	1. Land- und forst- wirtschaftliches Vermög §§ 28—49		
	a) Landwirtschaftliches Vermögen §§ 29—44 b) Forstwirtschaftliches Vermögen §§ 45—46 c) Weinbauvermögen § 47 d) Gärtnerisches Vermögen § 48 e) Dieses land- und forstwirtschaftliches Vermögen		

¹⁾ In dieser Gesamtübersicht sind nur die wichtigsten §§ des Gesetzes gesondert aufgeführt.

¹⁾ In dieser Gesamtübersicht sind nur die wichtigsten §§ des Gesetzes gesondert aufgeführt.

Anlage 1

II. Teil Bewertungsvorschriften §§ 18—77			III. Teil Übergangsvorschriften § 79		
			2. Abschnitt Sonstiges, Gesamt- und Inlandsvermögen §§ 67—77		
B. Ermittlung § 24—66			A. Sonstiges Vermögen §§ 67—72	B. Gesamt- vermögen §§ 73—76	C. Inlands- vermögen § 77
ndischem Sachvermögen § 26 ndischem Sachvermögen § 27					
n II. Grund- vermögen §§ 50—53			III. Betriebs- vermögen §§ 54—66		
§ 49 a) Bebaute Grundstücke § 52 b) Unbebaute Grundstücke § 53			a) Betriebsgrundstücke § 57 b) Gewerbeberechtigungen § 58		

HAUPTFESTSTELLUNGSZEITPUNKTE

Erläuterungen	Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	Grundvermögen
1. Hauptfeststellungszeitraum ¹⁾	6 Jahre	6 Jahre
2. 1. Hauptfeststellungszeitpunkt ²⁾	1. 1. 1935	1. 1. 1935
3. 2. Hauptfeststellungszeitpunkt durch § 1 d. VO. vom 27. 12. 1937 ³⁾	—	—
4. 2. Hauptfeststellungszeitpunkt durch § 1 d. VO. vom 28. 1. 1939 ⁴⁾	—	—
5. 2. Hauptfeststellungszeitpunkt durch § 1 BewDV. ⁵⁾	bis auf weiteres verschoben	bis auf weiteres verschoben
6. 3. Hauptfeststellungszeitpunkt durch VO. vom 8. 12. 1944 ⁶⁾	—	—
7. 3. Hauptfeststellungszeitpunkt durch § 8 VStDB. 1946 ⁷⁾	—	—
8. 4. Hauptfeststellungszeitpunkt durch § 7 des Gesetzes vom 3. 6. 1949 ⁸⁾	—	—
9. 5. Hauptfeststellungszeitpunkt durch VO. vom 12. 3. 1953 ⁹⁾	—	—
10. 6. Hauptfeststellungszeitpunkt durch VO. vom 11. 3. 1957 ¹⁰⁾	—	—
11. 7. Hauptfeststellungszeitpunkt durch Verwaltungsanordnung vom 27. 5. 1960 ¹¹⁾	—	—

¹⁾ § 21 Abs. 1 BewG.

²⁾ § 79 BewG.

³⁾ RGBl. I S. 1421, RStBl. 1938 S. 1.

⁴⁾ RGBl. I S. 92, RStBl. 1939 S. 209.

⁵⁾ Fassung der VO. vom 22. 11. 1939 (RGBl. I S. 2271).

⁶⁾ RStBl. 1944 S. 762.

⁷⁾ Durchführungsbestimmungen zum KRG. Nr. 13 vom 18. 2. 1947 (StuZBl. 1947, Nr. 3, S. 18).

⁸⁾ WiGBL. S. 83.

⁹⁾ BGBl. I S. 53.

¹⁰⁾ BGBl. I S. 187.

¹¹⁾ Verwaltungsanordnung über die Vermögensteuer-Richtlinien für die Vermögensteuer-Hauptvermögen (BStBl. 1960 I S. 289).

Anlage 2

	Betriebsgrundstücke	Gewerbeberechtigungen	Betriebsvermögen
	6 Jahre	6 Jahre	3 Jahre
	1. 1. 1935	1. 1. 1935	1. 1. 1935
	—	—	auf 1. 1. 1939 verschoben
	—	—	auf 1. 1. 1940 verschoben
	bis auf weiteres verschoben	bis auf weiteres verschoben	auf 1. 1. 1940 angeordnet
	—	—	bis auf weiteres verschoben
	—	—	auf 1. 1. 1946 angeordnet
	—	—	auf 21. 6. 1948 angeordnet
	—	—	auf 1. 1. 1953 angeordnet
	—	—	auf 1. 1. 1957 angeordnet
	—	—	auf 1. 1. 1960 angeordnet

WERTGRENZEN BEI DER FORTSCHREIBUNG

Wertgrenzen ¹⁾ Erläuterungen:	Land- und forstwirtschaft- liches Vermögen			Grundvermögen (-stücke)		
	mehr als	minde- stens RM / DM	oder mehr als RM / DM	mehr als	minde- stens RM / DM	oder mehr als RM / DM
1. Festlegung der Wertgrenzen durch § 22 BewG. v. 16. 10. 1934 ²⁾	1/5	1 000,-	—	1/5	1 000,-	—
a) Bei Bestandsänderungen	1/20	500,-	—	1/20	500,-	—
2. Änderung der Wertgrenzen mit Wirkung vom 1. 1. 1940 durch § 2a BewDV. ³⁾	1/20	100,-	100 000,-	1/20	100,-	100 000,-
3. Änderung der Wertgrenzen durch Abschn. 23 VStER. v. 20. 8. 1940 ⁴⁾	—	—	—	—	—	—
4. Änderung der Wertgrenzen durch § 11 StVVO. v. 14. 9. 1944 ⁵⁾	30 0/0	1 000,-	1 000 000,-	1/2	10 000,-	1 000 000,-
5. Änderung der Wertgrenzen mit Wirkung v. 1. 1. 1946 durch § 6 der VStDB. 1946 ⁶⁾	1/5	500,-	200 000,-	1/5	500,-	200 000,-
6. Änderung der Wertgrenzen durch Gesetz v. 10. 3. 1949 ⁷⁾						
a) Bei Kriegsschäden	1/20	100,-	10 000,-	1/20	100,-	10 000,-
b) Andere Gründe (§ 225a AO.) § 4 d. Ges.	1/5	500,-	200 000,-	1/5	500,-	200 000,-
c) Bei Bestandsänderungen, § 4 d. Ges.	1/20	100,-	10 000,-	1/20	100,-	10 000,-
7. Änderung der Wertgrenzen durch Gesetz v. 3. 6. 1949 ⁸⁾	—	—	—	—	—	—
8. Änderung der Wertgrenzen durch Gesetz v. 16. 1. 1952 ⁹⁾	1/10	500,-	100 000,-	1/10	500,-	100 000,-
9. Änderung der Wertgrenzen durch Gesetz v. 26. 7. 1957 ¹⁰⁾	1/10	1 000,-	100 000,-	1/10	1 000,-	100 000,-

1) Abweichung vom Einheitswert des letzten Feststellungszeitpunktes.

2) RGBl. I S. 1035.

3) BGBl. I S. 2271. Der § 2a BewDV., der neu eingefügt wurde, entspricht dem § 1 der VO. zur VStDB. (RGBl. I S. 922).

4) RStBl. S. 777.

5) RGBl. I S. 202. Diese Wertgrenzen gelten nach § 6 Abs. 2 der VStDB. 1946 (siehe Anm. 7, Anl. 2).

6) Siehe Anm. 7, Anlage 2.

7) WiGBl. S. 25 = StuzBl. 1949, S. 109. Für Fortschreibungen auf den 21. 6. 1948.

8) WiGBl. S. 83 = StuzBl. 1949, S. 143. Wertfortschreibungen werden auf den Beginn des 1. 1. 1950 und des 1. 1. 1951.

9) Gesetz zur Bewertung des Vermögens für die Kalenderjahre 1949 bis 1951 (BGBl. I S. 22, BSt. I S. 100).

10) Gesetz zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften vom 26. 7. 1957 (BGBl. I S. 848).

Anlage 3

Betriebsgrundstücke			Gewerbeberechtigungen			Betriebsvermögen (Gewerbliche Betriebe)		
mehr als	minde- stens RM / DM	oder mehr als RM / DM	mehr als	minde- stens RM / DM	oder mehr als RM / DM	mehr als	minde- stens RM / DM	oder mehr als RM / DM
1/5	1 000,-	—	1/5	1 000,-	—	1/5	1 000,-	—
1/20	500,-	—	—	—	—	—	—	—
1/20	100,-	100 000,-	1/5	1 000,-	100 000,-	1/5	1 000,-	100 000,-
—	—	—	—	—	—	1/5	10 000,-	100 000,-
1/2	10 000,-	1 000 000,-	1/2	10 000,-	1 000 000,-	1/2	10 000,-	1 000 000,-
1/5	500,-	200 000,-	1/5	10 000,-	200 000,-	1/5	10 000,-	200 000,-
1/20	100,-	10 000,-	—	—	—	—	—	—
1/5	500,-	200 000,-	—	—	—	—	—	—
1/20	100,-	10 000,-	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	1/10	1 000,-	—
1/10	500,-	100 000,-	1/10	500,-	100 000,-	1/10	500,-	100 000,-
1/10	1 000,-	100 000,-	1/5	5 000,-	100 000,-	1/5	5 000,-	100 000,-

nderung der Wertgrenzen bei der Wertfortschreibung der Einheitswerte usw. vom 18. 5. 39

ge 2) auch heute noch für Fortschreibungen auf Zeitpunkte vor dem 1. 1. 1946.

49 nicht vorgenommen. Die Wertgrenzen gelten für Feststellungszeitpunkte vom Beginn des

l. I S. 35) für Wertfortschreibungen ab 1. Januar 1951.

1. Landwirtschaftliches Vermögen §§ 29—44 BewG.	Die wirtschaftliche Einheit des landwirtschaftlichen Betriebes werden mit dem Ertragswert (Abs. 2 BewDV.). Dieser Ertragswert wird mit dem Ertragswert der Vergleichsbetriebe verglichen. <i>Gang der Bewertung:</i> 1. Feststellung des Ertragswertes der Vergleichsbetriebe. 2. Ermittlung des Ertragswertes der Vergleichsbetriebe. 3. Ermittlung des Ertragswertes der Vergleichsbetriebe. 4. Ermittlung des Ertragswertes der Vergleichsbetriebe. 5. Ermittlung des Ertragswertes der Vergleichsbetriebe.
2. Forstwirtschaftliches Vermögen §§ 45—46 BewG.	Eine vergleichende Bewertung wird durchgeführt. Der Bestand an Holz wird nach einem besonderen Verfahren bewertet. Der Ertragswert wird festgestellt.
3. Weinbauvermögen § 47 BewG.	Ein Unterschied zur Bewertung der Vergleichsbetriebe, sondern der Ertragswert beträgt 160 000,— (§ 22 BewDV.).
4. Gärtnerisches Vermögen § 48 BewG.	Die Art der Bewertung ist verschieden.
5. Übriges land- und forstwirtschaftliches Vermögen § 49 BewG.	Das übrige land- und forstwirtschaftliche Vermögen wird nach dem Ertragswert, unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse, bewertet.

³⁾ Der Hektarsatz stellt nicht den Reinertrag eines Jahres, sondern den kapitalisierten Reinertrag

Landwirtschaftlichen Vermögens ist der landwirtschaftliche Betrieb. Die landwirtschaftliche Ertragswert bewertet, u. zw. wird das 18fache des Reinertrages zugrunde gelegt (§ 3a BewG). Der Ertragswert wird aber nicht für jeden einzelnen Betrieb gesondert ermittelt, sondern im Durchschnitt der Betriebe.

Bewertung des Hektarhöchstsatzes (3 780,—)¹⁾ und des Reichshundertsatzes (100)²⁾ für den durchschnittlichen Spitzenbetrieb.

Ermittlung des Reichshundertsatzes für Vergleichsbetriebe und Untervergleichsbetriebe, z. B. nach § 34—36 BewG.).

Ermittlung des Hektarsatzes³⁾ der Vergleichsbetriebe und Untervergleichsbetriebe nach Formel (§ 38 BewG.):

Hektarhöchstsatz · Reichshundertsatz des Vergleichsbetriebes;

100

$$\frac{3\,780,- \cdot 80}{100} = 3\,004,-$$

Ermittlung des Vergleichswertes durch Vervielfachung des Hektarsatzes mit der (in Hektar ausgedrückten) Fläche des Betriebes (§ 39 BewG.),

$$3\,004,- \cdot 10 \text{ ha} = 30\,040.$$

Der ermittelte Vergleichswert wird in der Regel der Einheitswert des landwirtschaftlichen Betriebes sein (§ 37 BewG.). Zu beachten sind aber noch die §§ 30 Abs. 1 und 3, 33 und 40 BewG. und die §§ 3a Abs. 2 und 4—18 BewDV.

Wie bei der Landwirtschaft ist hier nicht möglich. Die Hauptrolle spielt der vorhandene Ertragswert. Bei der Bewertung der Betriebe werden die Hundertsätze für die verschiedenen Betriebsarten und Standorte berücksichtigt, werden die Hundertsätze für die verschiedenen Betriebsarten und Standorte berücksichtigt, werden die Hundertsätze für die verschiedenen Betriebsarten und Standorte berücksichtigt.

Die Bewertung der landwirtschaftlichen Betriebe besteht darin, daß zur vergleichenden Bewertung der Betriebe Vergleichslagen zugrunde gelegt werden. Der Hektarhöchstsatz für Weinbauanlagen (§ 3a BewG.). Zu beachten sind ferner die §§ 22—25 BewDV.

Unterschieden geregelt. Zu beachten sind die §§ 26—29 BewDV.

Landwirtschaftliche Vermögen wird einzeln bewertet. Es wird für jeden einzelnen Betrieb der Ertragswert (§ 31 BewG.), ermittelt. Zu beachten sind ferner die §§ 30—31 BewDV.

dar.

GLIEDERUNG UND BEWERTUNG DES GRUNDVERMÖGENS

BEBAUTE GRUNDSTÜCKE (Grundstückshauptgruppen)				
1. Miet- wohngrundstücke	2. Geschäftsgrundstücke ¹⁾ (Untergruppen)			
<i>Abgrenzung:</i> Mehr als 80 % für Wohnzwecke <i>Bewertung:</i> Vielfaches der Jahresrohmiete (§ 33 BewDV.) für Grundstücke, deren Bebauung abgeschlossen ist ²⁾ .	<i>Abgrenzung:</i> Mehr als 80 % für gewerbliche oder öffentliche Zwecke a) Fabrik- grundstücke <i>Bewertung:</i> Gemeiner Wert. Ermittlung nach dem Weilschen Verfahren ³⁾ .	b) Hotel- grundstücke <i>Bewertung:</i> Gemeiner Wert. Ermittlung nach dem Weilschen Verfahren ³⁾ . Einzelne Abweichungen gegenüber der Bewertung von Fabrik- grundstücken sind zu beachten.	c) Warenhaus- grundstücke <i>Bewertung:</i> Gemeiner Wert. Ermittlung nach dem Weilschen Verfahren ³⁾ . Einzelne Abweichungen gegenüber der Bewertung von Fabrik- grundstücken sind zu beachten.	d) Unter- Geschäfts- grundstücke <i>Bewertung:</i> Gemeiner Wert. Für die Ermittlung besteht keine be- sondere Vorschrift. Handelt es sich preisansatzunfähig um Grundstücke, so sind die Baukosten des Bodens zu be- achten.
Die Oberfinanzpräsidenten können auch für die Geschäftsgrundstücke die Bewertung in einem Vielfachen der Jahresrohmiete vorschreiben, wenn sich die Jahresrohmiete unschwer ermitteln läßt.				
Die Mindestvorschrift des § 52 Abs. 2 BewG. ist immer zu beachten ⁴⁾ .				

- ¹⁾ Der Begriff „Geschäftsgrundstück“ darf nicht verwechselt werden mit dem Begriff „Betriebsgrundstück“, wenn für gewerbliche Zwecke des Betriebsinhabers vorliegen.
- ²⁾ Befinden sich die Grundstücke am Feststellungszeitpunkt im Zustand der Bebauung, so ist nur der Wert der Bebauung zu berücksichtigen.
- ³⁾ Runderlaß des RdF. vom 23. Februar 1935 S. 3231 A — 330 III (RStBl. 1935 S. 350 ff.).
- ⁴⁾ Danach ist mindestens der Wert einzusetzen, mit dem der Grund und Boden allein als unbebaut zu bewerten ist.

				UNBEBAUTE GRUND- STÜCKE
	3. Gemischt- genutzte Grundstücke	4. Einfamilien- häuser	5. Die nicht unter 1—4 fallenden bebauten Grundstücke	Die Bewertung der unbebauten Grund- stücke erfolgt mit dem gemeinen Wert (§ 53 BewG.).
ige fts- ücke	<i>Abgrenzung:</i> Teils Wohn- zwecken, teils gewerblichen oder öffentlichen Zwecken. <i>Bewertung:</i> Vielfaches der Jahresrohmiete (§ 33 BewDV.) für Grundstücke, deren Bebauung abgeschlossen²⁾.	<i>Abgrenzung:</i> Die bauliche Gestaltung enthält nur eine Wohnung. <i>Bewertung:</i> Gemeiner Wert. Die Ermittlung ist in den einzel- nen Oberfinanz- präsidents- bezirken verschieden geregelt.	<i>Bewertung:</i> Gemeiner Wert.	

Grundstück“ (§ 57 BewG.). Beim Betriebsgrundstück muß eine mindestens 50prozentige Nutzung
der Grund und Boden zu bewerten.

tes Grundstück nach § 53 BewG. (gemeiner Wert) zu bewerten wäre.

